er. 49

2/94 (Nr.49) 15.Jg. 7.-DM

E 9860 F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



EU • Kurdistan • Zapatistas • Basisradios
Rechte Publizistik • Rassismus in Russland

Inhalt Nr. 49



Foto: Moritz Milch/AFZ

Redaktions- und Anzeigenschluß für SF-50 (3/94): 15.Juli

Titelfoto: Danuta Sacher

Impressum:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
Einzelpreis: 7.-DM
ABO (4 Nrn.): 25.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto.F. Kamann, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 3000

Verlag/Herausgeber:
Wolfgang Haug, Grafenau
V.i.S.d.P.: Herbert Sachs, Leverkusen
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienst-Nr. E 9860 F

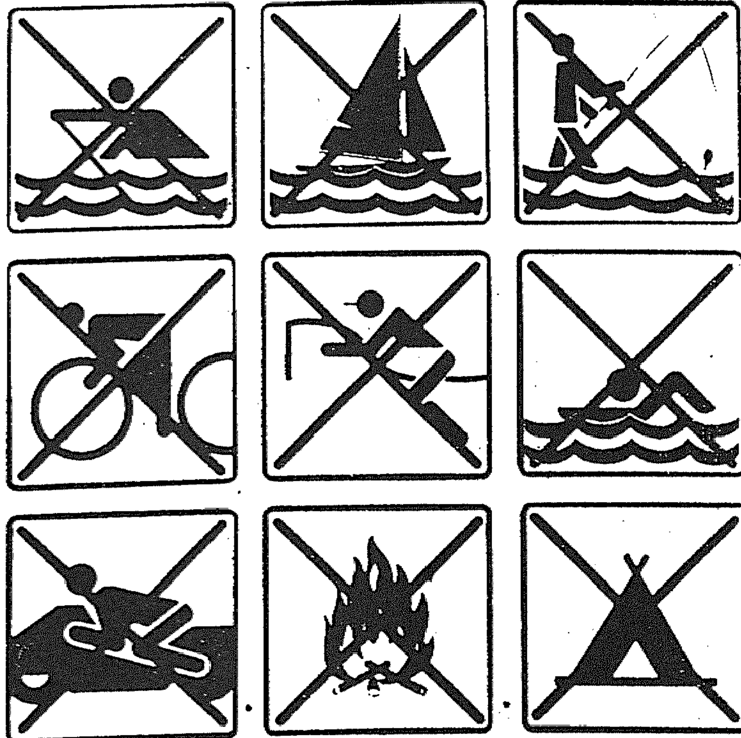
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copy-right:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht. Beim Redaktionskollektiv arbeiten derzeit Menschen aus Frankfurt, Karlsruhe, Köln, Stuttgart und Grafenau mit. Zusätzlich organisieren wir jährliche Treffen einer erweiterten Redaktion. 1994 mit TeilnehmerInnen aus Frankfurt, Stuttgart, Westerland und Wiesbaden. Bei Interesse Kontakt aufnehmen!

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.

von Christoph Schulenkorf

Europapositionen der Rechten



Die Rechten rüsten sich für den Europawahlkampf. In vielen Ländern der Europäischen Union erzielten sie zuletzt gute Wahlergebnisse. In Italien scheint es dem Bündnis von Faschisten, Forza Italia und Lega Nord nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen trotz massiver interner Meinungsverschiedenheiten zu gelingen, die Macht zu übernehmen, der französischen »Front National« gelingt es, ihren Einfluß in vielen Stadtparlamenten auszubauen. Sie kann auch auch auf nationaler Ebene erhebliche Gewinne verbuchen. In Belgien versucht der Vlaams Block mit nationalistischen Parolen, den Rechtsruck voranzutreiben. Auch in den Niederlanden hat sich eine neofaschistische Partei für die Europawahlen gegründet.

Die europäische Rechte ist mit 22 Mandaten im Europaparlament vertreten. Die neofaschistischen Wahlparteien der BRD haben bei den letzten Europawahlen 1989 mehr als 9 % der Stimmen erhalten (allein den REPs gelang es, gleich 7,1 % der Stimmen auf sich zu vereinigen). Sie treten mit einfachen populistischen Forderungen und politischen Konzepten zu den Europawahlen an. Ihre Parole heißt: Kampf gegen das Europa von Maastricht! Kampf für eine souveräne Nation - Deutschland! Kampf für ein weißes Europa der Vaterländer! So titelt die Rechte in ihren Veröffentlichungen: »Maastricht - die Babylonische Gefangenschaft der Deutschen!« (aus »Der Republikaner«) und »Der Maastrichter Vertrag oder die Entmündigung eines Volkes«.

Eine Vormachtstellung Deutschlands in Europa ist das Ziel, ein vereinigtes Europa, aber unter der Führung Deutschlands, durch den Erhalt der DM soll die wirtschaftliche Hegemonie gesichert werden. Darum werden Währungsunion und die damit verbundene Einführung des ECU als europäische Währung bekämpft. Aus dem Täter BRD-Kapital wird das Opfer »Zahlmeister Europas«. Von dem »Maastrichter Versailles« ist die Rede. Daneben soll die kulturelle Dominanz über die Forderung nach Zulassung der deutschen Sprache als 3. Amtssprache der EU erreicht werden. Die Strukturen des EU-Europas und die geringe Bedeutung des Parlaments werden deshalb angegriffen, weil es den Deutschen nicht ausreichend gelingt, ihrer Politik auf diesem Wege Geltung zu verschaffen. Natürlich ist nicht der Mangel an demokratischen Strukturen an sich Punkt der Kritik, sondern der Mangel an Möglichkeiten, in einem multinationalen Parlament nationalistischen Positionen zum Durchbruch zu verhelfen.

Doch damit nicht genug: Die Unterwerfung Europas unter deutsche Interessen kann nur durch die Abgrenzung von möglichen Konkurrenten erreicht werden. Die Denunziation besonders Frankreichs und Großbritanniens als historische Feinde Deutschlands ist eine nahezu klassische Argumentation der Rechten. In ihrer Demagogie liest sich die »Unterdrückung Deutschlands« durch die »Westalliierten« dann so:

»Die Europakonzeption ist ins Spiel gebracht worden, um die Deutschen zu veranlassen, das Saarland aufzugeben ....Um die Deutschen zum Superversailles des Verzichts auf 25% des Staatsgebiets zu veranlassen, wird vorgebracht, daß Staatsgrenzen im künftigen Europa keine Bedeutung mehr haben würden. Umgekehrt dürfen die Deutschen nicht vorbringen, daß - wenn Grenzen schon irrelevant sind - man ja die deutsche Grenze nach Südtirol verschieben könnte«

(Josef Schüßlburner, Criticon).

Großdeutschland und nichts anderes



ist mit der Forderung nach einem »Europa der Vaterländer« gemeint, der Lieblingsparole neofaschistischer Wahlparteien.

Warum treten die Parteien trotz dieser Positionen zu den Europawahlen an? Ein Widerspruch? Sicherlich nicht! Das Europa-Parlament dient ihnen zum einen als politisches Sprachrohr. Zum anderen füllen sie mit den Wahlkampfgeldern ihre Kassen nicht unerheblich auf. Und letztendlich läßt der Ausgang der Wahlen einen Rückschluß darauf zu, welche der rechten Parteien bei den noch anstehenden Wahlen mit den voraussichtlich meisten Stimmen rechnen kann. Mögliche Bündnisstrukturen werden auf dieser Grundlage diskutiert. Die Wahlparteien beziehen sich ideologisch zunehmend auf den Kulturalistischen Rassismus der Neuen Rechten im Sinne Alain de Benoists, der in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in der BRD zunächst kaum eine Rolle gespielt hat.

Vor allem der Auseinandersetzung um die Zeitschrift »Junge Freiheit«, dem zur Zeit wichtigsten Organ der Neuen Rechten, ist es zu verdanken, daß ihr nicht nur in Insiderkreisen Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Biographien ihrer Protagonisten sind meist eng verbunden mit der Geschichte faschistischer oder neofaschistischer Strömungen und Parteien in der BRD. Ihr Ansatz ist, im Rahmen von Instituten, Seminaren, Stiftungen und Arbeitskreisen, sogenannten »Denkfabriken«, einen rechten Diskurs zu entwickeln. Die »Fabriken« wirken nach Aussagen einer ihrer Köpfe, Armin Mohler, *»im Verborgenen.... Sie sind Samenstreuer, deren Impulse...nach einiger Zeit weiter-gesponnen werden auf anderer Ebene und in meist vergröberter Form.«* Bedeutende Denkfabriken sind beispielsweise die Humboldt-Gesellschaft, der Studienkreis Weikersheim oder die Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung, eine der wichtigsten bundesrepublikanischen Industriestiftungen, in der alle wichtigen technischen Entwicklungen der Gen-oder Bio-Technologie, der Raumforschung etc. diskutiert werden.

Die Ergebnisse werden sowohl dem rechten Parteienspektrum zur Verfügung gestellt als auch dem nationalkonservativen Lager innerhalb der bürgerlichen Parteien wie CDU, CSU, FDP oder SPD angedient. Sie verfolgen ihr Ziel der Agitation selbst in linke Kreise hinein auf dem Wege der sog. Querfrontstrategie. Klassische Themen der Linken wie Antiimperialismus, Ökologie oder Freiheitsbewegungen werden aufgegriffen, aber im rechten Kontext serviert. Dies alles, um den Links-Rechts-Gegensatz aufzuheben, der einem gemeinsamen »Nonkonformismus« Platz machen soll. Ein Beispiel hierfür ist die Kampagne gegen 500 Jahre Kolonialismus im Jahr 1992. Sie wurde umfunktioniert und in einen multiethnischen Ansatz gepreßt, der der rechten Position »Allen Völkern und Ethnien ihre Regionen, aber nicht hier!« entspricht.

Wichtige Berater der Rechtsparteien sind der Neuen Rechten zuzurechnen. So gilt beispeilsweise Mohler als Berater von Republikanerchef Schönhuber. Und Europa ist von jeher ein zentraler Bezugspunkt. Hinter ihrer Forderung nach einem »Europa der Nationen« verbirgt sich eine Doppelstrategie, die identitätsstiftende und emotional verbrämte Regionalkonzepte mit einer Großraumstrategie verbindet, die den ökonomischen und militärischen Notwendigkeiten für Herrschaftssicherung geschuldet ist. Wer sich jedoch auf die Suche nach einem durchgehenden Konzept ohne innere ideologische Brüche macht, wird enttäuscht.

Mit der Besetzung des Begriffs Region setzt sich die Neue Rechte an die Spitze einer Bewegung, die sich seit den 70er Jahren gebildet hat. Nicht nur in der Linken wurde klar, daß fortschreitende Beziehungslosigkeit, Vereinzelung von Menschen, der industrielle Machbarkeitswahn und die Identität als VerbraucherInnen und KonsumentInnen keine befriedigende Identifikation bieten. Die Sehnsucht nach Geborgenheit, Beziehung und Freundschaft wurde in ein Konzept transformiert: Besinnung auf Heimat, Region, Regionalgeschichte und Brauchtum. Geborgenheit und Beziehung inklusive.

Erst die genauere Betrachtung macht die rassistischen, nationalistischen und biologistischen Hintergründe dieses Konzepts deutlich. Menschen sind durch ihre genetische, territoriale und kulturelle Ausstattung, durch einen »Territorial-Trieb«, auf »ihre Region« festgelegt. Sie wird als spannungsfreier Identifikationspunkt dargestellt, soziale Konflikte tauchen nicht auf. Aus dem entstehenden Wir-Gefühl wird ein »Wir für uns!«, das alles Nicht-Zugehörige diffamiert und ausgrenzt. Der Begriff der »Region« orientiert sich an der Vergangenheit, Veränderungen werden abgewehrt. Ziel ist das Heranwachsen eines neuen Volkstums in den Regionen.

Diese Entwicklung wird von der Neuen Rechten forciert und findet, gekleidet in ein romatisches Mäntelchen, Niederschlag in ihren Veröffentlichungen. In der Ausgabe der »Jungen Freiheit« vom 4.3.1994 findet sich ein

Beitrag über das Bergische Land, der folgendermaßen endet:

»Statt zu einer kontrollierten Evolution des Bergischen Landes kam es zu einer unkontrollierten Revolution. Das kulturelle dörfliche Leben starb ab, Vereine lösten sich auf, Dorffeste fanden nicht mehr statt. Wenige Kultur-, Geschichts-, Heimat- und Dorfvereine bewahrten das typisch bergische Brauchtum, die bergische Sprache und die alten Lieder. Ihrer mühsamen Arbeit ist es zu verdanken, daß die Möglichkeit bestand, auf noch vorhandene Grundstrukturen aufzubauen, als vor etwa 15 Jahren ein Prozeß des Umdenkens einsetzte. In den 'ruhmreichen Bergen' beginnt man, sich auf seine Heimat zu besinnen.«

Für ein derartiges Regionalkonzept sieht beispielsweise der Autor Konrad Buchwald. Er ist Mitglied der VDA (Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.), einem revisionistischen Verband zur Unterstützung kolonialistischer Bestrebungen sog. Rußlanddeutscher, ist Mitglied der rassistischen Partei »Die Weißen« (eine auf Niedersachsen beschränkte Splitterpartei) und war lange Zeit stellvertretender Vorsitzender der ÖDP. Er arbeitete im Vorstand von Umweltverbänden, wie beispielsweise dem BUND. In der Abgrenzung der Regionen allem »Fremden« gegenüber sieht er eine Notwendigkeit und nimmt hierbei auch terroristische Anschläge (beispielsweise in Südtirol) billigend in Kauf.

»So ist es menschlich gerechtfertigt, wenn Männer...zu anderen Mitteln gegriffen haben - in der festen Überzeugung, unserer Heimat einen guten und notwendigen Dienst zu erweisen.«



Nur geostrategischen Großräumen wie Japan, Amerika oder Europa traut die Neue Rechte den erfolgreichen Kampf um die Vormachtstellung, um die Ressourcen, um politischen Einfluß und um militärische Durchsetzungskraft zu. Dabei wird ein Großraum, der Japan und Indien umfaßt, konstruiert. Der »arabische Raum« wird den europäischen Interessen zugeschlagen, weil auf die Ölreserven nicht verzichtet werden kann. Eine Zusammenarbeit mit Rußland wird zu diesem Zweck nicht ausgeschlossen. Eine gegnerische Achse wird aus den USA, Kanada, Mexiko konstruiert, die sich mit China oder Israel verbündet haben. Hier werden alte antisemitische Muster (USA-Israel-Connection) aufgewärmt.

Die »erbbiologischen Voraussetzungen seien die direkten Grundlagen der europäischen Zivilisation einschließlich der europäischen Ethik, der technologischen Entwicklung.« Dieser Europagedanke ist nichts anderes als die alte Frage nach der Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Deutschland wird immer als Mittelpunkt mitgedacht, wenn von Europa die Rede ist, und der Weg an die Macht verläuft nach folgendem Muster. Das Europa von Maastricht wird zerfallen, weil es die Bedeutung der Regionen unterschätzt und untergräbt.

»Die Bretagne oder Schottland werden dann die Möglichkeit haben, den Weg zu gehen, der der ihre ist. Das Elsaß, Südtirol oder Schlesien können dann frei entscheiden, wozu sie gehören. Die Basken werden ihr Baskenland entstehen lassen, und die Lombardei wird ebenso wie Savoyen zu wählen haben. Belgien mit dem Negativsymbol Brüssel wird in zwei Teile zerbrechen und Frankreich auf

jenen Teil reduziert werden, der dem französischen Kern entspricht. Am wenigsten betroffen, da am homogensten, ist Deutschland. Am ehesten werden dann jene Regionen sich wieder zusammenfinden, die schon einmal im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation miteinander verbunden waren. Europa kann, nachdem es von den heute Mächtigen in seiner heutigen Gestalt zerschlagen wurde, neu in einer tieferen, älteren Gestalt entstehen.«
(Stefan Werner, Staatsbriefe).

Abzuwarten bleibt, wie sich unter einem einigen ideologischen Dach europäischer Rechter deutsche Großmachtsgelüste gegen andere, z. B. französische rechte Konzepte durchsetzen.

Hier ist auch Kaliningrad gemeint, von den Rechten Königsberg genannt. Hier findet konkrete Kolonisierungspolitik durch Siedlung statt. Rußlanddeutsche werden in vielen neurechten Publikationen aufgefordert, dort zu wohnen, die Ansiedlung deutscher Industrie wird forciert (hier spielen freilich auch die deutsche Industrie oder ZEIT-Herausgeberin Dönhoff eine Rolle); eine wirtschaftliche Zusammenarbeit nur mit »Deutschstämmigen« vorbereitet. »Königsberg« ist den Rechten zentrales Symbol für die Errichtung eines Großdeutschen Reiches.

Ein Artikel von Jochen Thies, der sowohl in der »Welt« als auch im Deutsche-Liga-Organ *»Deutsche Rundschau«* abgedruckt wurde, macht es deutlich. Dort heißt es in Anspielung auf die Gebietsansprüche Japans auf zwei der Kurileninseln:

»Sollte Rußland sich in diesen Territorialfragen auch nur um einen Millimeter bewegen, etwa eine Kurileninsel an Japan zurückgeben und im Gegenzug eine Menge Geld erhalten, wäre die Königsbergdebatte in Deutschland über Nacht da. Denn der Landstrich ist durch Auflösung der Sowjetunion heute eine Insel ohne Landverbindung nach Rußland, mit viel zu vielen russischen Soldaten und einer bunt zusammengewürfelten Bevölkerung«.

Die Strategie der rechten Wahlparteien in der BRD ist zumindest im Augenblick nicht auf die Übernahme von Regierungsgewalt ausgerichtet. Mit viel Genugtuung weist vielmehr Republikanerchef Schönhuber darauf hin, daß es nahezu keiner außerhalb des Parlaments stehenden Partei gelungen ist, derart große politische Erfolge zu verzeichnen, wie dies für die REP zutrifft. Die Abschaffung des Asylrechts führt er lediglich als ein Beispiel an. ★

Foto: Fargotof/AFZ



Rechtsextreme und nationalistische Publizistik - ein Netzwerk

von D. Schmidt

Bücher entwickeln sich innerhalb der rechten Szene immer mehr zu einem lukrativen Verkaufsartikel und bilden eine stetig fließende Geldquelle. Organisiert wird der Markt durch Verlage und Buchvertriebe. Für die notwendige Publizität sorgen die Zeitschriften und Zeitungen. Personell und organisatorisch eng miteinander verwoben, bilden sie ein über Jahre gewachsenes, komplexes publizistisches Netzwerk von rechts. Eine zunehmend breiter werdende LeserInnenschaft wird mit Druckerzeugnissen aller Art bedient. Dieses Netzwerk wiederum ist eingebunden in eine internationale rechte Szene, bestehend aus einer Vielzahl von Gruppen und Parteien unterschiedlichster Größe und ideologischer Ausrichtung. Im wesentlichen übernehmen die Verlage, Buchvertriebe und Publikationen innerhalb der Szene zwei Aufgaben: sie informieren die Mitglieder und SympathisantInnen und leisten durch den Verkauf von Publikationen einen Beitrag zur Finanzierung. Letzteres umso mehr, da viele der einschlägigen Versandbuchhandlungen den interessierten LeserInnenn anbieten, sämtliche lieferbaren Titel deutschsprachiger Verlage zu besorgen.

Die Verlage

Vielfältigkeit und Zusammenarbeit kennzeichnen die rechte Verlagsszene. Kaum ein Verlag, der nur Bücher oder nur Zeitschriften verlegt. Die Kombination aus Zeitschriften- und Buchverlag, häufig mit angeschlossenem Buchversand, garantiert den Verlagen, daß die LeserInnen ständig über Neuerscheinungen informiert werden können.

Aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen ist effektiv. Rezensionen und Kurzmeldungen über neue Bücher werden in fast allen Zeitschriften abgedruckt. Die Verlage gewähren sich untereinander Nachdruckrechte für ihre Bücher. Verlagsankündigungen oder -prospekte werden gegenseitig ausgetauscht und erreichen eine breite LeserInnenschaft.

Die Zeitungen und Zeitschriften

Die Zeitungen und Zeitschriften nehmen die Mittlerfunktien zwischen Szene und LeserInnen ein. Bereits 1988 zählte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung über 130 Periodika.[1] Mag sich die Zahl inzwischen auch verändert haben, so belegt sie dennoch wie wichtig die Periodika innerhalb der Szene sind. Fast immer sind es Organe von Zusammenschlüssen, Aktionsbündnissen und Organisationen oder sie fungieren, wie die Deutsche Stimme für die NPD, als ausgewiesene Parteizeitungen. Die Periodika sind zuständig für die Verbreitung von Informationen über Termine, Aktionen und anderweitige Nachrichten aus der Szene, kommentieren aktuelle politische Ereignisse und liefern den notwendigen Überbau zur Bildung oder Festigung eines rechtsextremen oder neokonservativen Weltbildes.

Die Vielzahl der Druckschriften ist aber weniger ein Zeichen von Zersplitterung und Schwäche als Ausdruck eines ausdifferenzierten, über Jahre gewachsenen Systems, um allen ideologischen Strömungen Gehör zu verschaffen. Eine eindeutige Kategorisierung der Verlage und Zeitschriften als rechtsextrem, -radikal, neokonservativ etc. entspringt eher dem Wunsch nach Überschaubarkeit denn der Realität. Die Kategorien selbst sind bei weitem nicht exakt genug definiert, um der Dichte des Netzwerkes gerecht zu werden. Orientierungshilfe bieten die Kriterien, die Wolfgang Benz zur Charakterisierung rechtsextremer Weltbilder aufgestellt hat.[2] Die von mir genannten Verlage, Versandbuchhandlungen und Zeitschriften entsprechen nach Überzeugung vieler Beobachter und Beobachterinnen der Szene diesen Kriterien vollständig oder zumindest in Teilbereichen. Man trifft häufig auf offenen Rassismus und das Eintreten für ein Deutschland über die bestehenden Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Darüber hinaus werden noch Organisationen genannt, die als Inserenten in Zeitungen oder Zeitschriften der rechten Szene auftauchen.

Bei allen Unterschieden sind zahlreiche personelle Querverbindungen zwischen den einzelnen Organisationen festzustellen: AutorInnen publizieren in mehreren Zeitschriften von unterschiedlicher Qualität und ideologischer Ausrichtung. Aktive Mitglieder verschiedener politischer Organisationen zeichnen gleichzeitig als Verleger oder Herausgeber für diverse Zeitschriften verantwortlich. Ideologische und personelle Verflechtungen existieren darüber hinaus bis an den rechten Rand gesellschaftlich akzeptierter und honoriger Institutionen.[3] Astrid Lange bescheinigt den Periodika die Funktion einer "Großpartei, die als organisatorische Klammer, als Koordinierungs- und Betreuungsinstanz fungiert".[4]

Die Buchvertriebe

Für den Umsatz innerhalb dieses publizistischen Netzwerkes sorgen die über 30 Buchvertriebe, die in ihrer Mehrheit einer Organisation oder einer Zeitschrift angeschlossen sind. Die Anzahl derjenigen, die sich ausschließlich auf NS-Literatur beschränken ist gering. Weitaus die meisten stellen ihr Angebot aus dem Programm der einschlägigen Verlage zusammen und decken das gesamte rechte Spektrum ab. Indizierte Werke, NS-Faksimiles, antisemitische Hetzschriften, theoretische Abhandlungen der Neuen Rechten oder Bücher mit ökorassistischem Inhalt: Generell gilt, daß

man bei Durchsicht verschiedener Periodika auf jedes gewünschte Buch stoßen kann.

Thematisch lassen sich die Offerten der meisten Buchversender in fünf Kategorien einordnen:

1. Germanentum, Heidentum, Esoterik;
2. Antizionismus, Antisemitismus;
3. NS-Themen und Zweiter Weltkrieg;
4. Ideologie der Neuen Rechten;
5. Kritik an Demokratie, Liberalismus und Materialismus.

Noch zwei Merkmale sind fast durchgängig festzustellen: Längst schon haben viele ihr Angebot erweitert und bieten außer Büchern noch Flaggen, Fahnen, Videos, Kassetten, Schallplatten, bedruckte Kleidungsstücke und Aufkleber an.

Im Angebot der Mehrzahl finden sich mitnichten nur Publikationen der Szeneverlage. Bücher durchaus renommierter Verlage komplettieren das Programm. Neben Lexika und Geschichtsbüchern sind dies überwiegend kritische Analysen aus den Bereichen Ökologie, Sozialpolitik, internationale Politik/Imperialismus und Innenpolitik/Parteien. Diese Programmerweiterung dient einem strategischen Ziel, das bei einem Blick auf die vorherrschenden Propaganda- und Agitationsmethoden erkennbar wird. Die publizistischen Aktivitäten dienen häufig dem politischen Ziel, die parlamentarische-demokratisch verfaßte Bundesrepublik langfristig durch einen autoritären, völkisch-nationalen Staat zu ersetzen. Notwendige Voraussetzung dafür ist die allgemeine Überzeugung, daß existierende Probleme nicht mehr von dem bestehenden politischen System gelöst werden können. Es gilt also, nicht nur den Teil der Bevölkerung anzusprechen, der bereits ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild besitzt, sondern bis in die "politische Mitte" akzeptabel zu werden. Notwendig ist es, weit verbreitete Vorurteile und Ängste aufzugreifen, zu artikulieren und sie für die eigenen politischen Ziele umzudeuten. *"Um die gewünschte Krisenstimmung zu erreichen und ihr ständig neue Nahrung zu geben, werden latente Angstgefühle systematisch für die politischen Zielsetzungen genutzt."*[5] Kritik der extremen Rechten an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen weist eine destruktive Tendenz auf. *"So ist z.B. die ständige Diffamierung der demokratischen Politiker eine Möglichkeit, den totalen Angriff gegen Staat und Gesellschaft zu führen, und das ist notwendig, um die dringend benötigte Krisenstimmung anzuheizen. Dieses wiederum ist Bedingung, um die Demokratie herabzusetzen und eine andere Gesellschaftsform vorzubereiten. Die Rechtsextremen sind daher nicht darauf aus, durch Reformen die parlamentarische Demokratie zu verbessern, sondern sie zu beseitigen."*[6]



Das publizistische Netzwerk ist ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Bestandteil dieses Systems der Kritik und Diffamierung. Aber, noch ist der Kreis der Mitglieder und SympathisantInnen nicht groß genug, um das Ziel, die Errichtung eines autoritären Staates, verwirklichen zu können. Bücher renommierter Verlage, die sich kritisch-konstruktiv mit der politischen und gesellschaftlichen Situation auseinandersetzen, werden gleich in mehrfacher Weise für diese Strategie instrumentalisiert: Die Bücher werden benötigt, um das inszenierte Bild einer "kaputten" Gesellschaft zu bestätigen. Sie bestärken, da von Hause aus nicht der rechten Szene zuzurechnen, das Gefühl, tatsächlich und objektiv eine gesellschaftlichen Krise zu erleben. Gleichzeitig erfahren die Bücher rechter Verlage eine Aufwertung, da die Kritik nicht ausschließlich von ihnen erfolgt. Ein breites Versandangebot, das sich nicht auf die Bücher rechter Verlage beschränkt, verhilft dem jeweiligen Buchvertrieb außerdem zu einem Bild von Toleranz, Liberalität und Objek-



Foto: Hacky Hagemeyer/transparent

tivität. Die dem Programm tatsächlich zugrundeliegende Ideologie verschwimmt hinter einem breitgefächerten Angebot der verschiedensten Verlage, das dann auch wieder für ein breiteres, für rechtsextreme Thesen empfängliches Publikum attraktiv wird. Daß eine solche Zusammenstellung weder tolerant noch zufällig, sondern bewußt kalkuliert ist, demaskiert das publizistische Netzwerk als Instrument, um bisher bestehende Grenzen der politischen Diskussion zu verschieben und eine eindeutige rechtsextreme Zuordnung zu verhindern.

Und nicht zuletzt läßt sich mit den Büchern renommierter Verlage Geld verdienen.

Who is who

Seit 1951 erscheint im Coburger Nation Europa Verlag die Monatsschrift *Nation und Europa*. Gegründet vom ehemaligen SS-Sturmbannführer und Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt, avancierte *Nation und Europa* inzwischen zu einem der bedeutensten Theorieorgane der Neuen Rechten. Inhaber und Herausgeber ist Peter Dehoust, langjähriger NPD-Funktionär und gleichzeitig aktives Mitglied u.a. in der Gesellschaft für freie Publizistik und im Hilfskomitee Südliches Afrika. Auf die Bedeutung von Zeitschrift und Verlag weist auch der Verfassungsschutzbericht hin, der 1992 in der Zeitschrift eine "Steigerung der ausländerfeindlichen Tendenzen"[7] feststellt. Zu den AutorInnenen zählen u.a. Alain de Benoist, der NPD-Vorsitzende Günter Deckert, Jean Marie Le Pen und Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Informationen über Bücher erhalten die LeserInnen aus den Verlagsanzeigen und einem ausführlichen Rezensionsteil, der nicht ausschließlich Bücher von rechten Verlagen vorstellt. Alle rezensierten Bücher können über den Buchdienst Nation Europa bezogen werden, der in seinem Versandkatalog auch anbietet, "jedes im Buchhandel erhältliche Buch"[8] zu liefern. Selbstverständlich führt der Buchdienst die Titel des Grabert Verlags, Tübingen.

Auch Grabert ist schon lange im Geschäft. 1959 von dem ehemaligen Mitarbeiter in Alfred Rosenbergs "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", Herbert Grabert, gegründet und seit 1972 von dessen Sohn Wigbert geleitet, sind Verlag und Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* (DGG) auf Werke führender Revisionisten wie David L. Hoggan ("Dem Begründer des wissenschaftlichen Revisionismus")[9] und David Irving[10] spezialisiert. Als Werbeträger wird die Zeitschrift DGG u.a. vom Europa Buchversand, München und dem Klosterhaus Verlag, Wahlsberg genutzt. Unter der gleichen Adresse in Tübingen residiert der Hohenrain Verlag (Geschäftsführer: Wigbert Grabert). Die Gründung des Hohenrain Verlags war 1984 der Versuch, ein breiteres Publikum zu erreichen und die eindeutige Festlegung auf die rechtsextreme Thematik zu verändern. Wie bei Nation Europa sind Verlag und Zeitschrift mit einem Buchversand, dem Grabert Buchversand, unter einem Dach vereint. Angebote von Verlag und Buchversand werden u.a. von dem Schutzbund für das Deutsche Volk verschickt und sind als Versandprospekt der Zeitschrift *Nation* (Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Abteilung Versandbuchhandlung, Viöl) beigelegt. Alain de Benoist gehört u.a. mit dem Titel "Aus rechter Sicht" ebenso zu den Grabert-Autoren wie David L. Hoggan und Leon Degrelle mit "Hitler - geboren in Versailles". Degrelle, nach 1945 in Belgien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, lebt in Spanien und war u.a. 1984 als Mitbegründer am "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum hundertsten Geburtstag Adolf Hitlers" beteiligt.[11]

Degrelle, Hoggan, Irving und Alain de Benoist kann man aber auch über den Buchdienst der *Jungen Freiheit* beziehen. Die jüngst von Freiburg nach Potsdam verzogene Wochenzeitung entwickelte sich nach ihrer Gründung 1986 "zum absoluten Renner der intellektuell-rechtsextremistischen Szene"[12]. Rainer Fromm nennt die *Junge Freiheit* den Beweis dafür, *"daß ein rechtsradikaler Markt entstanden ist, der sich nicht mehr mit den dumpfen Phrasen der Deutschen Nationalzeitung Gerhard Freys zufrieden gibt. Der Nationalchauvinismus hat ein neues Sprachrohr gefunden."*[13] Ihren Buchdienst hat die *Junge Freiheit* organisatorisch von der Zeitung abgetrennt und ist nun über das gleiche Postfach in Wesseling zu erreichen, wie der Verlag und Versand Anneliese Thomas.

In der Doppelnummer 8-9/1992 der Zeitschrift *Nation* stößt man auf der Seite 33 auf Werner Symanek, Verlag und Agentur, Gladbeck. Näheres enthüllt der 32seitige Versandkatalog "Literatur-Info 93". Angeboten wird das "Beste vom Besten an kritischer Information". "Einziges Dogma ist es, Literatur ausfindig zu machen und anzubieten, die unkonventionelle, unerwünschte Themen behandelt." Zugute hält sich das VAWS-Team (Verlag & Agentur Werner Symanek), daß *"die meisten unserer Bücher nur haarscharf dem Indexstempel entgangen sind"*.[14] Dieser locker-flockige Sprachstil überrascht. Waren doch zwei Jahre zuvor, bei der Vorstellung des ersten Versandkatalogs noch ganz andere Sätze zu lesen: *"Bei uns"*, so Werner Symanek damals, *"erhalten Sie keine Bücher von Bertolt Brecht, Wolfgang Borchert oder Heinrich Böll, sondern Schriften von Autoren, die ihr Land lieben und nicht verachten. Lediglich die Bücher 'Der Mossad' und 'Die Israel-Lobby' wollen wir Ihnen nicht vorenthalten, da sie der gemeinsamen Sache dienen."*[15] Der "gemeinsamen Sache" zu dienen, ist auch heute noch ein Anliegen: Paul Findleys "Die Israel Lobby" ist noch immer im Programm. Erschienen ist das Buch in der Verlagsgemeinschaft Berg (VGB), einem Zusammenschluß der Verlage Türmer, Druffel und Vowinckel. Kommentar des Verfassungsschutzes: *"Zum Angebot der von Dr. Gert Sudholt (49) geleiteten Verlags-gemeinschaft gehören Bücher mit rechtsextremistischen Inhalten."*[16] Daß auch die VGB einen eigenen Buchversand, die Buchkameradschaft Scharnhorst, unterhält, sei hier nur am Rande erwähnt.[17] Zurück zum Symanek-Katalog: Autoren wie Gerd Knabe "Wann schämen Sie sich endlich, Herr Galinski?" (Winkelberg Verlag); Rudolf Krause, MdB (Ex-CDU, jetzt Republikaner) "Ende der Volksparteien. Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen (Verlag Heitz & Höffkes); David Irving, Hans-Werner Woltersdorf "Die Ideologie der neuen Weltordnung. Rakowski und die Protokolle der Weisen von Zion"; haben wahrlich eine andere Qualität als Bertolt Brecht und Heinrich Böll. Doch Symanek beschränkt sich durchaus nicht auf Titel zur "nationalen Frage". Bücher renommierter Verlage komplettieren das Programm und können bei oberflächlicher Betrachtung ohne weiteres einen kritisch-liberalen Eindruck vermitteln. Die Brisanz erschließt sich erst auf den zweiten Blick, da die Zusammenstellung gesellschaftskritischer und neokonservativer bis rechtsextremer Bücher auf eine bestimmte Zielrichtung verweist: Die Revision der historischen Beurteilung des Nationalsozialismus und die Propagierung eines Gesellschaftsentwurfs auf völkisch-nationaler Grundlage. Diesen Eindruck bestätigen auch Inserate von Werner Symanek in der Zeitschrift *Die Bauernschaft* von Thies Christophersen.[18]

Christophersen, Verleger des Nordwind Verlags in Kollund, Dänemark, ist Autor der indizierten Titel "Die Auschwitz-Lüge" und "Der Auschwitz-Betrug"[19]. Im Nordwind Buchversand werden u.a. Bücher von Hitler, Rosenberg, David Irving, Wilhelm Stäglich ("Der Auschwitz-Mythos") und Gerd Knabe angeboten. Neben Symanek inserieren in der *Bauernschaft* u.a. die Verlage Lühe (Süderbrarup) und Heckenrose (Dinklar); der Buchversand Hermann Ode, (Wiesbaden); der Donner Versand; Courrier du Continent (Lausanne); das Nationale Antiquariat A. Völker (Hambühren); der Buchdienst Witten und das FAP-Sprachrohr (und Buchversand) Deutscher Standpunkt (Stuttgart).

Jedes derzeit im Handel befindliche Buch besorgt auch der Buchdienst Europa Vorn, Köln. Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift ist das Mit-

glied der Kölner Stadtratsfraktion der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL), Manfred Rouhs. Bundesweite Schlagzeilen machte die DL-Fraktion 1993 mit der Steckbriefaktion gegen eine von der Abschiebung bedrohten Roma, für deren Ergreifung sie ein Kopfgeld aussetzte.

Mit der DL verbandelt ist die Monatszeitung *Deutsche Rundschau* und ihr Versand Patria in Landshut. Patria beschränkt sich bei weitem nicht nur auf Bücher, sondern verkauft auch die übrigen Utensilien zur Demonstration nationaler Gesinnung: Flaggen, Fahnen, Aufkleber und Schallplatten. Die Besetzung der Führungspositionen bei Zeitung, Versand und Partei veranschaulicht recht deutlich die personelle Vernetzung der rechten Szene. Im Briefkopf weist Patria zwei Geschäftsführer mit langer Funktionärskarriere in diversen Parteien aus: Franz Glasauer und Harald Neubauer. Glasauer ist Generalsekretär der DL[20]. Neubauer, Vorstandssprecher der DL, vertritt nach seinem Weggang von den Republikanern die Deutsche Liga im Europaparlament[21] und soll außerdem Mitglied der internationlen NSDAP/AO sein[22]. Darüber hinaus fungiert er seit Anfang 1992 als Herausgeber der schon bekannten Zeitschrift *Nation und Europa*. Mitherausgeber von Nation und Europa und Vorstandsmitglied der DL, Peter Dehoust, verwaltet seit Anfang 1994 wiederum als Geschäftsführer die Geschicke der *Deutschen Rundschau*, die seitdem auch in seinem Coburger Nation Europa Verlag erscheint.

Gegenstrategien

Daß sich die Verlage bewußt sind, als liberales Aushängeschild oder Geldquelle benutzt zu werden, ist aus den Vertriebsabteilungen gleich mehrerer großer Häuser zu hören. Glücklich darüber ist niemand, doch vermag kein Verlag vollkommen ausschließen, sich mit den eigenen Titeln im Rezensionsteil oder im Versandkatalog von rechten Zeitschriften oder Buchvertrieben wiederzufinden. Die Dichte des publizistischen Netzwerkes von rechts und die Taktik, den wahren politischen Standpunkt hinter einem pseudoliberalen Äußeren zu verschleiern, erschwert es, den Überblick über die einzelnen Organisationen zu behalten.

So bedarf es einiger Kenntnis und Anstrengung, um diese nicht gewollten Verbindungen wenigstens zu minimieren. Grundsätzlich sind alle Verlage laut Vekehrsordnung verpflichtet, eine Versandbuchhandlung zu beliefern, sofern ein Preisbindungsrevers unterschrieben ist bzw. eine Verkehrsnummer vorliegt. Dies haben aber bei weitem nicht alle der einschlägigen Buchvertriebe. So finden sich z.B. weder bei dem Verlag Werner Symanek noch bei der Zeitschrift *Europa Vorn* entsprechende Eintragungen im Adreßbuch für den deutschsprachigen Buchhandel. Viele Verlage wollen sich aber nicht nur auf den reinen Wortlaut der Verkehrsordnung zurückziehen. Seit Jahren schon haben sie, z.T. sehr ähnliche, Strategien entwickelt, um die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch mit den Möglichkeiten ihres Vertriebs zu führen. Es soll den rechten Buchvertrieben so unattraktiv wie möglich gemacht werden, ihr Angebot mit Büchern von außerhalb der rechten Szene zu komplettieren. Grundsätzlich werden neue Kunden um den aktuellen Versandkatalog gebeten. Ist daraus eine Zugehörigkeit zur rechten Szene abzuleiten, so wird die Zusendung kostenloser Prüfexemplare verweigert, werden Rabatte nur im niedrigstmöglichen Umfang gewährt und eventuelle Bitten um Druckkostenbeihilfe für den Versandkatalog abgelehnt. Weniger effektiv ist der Verweis an das Barsortiment, da auf diesem Wege das grundsätzliche Problem nur verlagert wird.

Buchvertriebe sind Teil eines weitgespannten publizistischen Netzwerkes von rechts. Ihre Bedeutung erlangen sie über ein breites Angebot, das neben rechten Publikationen auch Titel renommierter Verlage umfaßt. Diese Programmerweiterung ist Bestandteil der Bemühungen, mit rechtsextremen und rassistischen Positionen in den alltäglichen öffentlichen Diskurs einzudringen und diese dort zu etablieren. Unterstützung erfährt diese Strategie dabei gegenwärtig von Parteien, die sich auf Wählerfang am rechten Rand konzentrieren, anstatt eine offensive Auseinandersetzung zu suchen. Eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Positionen muß aber deutlich machen, daß diese nie als eine von vielen Möglichkeiten gesellschaftlicher Gestaltung begriffen werden dürfen und muß auf den gewaltverherrlichenden, antidemokratischen und faschistoiden Hintergrund verweisen.

Anmerkungen

1 Jäger 1988.
2 Benz 1989; S. 10f. (S. Kasten S.)
3 Vgl. u.a. Leggewie 1987 und Hellfeld 1993.
4 Lange 1993; S. 13.
5 Schwagerl 1993; S. 37.
6 a.a.O., S. 14.
7 Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1992, S. 126.
8 Büchersuchlicht 1993.
9 Verlagsankündigung des Grabert-Verlags.
10 Vgl. Verfassungsschutzbericht 1992, S. 127.
11 Vgl. ID-Archiv 1992; S. 18 & 158.
12 Purtscheller 1993; S. 132.
13 Fromm 1993; S. 111.
14 Beiblatt zum Literatur-Info 93.
15 Vorwort zum Katalog 1991 von Werner Symanek.
16 Verfassungsschutzbericht 1992, S. 129.
17 Jäger 1988; S. 38.
18 S. Die Bauernschaft 1/93; 2/93; 3/93.
19 BÖRSENBLATT 83/19.10.1993; vgl. auch Verfassungsschutzbericht 1992, S. 128.
20 Verfassungsschutzbericht 1992, S. 118.
21 a.a.O., S. 121.
22 Schmidt 1993; S. 335f

Die Europäische Union –

Dichtung und Wahrheit

von Anti-EG-Gruppe Köln

Dichtung:

"Wirtschaftswachstum führt zu mehr Wohlstand"

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Die Wachstumsideologie bedeutete schon immer: für den Wohlstand von wenigen bezahlen viele. Tatsächlich führt das Wirtschaftswachstum der auf Profitinteressen basierenden Industriestaaten in der Europäischen Union zu immer stärkerem Ressourcenverbrauch bei ständig wachsender Umweltvergiftung. Dabei gibt es schon heute allein in Nordrhein-Westfalen mehr Autos als im gesamten Kontinent Afrika. Wachstumsfetichismus heißt: immer mehr Konsum von immer unsinnigeren Waren (vom Tischstaubsauger bis zum Mobiltelefon...) Die Folgen sind: Rohstoffverschwendung, Giftmülltransporte, Regenwaldvernichtung, weltweite Wasser- und Luftverpestung bis zur Zerstörung der Erdatmosphäre

Dichtung:

"Ziel unseres Handelns ist die Beschäftigung.

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Noch nie war die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft so hoch wie heute: selbst nach den offiziellen Statistiken sind zur Zeit 17 Millionen Menschen in der Europäischen Union (EU) erwerbslos. Die Konzentrationsprozesse im Europäischen Binnenmarkt fördern nicht die "Beschäftigung" sondern die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Dichtung:

"Wir schaffen mehr Wettbewerbskraft für die Wirtschaft."

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Projekt der Konzerne und Großbanken. Der "freie Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr" im europäischen Binnemarkt bringt vor allem den transnationalen europäischen Konzernen Vorteile: als "Heimatmarkt" (Siemens), um ihre weltweite Führungspositionen auf- und auszubauen. "Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt. Und wir wollen dabei sein", sagt Daimler-Chef und Sozialdemokrat Edzard Reuter. Und der Bundesverband der Deutschen Industrie verkündete schon 1986: "Der Wille zu 'mehr Europa' konkretisiert sich vor allem in der Verwirklichung des freien europäischen Wirtschaftsraumes." Das ist die "Freiheit", die sie meinen.

Dichtung:

Der Europäische Binnenmarkt dient allen.

(EG-Kommission)

Wahrheit:

"Vor nahezu jedem EG-Büro sitzt ein Lobbyist", schrieb die Frankfurter Rundschau am 3.9.1993. Insgesamt gibt es 10.000 Lobbyisten allein in Brüssel. Die meisten sind Vertreter von Industrie- und Unternehmensverbänden. Sie sorgen dafür, daß in der EU die Interessen der Wirtschaft auch im Detail umgesetzt werden. Sozialpolitische wie ökologische Standards werden dagegen gesenkt und auf niedrigerem Niveau europaweit angeglichen.

Dichtung:

"Zu den vier Freiheiten des europäischen Binnenmarktes gehört der freie Personenverkehr mit Wegfall von Grenzkontrollen und Niederlassungs- und Beschäftigungsfreiheit."

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Vom sogenannten "freien Personenverkehr" sind im EG-Europa zehn Millionen Menschen von vorneherein ausgeschlossen: zwei Millionen Flüchtlinge, denen fast jede Erwerbsmöglichkeit verwehrt wird und die acht Millionen Menschen, die zwar in der Europäischen Union wohnen und arbeiten, aber in der zynischen Sprache der Brüsseler Bürokraten "Nicht-EG-Bürger" heißen, weil sie anderswo geboren wurden. Sie dürfen sich bis heute in der Europäischen Union nicht frei einen Wohnort und eine Arbeit suchen, und sie sind auch von allen wesentlichen politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Diese zehn Millionen Menschen sind "Bürger" zweiter Klasse in dem rassistisch geprägten Europa der EU.

Dichtung:

"Die Europäische Gemeinschaft hat seit ihrer Gründung die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ärmeren Länder stetig gefördert."

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1957 gegründet wurde, führten ihre Gründungsmitglieder Frankreich, Belgien und Niederlande noch Kriege in aller Welt, um "ihre Kolonien" zu behalten. Allein der französische Kolonial-Krieg in Algerien dauerte bis 1962 und forderte eineinhalb Millionen Tote. Er wurde aus EG-Geldern mitfinanziert. Denn, so der damalige Bundestagsvizepräsident Jaeger, "die Sache Frankreichs in Algerien war die Sache Europa".

Bis heute halten die Staaten der Europäischen Union über 30 Gebiete in aller Welt im Kolonialstatus. Dazu gehören etwa die Karibik-Inseln Gouadeloupe

und Martinique, die der EG als "Exportschaufenster" dienen. Entsprechend vertreiben dort europäische Handelskonzerne und Touristikunternehmer die Einwohner von ihrem Land. Die Kolonie Guyana in Südamerika wird unter europäischer Kontrolle gehalten, weil dort die "europäische" Weltraumstation Kourou steht (BRD-Anteil: 37 Prozent). Und Polynesien im Südpazifik wird als französisches Atomtestgelände mißbraucht und verseucht. Auch in diesen Kolonien, die 7000 bis 20.000 Kilometer von Straßburg entfernt sind, wird am 12. Juni 1994 das Europaparlament mitgewählen. Die seit langem geforderte Unabhängigkeit jedoch bleibt diesen Länder aufgrund der wirtschaftlichen wie militärstrategischen Interessen der EU verwehrt.

Dichtung:

"Die Lomé-Abkommen, die die Europäische Gemeinschaft mit 69 ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (den AKP-Staaten) abgeschlossen hat, sind ein Modell für eine neue Nord-Süd-Partnerschaft".

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Nachdem die meisten Kolonien "in die Unabhängigkeit entlassen" werden mußten, sicherte sich die EG mit Hilfe der Lomé-Verträge seit den siebziger Jahren auch weiterhin "ihre Rohstoffversorgung" und die "Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländern" (EG-Kommission). Seit dem ersten Lomé-Vertrag 1975 ist der Handelsanteil der AKP-Staaten ständig gesunken (von 7 Prozent auf 3,8 Prozent). 70 Prozent der Lomé-Gelder gehen als Aufträge direkt zurück an die europäische Industrie. Und seit Lomé IV (1989) zwingt auch die EG den hochverschuldeten Länder offensiv die Wirtschaftpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf: Privatisierungsmaßnahmen und Kürzungen ihrer Subventionen, Bildungs- und Sozialausgaben. Das Pro-Kopf-Einkommen in 30 davon betroffenen Ländern Afrikas ist deshalb in nur vier Jahren um 20 Prozent gesunken. EG-"Entwicklungs"-Politik ist Verelendungspolitik.

Dichtung:

"Die Europäische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft des Friedens."

(EG-Kommission)

Wahrheit:

Tatsächlich basteln die führenden EU-Politiker - allen voran die deutschen - immer offensiver am Aufbau eines eigenen, europäischen Militärverbandes jenseits der NATO. Zu diesem Zweck wird die Westeuropäische Union (WEU) reaktiviert, die in den fünfziger Jahren gegründet worden war - damals zur Kontrolle und Überwachung der Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland. Längst ist Deutschland auch militärisch die stärkste europäische Macht und einer der Hauptbetreiber der EG-Militarisierung. 1991 erklärte der heutige Verteidigungsminister, Volker Rühe, daß eine Streitmacht "im Rahmen der WEU und nicht nur unter dem Dach von NATO und UN gebildet" werden sollte, die "auch in eigener Regie außerhalb europäischen Territoriums tätig werden" könne. Schon im Golfkrieg 1991 operierte eine europäische Flotte unter eigenen WEU-Kommando. Auch heute setzt die WEU mit militärischen Mitteln in der Adria das Handeslembargo gegen Serbien durch. Die Türkei ist assoziiertes Mitglied der WEU. Damit ist die Europäische Union kriegführende Partei in Kurdistan.

Dichtung:

Die Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft "verhindert eine Sonderrolle Deutschlands" und "bremst das deutsche Großmachtstreben."

(SPD, Grüne, PdS etc.pp...)

Wahrheit:

Deutschland ist in der Europäischen Union längst die dominierende Macht: Ein Viertel des Sozialproduks und ein Drittel der Währungsreserven im EG-Bereich entfallen auf die BRD. Ein Viertel des Exports aus dem EG-Raum ist 'made in Germany' (wobei Deutschland inzwischen drittgrößter Waffenexporteur der Welt ist!) Unter den 20 größten EG-Konzernen und 20 größten Banken haben jeweils sieben ihren Sitz in der Bundesrepublik. BRD-Konzerne sind führend vor allem in Schlüsselindustrien: Chemie, Elektro, Maschinenbau, Autos. Aus wirtschaftlicher folgt politische Macht: Deutschland nutzt seine Stellung in der EU, um Großmachtansprüche auch gegenüber Osteuropa durchzusetzen. Was im Faschismus militärisch nicht gelang, wird heute ökonomisch durchgesetzt: "Wir werden um so erfolgreicher sein, je mehr sich die Europäische Union entfaltet und je mehr wir uns auf die Gemeinschaft stützen können," sagt Helmut Schmidt. Und bei Wolfgang Schäuble klingt das so: "Wer Deutschland kontrolliert, kann erwarten, die Hegemonie über Europa zu erlangen." Europapolitisch ist sich das konserva tive Lager einig.

Fazit:

Die Europäischen Union steht in der Tradition des europäischen Kolonialismus und dient Deutschland heute als Sprungbrett für eine neue ökonomische und militärischen Großmachtpolitik. Die EU regiert ausschließlich von oben nach unten: die Regierenden kontrollieren sich selbst, sie machen ihre eigenen Gesetze und lassen sie vom bürokratischen Apparat der Kommission in Brüssel praktisch umsetzen. Das Europäische Parlament dient dabei nicht nur als demokratische Fassade, sondern propagiert und betreibt die EU-Poltik offensiv mit. Dabei muß es in so wichtigen Fragen wie der Außen- und Militärpolitik allenfalls informiert werden. In der Supermacht Europa drohen selbst die noch verbliebenen bescheidenen demokratischen Kontrollmöglichkeiten verloren zu gehen. Dieser Prozeß läßt sich nicht durch Einzelforderungen und Nachbesserungen umkehren: die Europäische Union hat keine Fehler, sie ist der Fehler!

Wir lehnen die Formierung der Europäischen Union, die Herausbildung der neuen Großmacht Europa ab und deshalb auch jede Teilnahme an der Europawahl.

12. Juni Europawahl: Was tun? Boykottieren! Was sonst? ★

Alptraum Europa: Die neue Qualität des Kolonialismus

von Jutta Klaß

Zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen 1955 in *Messina* die Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und - parallel - der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Britannien war eingeladen, lehnte jedoch, wie bereits 1952 (Gründung der Montanunion) eine verbindliche Mitarbeit ab. Noch glaubte Britannien durch die vorrangige Orientierung auf das Commonwealth - d.h. die Fortsetzung der traditionellen Kolonialpolitik- seine Interessen am besten durchsetzen zu können. Die EWG-Gründungsstaaten Frankreich, Belgien und die Niederlande, ebenfalls Kolonialmächte, glaubten, beides vereinbaren zu können: EWG-Mitgliedschaft und - allerdings in „verfeinerter" Form - Aufrechterhaltung und Nutzung der kolonialen Strukturen.

Das Verhältnis und die Beziehungen zu den Ländern der sogenannten Dritten Welt, die - so der offizielle Jargon - **besondere Beziehungen** zu den EWG-Gründungsstaaten hatten, waren Gegenstand der Auseinandersetzung bei den Verhandlungen über die EWG-Gründung.

Während vor allem Frankreich das Zustandekommen des Gemeinsamen Marktes von der „befriedigenden Lösung" des „Überseeproblems" abhängig machte, standen insbesondere die BRD und die Niederlande Frankreichs Forderungen aus unterschiedlichen Gründen reserviert gegenüber: Die Niederlande befürchteten vor allem eine Diskriminierung der eigenen Kolonialgebiete, während für die BRD (deren Handelsprioritäten in der sogenannten Dritten Welt in Lateinamerika und Asien lagen) neben der unsicheren Kosten-Nutzen-Relation das politische Risiko der Assoziierung im Vordergrund stand. Zum einen galt es in der damaligen weltpolitischen Situation - so Hella Gerth-Wellmann - auch nur den Anschein einer Unterstützung der französischen Kolonialpolitik zu vermeiden, zum anderen sah die Bundesregierung ihr damaliges Prinzip gefährdet, die Vergabe von Entwicklungshilfe an politisches Wohlverhalten der Empfängerländer in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Nicht-Anerkennung der DDR zu binden. Doch diese Bedenken und Einwände erwiesen sich als zweitrangig gegenüber dem Interesse der BRD an der Schaffung des gemeinsamen Marktes als entscheidender Voraussetzung und Bedingung für die Expansion des BRD-Kapitals. Das Eingehen der EWG-Verhandlungspartner auf die französischen Forderungen war bestimmt durch die von Frankreich in Hinblick auf eine baldige Unabhängigkeit der Kolonien hervorgehobene **politische** Funktion einer EWG-Assoziierungspolitik, deren Grundüberlegungen J. Agarwal wie folgt zusammenfaßte:
„Ohne die europäische Hilfe nach der Erlangung der Unabhängigkeit durch Französisch-Zentralafrika müßte sich ein Vakuum in diesen Gegenden ergeben, das von einer der Weltmächte, wahrscheinlich den Kommunisten, ausgefüllt werden würde. Das konnte nicht nur für Frankreich, sondern auch für das gesamte Europa schlimme Folgen haben. Europa brauchte Afrika sowohl als Rohstoffquelle als auch als Absatzmarkt".
Kurz: Systemsicherung und das Interesse, vorhandene Positionsvorteile (gesicherte Absatzmärkte, profitable Kapitalanlagen und Rohstoffquellen, die bestehende Ausrichtung der Wirtschaftsstrukturen in den Kolonien auf die besonderen kapitalistisch-imperialistischen Bedürfnisse) gegenüber den imperialistischen Konkurrenten zu nutzen, sowie die Möglichkeit, die bisherigen (französischen) Kolonialaufwendungen auf eine „neutrale", durch Kolonialpolitik unbelastete Institution zu übertragen, bestimmten die Grundzüge der EWG-Assoziierungspolitik. Die Entwicklung „neuer", subtilerer Formen der Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbeziehungen zu den ehemaligen und Noch-Kolonien stand auf der Tagesordnung.



Mit der in der Präambel zu den Römischen Verträgen (mit deren Unterzeichnung am 25.3.1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [EWG] geschaffen wurde) verankerten gemeinsamen „Verpflichtung", die „Verbundenheit Europas mit den überseeischen Ländern zu bekräftigen und deren

Wohlstand zu fördern" und der Schaffung des „Europäischen Entwicklungsfonds" (EEF) wurden die Weichen für kollektive Mechanismen neokolonialer Politik gestellt. Der Weg war frei für die **Assoziierung** dieser Gebiete, ihre zwangsweise Angliederung an die EWG. Mit Hilfe des Artikels 131 des EWG-Vertrages wurde am Vorabend der Dekolonisation ein System etabliert, das mit verfeinerten Methoden den Unabhängigkeitsbestrebungen die Spitze nahm und weiterhin den ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungsprozeß der abhängigen Länder im Interesse der europäischen Monopole bestimmte. Artikel 131 charakterisierte die geplante Assoziierung wie folgt:



„Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete... Die Assoziierung soll in erster Linie den Interessen der Bewohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen angestrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen".

Die Entscheidung darüber, was den Interessen der Bewohner dient, **welche** Entwicklung angestrebt werden sollte, war bereits gefallen bzw. entscheidend vorstrukturiert durch Jahrzehnte kolonialer Ausbeutungspolitik und Schaffung der ökonomischen Strukturen, die den Bedürfnissen und Interessen des Kapitals entsprachen. Die Ausgestaltung der Assoziierung sah folgende Maßnahmen vor:

1. Der Warenverkehr zwischen den assoziierten Gebieten und der Gemeinschaft sollte auf der Grundlage einer Freihandelszone geregelt werden: in anderen Worten: die bisherigen kolonialen Privilegien vor allem Frankreichs wurden „EWG-isiert", was insbesondere für die BRD eine wichtige Ausgangsbasis ihrer Expansion in die sogenannte Dritte Welt war. Sie konnte beispielsweise schon in den sechziger Jahren ihren Anteil am Gesamtexport der EWG in die assoziierten afrikanischen Länder von sieben auf dreizehn Prozent steigern.
2. Großzügig gewährte das Assoziierungsabkommen den Beteiligten gegenseitige Niederlassungsfreiheit.
3. Einrichtung eines Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), dessen - nicht rückzahlbare - Mittel insbesondere der Infrastruktur dienen sollten. Mit den Römischen Verträgen wurden die Grundlagen der Beziehungen zu den „überseeischen Gebieten" formuliert und konkretisiert. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurden sie auf der Grundlage „freier Verträge" zwischen der EWG und den seit Beginn der sechziger Jahre „unabhängigen" Staaten weiterentwickelt. Einzig Guinea und später West-Guinea entschieden sich gegen die weitere Assoziierung. Die übrigen unabhängig gewordenen 18 afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM) unterzeichneten 1964 das **Abkommen von Yaoundé**, das die gegenseitige Freizügigkeit im Warenverkehr ebenso bekräftigte wie das „gegenseitige" Niederlassungsrecht, erweitert um die Regelung der Investitionsmöglichkeiten. Auffallend und für die Gesamtkonzeption erhellend ist, daß die Regelung der Fragen des Niederlassungsrechts und der Investitionstätigkeit in der Public Relation Publikation der „Kommission" mit dem vielsagenden Titel „Die Europäische Entwicklungshilfe" weitestgehend verschwiegen wurde - bis hin zu Auslassungen bei der Zitierung von Vertragsdokumenten.

Die Tatsache, daß es von seiten der Regierungen der unabhängig gewordenen AAMS-Staaten keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Assoziierung, jetzt auf „mitbestimmter" Grundlage, gab, diente als Beweis für Zustimmung und damit Legitimation. Nicht thematisiert wurde und wird, welche Möglichkeiten des Herausbrechens aus historisch gewachsenen Abhängigkeiten überhaupt gegeben waren, welche Alternativen von den Unabhängigkeitsbewegungen formuliert und von den späteren Regierungen der „unabhängigen" Staaten gesehen wurden. Auch in der Fortschreibung des Yaoundé-Abkommens 1969 wurde das Prinzip des Freihandels zwischen den AASM-Staaten und der EWG beibehalten, ebenso die Gewährung reziproker (gegenseitiger) **Präferenzen**, d.h. handelspolitischer Vorzugsbehandlungen wie Zollabbau oder -reduzierung, Eröffnung bestimmter Exportkontingente etc.

Die oft gerühmte „liberale" Regelung in der Beziehung zu den assoziierten AASM-Staaten setzte die Grenzen dort, wo westeuropäische Interessen tangiert waren: u.a. bei Agrarerzeugnissen, die mit den unter die gemeinsame Agrarpolitik fallenden europäischen Erzeugnissen konkurrierten. Dagegen durften die Assoziierten weder Zölle noch mengenmäßige Beschränkungen „diskriminierend" gegen die europäischen „Partner" einsetzen. Zwar konnten sie „aus Gründen der Zahlungsbilanz, der Industrialisierung und bei regionalen Marktordnungen Schutzmaßnahmen ergreifen" - aber nur mit vorheriger Genehmigung der Institutionen der Assoziation, in denen die EWG-Staaten trotz formell paritätischer Besetzung

ein eindeutiges Übergewicht hatten.
Nicht nur die konkurrierenden Industrieländer, die ihre Exportmöglichkeiten in die AASM-Staaten gefährdet sahen, kritisierten heftig die Gewährung reziproker Präferenzen. Grundsätzlichere Kritik kam von den nicht-assoziierten Ländern der sogenannten Dritten Welt, formuliert in der Resolution 21 (II) der UNCTAD, in der es heißt: „Gegenseitige Präferenzen wirken selbstverständlich stets zugunsten des wirtschaftlich Stärkeren".
Diese „wirtschaftlich Stärkeren" waren und sind zum einen die EWG-Staaten allgemein, konkret jedoch die europäischen Konzerne, die in der Kolonialzeit (aber auch danach) begünstigt durch das Niederlassungsrecht und die Infrastruktur-„Entwicklungshilfe" des EEF exportorientierte Produktionsstätten (Plantagen, Bergwerke etc.) errichtet hatten. Der Rohstoffexport der assoziierten Staaten war - so Hans Ulrich Walter in einer Untersuchung über die diskriminierende Außenwirtschaftspolitik der EWG gegenüber den jungen Nationalstaaten Afrikas - gar nicht als echter Außenhandel zu bezeichnen: er war zwar grenzüberschreitender Warenverkehr, befand sich jedoch in der primären Kompetenz des EWG-Kapitals. In anderen Worten: Die Präferenzen der EWG an die assoziierten Staaten kamen primär den Produkten aus den **eigenen** Unternehmen zugute.

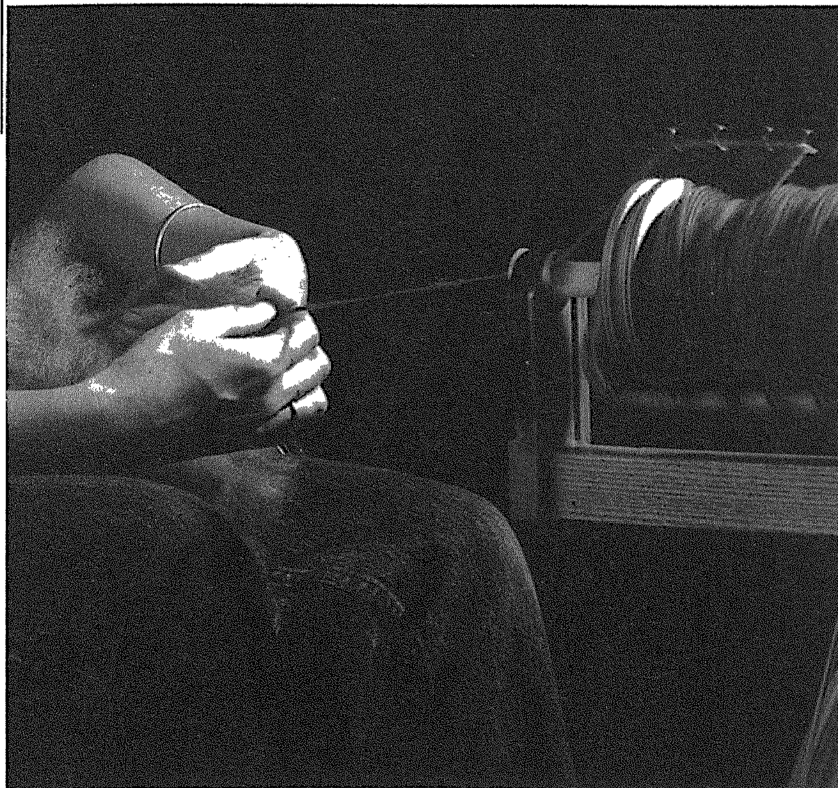


Foto: Jürgen Lichtenberger

Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, wurden in den Yaoundé-Abkommen I und II Maßnahmen zur Eindämmung des politischen und wirtschaftlichen Investitionsrisikos vereinbart, die Heinz Langerbein vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Bonn wie folgt kommentierte: „Es ist bemerkenswert, daß die neue Konvention hauptsächlich auf die Ermutigung und Unterstützung von privaten Initiativen abgestellt ist. Es gibt wahrscheinlich kein anderes Abkommen der internationalen Hilfe, das so viele Möglichkeiten in den Vertragsbestimmungen enthält, private Investitionen attraktiv zu machen und sie mit neuen Anregungen zu unterstützen". Eine weitere Kommentierung der Niederlassungs- und Investitionsfragen im Yaoundé-Abkommen der „internationalen Hilfe" erübrigt sich.
„Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung", „Stärkung der ökonomischen Strukturen und der ökonomischen Unabhängigkeit der Assoziierten Staaten", „Industrialisierung und Expansion ihres Welthandels" - durch die finanziellen und technischen Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sollten diese in den Verträgen immer wieder betonten Ziele gefördert werden. Gefördert wurden mit den von den europäischen SteuerzahlerInnen finanzierten Mitteln des EEF vor allem die westeuropäischen Unternehmen: Die vorrangig mit EEF-Mitteln unterstützte Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn, Häfen, Wasser- und Elektrizitätsversorgung etc.) wurde von westeuropäischen Unternehmen durchgeführt, sie profitierten von der ebenfalls geförderten „Modernisierung der Landwirtschaft", Ausgabeposten, für die zusammen zwei Drittel der EEF-Mittel in den sechziger Jahren verwendet wurden.

Zwischen 1964 und 1969, d.h. zwischen der Unterzeichnung der Yaoundé-Abkommen und deren Fortschreibung, setzte ein Prozeß der selektiven Öffnung der Assoziierungsverhältnisse gegenüber anderen Ländern ein, vor allem gegenüber den Mittelmeerländern, zu denen „besondere Beziehungen" geknüpft wurden, wie es in dem „Memorandum der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 27.7.1971 über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern" heißt. Der Hintergrund für die Aufnahme dieser „besonderen Beziehungen" wird im Memorandum wie folgt erklärt: „Es handelt sich sowohl um europäische Länder, deren möglicher Beitritt zur Gemeinschaft sich aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen verzögert (Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Malta und Zypern) sowie um einige Länder, die geschichtliche (die EG-Umschreibung für 'koloniale' [jk]) Beziehungen mit den Mitgliedsstaaten unterhalten haben und deren Assoziierungs-Absichtserklärung vorliegt (Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen) und schließlich um Länder, die ein unmittelbares Interesse an der Entwicklung einer ausgewogenen europäischen Politik im Mittelmeerraum haben (Israel, Vereinigte Arabische Republik, Libanon). ...Die Bereitschaft dieser Länder zur Zusammenarbeit beruht auf einer gewissen Gleichheit der Interessen... Diese Nähe und Interessensgleichheit führt zwangsläufig zu einer weitergehenden Verflechtung, die über den Handel hinausgeht und sich auf Arbeitskräfte, Fremdenverkehr und unsichtbare Transaktionen aller Art erstreckt". Diese „gewisse Gleichheit der Interessen", die zur „weitgehenden Verflechtung führt", umfaßt - so eine Anlage zum Memorandum - auch die „menschlichen Aspekte". So heißt es in diesem Anhang:
„Die gegenseitige Ergänzung erstreckt sich schließlich auch auf die menschlichen Aspekte. Die Mittelmeerländer gleichen das europäische Arbeitskräfte-Defizit... aus. In umgekehrter Richtung stammt die weitaus größte Zahl der Touristen aus Europa..."(!!!)
Nicht übersehen werden darf bei diesen „menschlichen Aspekten" (!!!), daß die jeweils aufgenommenen „besonderen Beziehungen" auf bilateraler Ebene sehr unterschiedlich gestaltet wurden. Wirtschaftliche Erwägungen und Überlegungen allein bestimmen nicht die Außen- und Handelspolitik

der E(W)G.
Als erster großer „Welthandelspartner" - so die Eigendefinition in der EG-Publikations-Reihe: Bürger-Information - beschloß die EG 1971, **allen** Entwicklungsländern **allgemeine Zollpräferenzen**, d.h. Zollermäßigungen für Agrarerzeugnisse und Zollfreiheit für industrielle Halb- und Fertigwaren - bis zu bestimmten Höchstmengen(!) - einzuräumen, eine Forderung, die bereits seit 1958 von den Ländern der sogenannten Dritten Welt erhoben worden war. In dem bereits zitierten Memorandum heißt es dazu: „Dieser Beschluß (ist) die wichtigste Initiative, mit der die Gemeinschaft beweisen wollte, daß sie ihren Verpflichtungen auf Weltebene nachzukommen gedenkt".
Wie die E(W)G dieser „Verpflichtung" nachkommt, bzw. wo die Grenzen der (Zoll)-Freiheit liegen, zeigt die Praxis der Präferenzen. Natürlich dürfen gewerbliche Halb- und Fertigwaren zollfrei eingeführt werden - solange sie die von der EG festgelegte Höchstgrenze (Kontingentierung) nicht überschreiten. Für alles, was darüber liegt, muß der normale Zoll bezahlt werden. Da auch eine derart gestutzte Handels-Freiheit zu unerwünschter Konkurrenz führen kann, wurde eine zweite Sicherung bei der Gewährung „allgemeiner Zollpräferenzen" eingebaut: je nach Grad der Konkurrenz mit E(W)G-intern produzierten Waren wird der Import differenziert nach sensiblen, halb-sensiblen und nicht-sensiblen Produkten. Überschreiten die als „sensibel" klassifizierten Importe die festgesetzte Menge, so tritt automatisch der normale Zolltarif ein. Mit anderen Worten: die Freiheit des Wettbewerbs endet dort, wo die Entwicklungsländer zu Konkurrenten werden.

Wie schon bei den Assoziierungs-Abkommen wurden Agrarerzeugnisse von der Zollfreiheit bzw. Zollsenkungen weitgehend ausgeklammert. Maßstab für die Gewährung von Zollermäßigungen ist auch hier die potentielle Konkurrenz mit dem E(W)G-Agrarsektor. Auch bereits gewährte Zollsenkungen können wieder rückgängig gemacht werden, wenn - so das Memorandum - die E(W)G-Lebensmittelproduktion durch überhöhte Einfuhren schwerwiegend beeinträchtigt wird. (Ausführlich wird in dem Kapitel: „No business like Agrobusiness" auf die EG-Agrarpolitik und ihre Folgen für die - assoziierten wie nicht-assoziierten - Länder der sogenannten Dritten Welt eingegangen; s. S. 53).
Mit den Mitteln der EG-Außen(handels-)politik wurden - so die an dieser Stelle mögliche Zwischenbilanz - die Freiheit des westeuropäischen Kapitals und Agrobusiness gesichert, die internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen garantiert. Natürlich fand „Entwicklung" in den „Entwicklungsländern" statt: in Abhängigkeit, fremdbestimmt, in bestimmten Sektoren, dem kapitalistischen Profitprinzip unterworfen.

Institutionalisierte Ausbeutung - die Lomé-Abkommen

Auch die bislang vier **Lomé-Abkommen**, die - so die EG-Public-Relation-Abteilung - den „bisher einmaligen Versuch darstellen, eine umfassende auch finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen einer Gruppe von Industriestaaten und einer großen Gruppe von Ländern der Dritten Welt aufzubauen", bedeuteten - wie im folgenden gezeigt werden soll - keine prinzipielle Änderung der bisherigen EG-„Entwicklungs"politik.
Die Interessen, die die EG mit den Verträgen von Lomé verfolgte und auch heute verfolgt, wurden 1975 in einem Kommissionspapier klar formuliert: „Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer:

- zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung
- zur Schaffung einer dauerhaften Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern
- zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz."

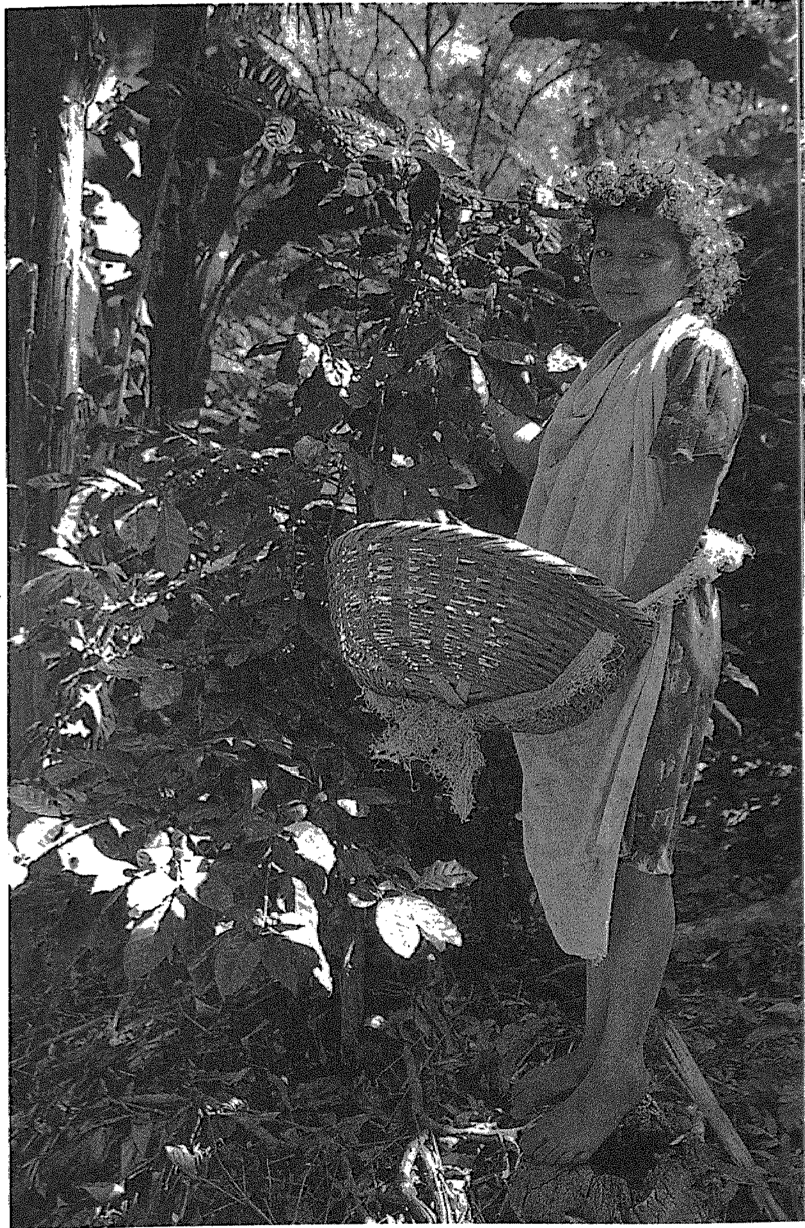


Foto: Mattthias Storz/Graffiti

Vor diesem Hintergrund sind die bisherigen Verhandlungen über die Lomé-Abkommen zu sehen. Das erste, 1975 in Lomé, der Hauptstadt Togos, ausgehandelte Abkommen wurde von 46 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) unterzeichnet - neben den bisherigen assoziierten AASM-Staaten von über 20 Commonwealth-Staaten, d.h. ehemaligen britischen Kolonien, zu denen im Vertrag

über den britischen EG-Beitritt „besondere Beziehungen" vereinbart worden waren.

Trotz einheitlichem Auftreten mit einem gemeinsamen Sprecher gelang es den AKP-Staaten nicht, ihre Forderungen (u.a. umfassende Handelspräferenzen und Zollvergünstigungen, Ausbau der industriellen Infrastruktur) voll durchzusetzen. Wie zuvor bei den Assoziierungsabkommen von Yaoundé lassen sich drei wesentliche Komplexe herausarbeiten, die durch die Lomé-Abkommen vertraglich abgesichert werden:

- **Handel** (Zollfreiheit für den Großteil der Produkte der AKP-Staaten - ausgenommen sind die landwirtschaftlichen Produkte für die die EG gemeinsame Marktordnungen erlassen hat. Im Unterschied zu den Yaoundé-Verträgen wurde das Prinzip der reziproken Präferenzen durchbrochen. Festgelegt wurde lediglich das Prinzip der „Meistbegünstigung", d.h. die Zusage, daß EG-Waren-nicht schlechter behandelt werden, als Waren aus anderen Industrieländern. Für Bananen, Rum und Zucker wurden sowohl für eine festgelegte Menge dieser Produkte der Preis als auch eine bestimmte Abnahmemenge durch die EG garantiert (das entsprechende Abkommen über Zucker stellt auf EG-Ebene die Fortsetzung des Commonwealth-sugar-agreement dar).
- **Niederlassungsrecht und Investitionsschutz**
- **Gewährung von finanzieller und technischer Hilfe** durch den EEF und die Europäische Investitionsbank.

Die einzige tatsächlich qualitative Neuerung bildete die Einrichtung des Exporterlösestabilisierungssystem STABEX. Dieses System beinhaltet die Zusicherung von Ausgleichszahlungen für den Fall, daß die Exporterlöse von genau festgelegten Agrarprodukten plus Eisenerz unter ein bestimmtes Niveau sinken. Da das ohnehin unzureichende Gesamtvolumen des STABEX-Fonds für die 5jährige Vertragsdauer festgeschrieben ist, kann es nur einen Bruchteil der Exporte der AKP-Staaten stabilisieren.

Die „neue Dimension der Nord-Süd-Zusammenarbeit", die „weltmarktkonforme Ausfallversicherung" wie die STABEX-Protagonisten in der EG dieses neue Instrument gerne bezeichnen, dient - wie im EG-Kommissionspapier bereits formuliert - der Rohstoffsicherung und zementiert gleichzeitig, durch die Festlegung, daß nur wenn ein AKP-Land vom Export des betreffenden Rohstoffes abhängig ist, die STABEX-Ausgleichszahlung erfolgen kann, die bestehende „internationale Arbeitsteilung". Das Interesse der AKP-Staaten, auch andere Produkte in das STABEX-System einzubeziehen, wurde in den folgenden Lomé-Abkommen ebenso abgeblockt, wie die Forderung nach drastischer Erhöhung der Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds.

Vor allem das Interesse der EG-Staaten an einer gesicherten Rohstoffversorgung mit Kupfer, Kobalt, Phosphat, Mangan, Bauxit, Tonerde und Zinn führte zu einer „Neuerung" beim Lomé-II-Abkommen in Form des „Erz-Fonds" (SYSMIN) und der Förderung der Neuerschließung von Bergwerken mit Hilfe von EG-Mitteln. Ausgleichszahlungen aus dem „Erzfonds" für Exportausfälle für die oben genannten Mineralien und Erze werden jedoch unter wesentlich härteren Bedingungen geleistet.

Konnten die AKP-Staaten 1980 noch die Einführung einer „Menschenrechtsklausel" als Versuch der Einmischung in ihre internen Angelegenheiten abwehren, so mußten sie in der Frage des „Investitionsschutzes" erneut Zugeständnisse machen. Bei Unterzeichnung des Lomé-III-Abkommens, das 1985 in Kraft trat, schlagzeilte die *taz* „Cadillac mit Mini-Motor", und benutzte damit das Bild, das der Präsident des AKP-Botschafterkomitees angesichts des Mißverhältnisses von weitgesteckten Zielsetzungen und unzureichenden Finanzmitteln gebraucht hatte. Roland Fett vom Dritte Welt Haus Bielefeld faßte am 8.12.1984 die Ergebnisse des Lomé-III-Abkommens in der *taz* wie folgt zusammen:

„Das Verhandlungsergebnis macht deutlich, daß die EG die Entwicklungspolitik - entgegen den Erwartungen der AKP-Staaten - als ihren Sparbereich auserkoren hat. Die EG-Entwicklungshilfe pro Kopf der AKP-Bevölkerung (seit Lomé II hatte sich die Zahl der im Lomé-Assoziierungsvertrag eingebundenen AKP-Staaten auf 64 erhöht) wird deutlich unter der von Lome II liegen. ...In der Handelspolitik blieb im wesentlichen alles beim Alten. Die AKP-Staaten konnten sich mit ihren Forderungen nach zollfreiem Zugang für Agrarprodukte, die unter die EG-Agrarordnung fallen, ebensowenig durchsetzen, wie mit ihrer Forderung nach großzügigeren Regelungen für ihre Fertigwarenexporte. Das STABEX-System wurde kaum ausgebaut, lediglich Mangos und Trockenbananen wurden zusätzlich aufgenommen. Dafür wird die EG in Zukunft eine stärkere Kontrolle über die Verwendung der STABEX-Mittel ausüben, die bisher ohne Auflagen vergeben wurden. Neue Schwerpunkte setzt Lomé III vor allem bei der technischen und

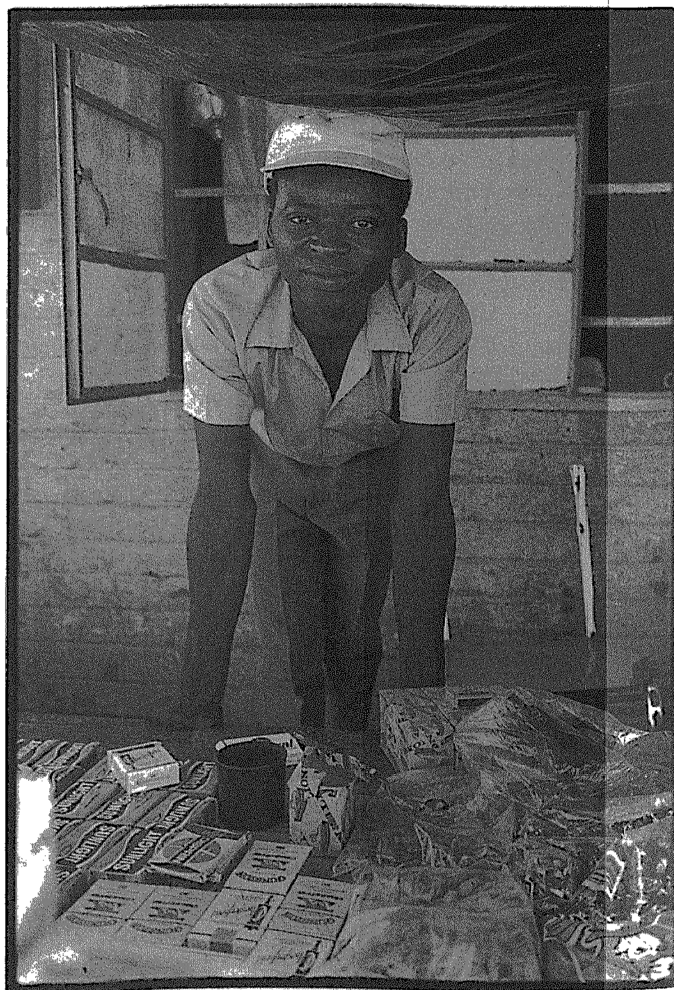


Foto: R. Maro

finanziellen Zusammenarbeit. Darüber hinaus soll die Entwicklungshilfe stärker in Sektorenprogrammen abgestimmt werden. Neu im Vertrag sind Kapitel über Fischerei und soziokulturelle Zusammenarbeit. ...In der bisherigen Lomé-Politik hatten die wirtschaftlichen Interessen der EG eindeutig Vorrang vor den entwicklungspolitischen Zielsetzungen, die auf dem Vertragspapier stehen. Bescheidene Effekte wurden durch die Agrar- und Handelspolitik der EG noch konterkariert".

Mit dem vierten, seit 1990 in Kraft getretenen Lomé-Abkommen änderte sich nicht viel. Einerseits wurden die Mittel für die AKP-Staaten auf zwölf Milliarden ECU aufgestockt. Das entspricht einer Steigerung um mehr als vierzig Prozent. Andererseits nimmt sich diese Erhöhung weit weniger großzügig aus, wenn sowohl die Inflationsrate, als auch die Erweiterung des Empfängerkreises berücksichtigt wird. Mit Haiti, der Dominikanischen Republik und Namibia nahm die Zahl der AKP-Staaten weiter zu. Die Verhandlungsführer der Gruppe kritisierten stets, daß die Mittelerhöhung nicht ausreiche, um diese Entwicklungen auch nur zu kompensieren.

Gleichzeitig setzte Lomé IV die „entwicklungspolitische" Linie der Metropolenländer fort: Wesentliche Kennzeichen der Vereinbarungen sind eine stärkere und gezieltere Förderung der Privatwirtschaft in den Empfängerländern. Vor allem die Schaffung von „Joint Ventures", also von Gemeinschaftsunternehmen mit Kapitalbeteiligung europäischer Firmen, ist ein wichtiger Aspekt des Abkommens.

Die Forderung der AKP-Länder nach einer umfassenden Schuldenstreichung für alle Mitgliedsstaaten wurde von der EG mit Nachdruck zurückgewiesen. Nach einer Notiz der „Neuen Züricher Zeitung" vom 10.04.91 stellten die EG-Finanzminister" jedoch die Prüfung eines Schuldenerlasses von Fall zu Fall in Aussicht, „falls die begünstigten Länder gewisse wirtschaftliche Auflagen erfüllen". Statt dessen führte die EG während der Verhandlungen eine handlungspolitische Farce auf, deren Absurdität nicht einmal dem Berichterstatter der Frankfurter Allgemeinen verborgen blieb. Der Streit um Importe begann, als die AKP-Staaten die zusätzliche Einfuhr von 200 Tonnen Agrargütern durchsetzen wollten. Doch das war nur der Anfang. So schreibt die FAZ am 12.12.1989: „Was an Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte, für die es in der Europäischen Gemeinschaft Marktordnungen gibt, aufgegeben wird, kann nur bescheiden genannt werden. ...Der große europäische Markt mit 320 Millionen Verbraucher läßt nach den Vereinbarungen von Lomé zusätzlich nur je 100 Tonnen Rote Beete und Wintergurken zu, 200 Tonnen Feigen, 800 Tonnen Karotten, 1000 Tonnen Artischocken und 1500 Tonnen Erdbeeren. Die Beschränkungen von Artischocken wären sogar überflüssig, da sie gar nicht in Afrika produziert werden. Die von der Europäischen Gemeinschaft mit dem Anschein der Großmütigkeit gebilligten Importkontingente gelten auch nur für eine befristete Zeit im Jahr. Sie wirken sich je Einwohner über alle Produkte hinweg mit nicht mehr als 0,3 bis 4,5 Gramm aus."

Der Alptraum Europa bekommt eine neue Dimension.

Festung Europa

„Die Festung Europa wird bereits ausgebaut", schlagzeilte Anfang Mai 1989 die Zeitung hinter der - so die Eigenwerbung - ein „kluger Kopf" steckt und informierte über eine Analyse des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels zu diesem Themenkomplex. Fazit dieser Analyse: „Gegen die Einfuhren aus Drittländern werden in Vorbereitung auf den Binnenmarkt weitere Hürden errichtet". Richtig an der Untersuchung ist zweierlei:

1. Die Beispiele und Belege, die für den „Festungs-Ausbau" gegeben werden und

2. die - allerdings nur indirekte - Feststellung, daß die EG schon heute, d. h. *vor* Vollendung des Binnenmarktes für die Dritt-Welt-Länder eine „Festung" darstellt.

Westeuropa war und ist - wie oben bereits dargestellt wurde - alles andere als ein „offener Markt". Im Gegenteil: Der Handelsprotektionismus der EG stellt den seiner imperialistischen Konkurrenten USA und Japan in den Schatten. Zwar rühmt sich die EG „als erster großer Welthandels**partner** bereits 1971 allen Entwicklungsländern allgemeine Zollpräferenzen eingeräumt" und damit den Beweis erbracht zu haben, „ihren Verpflichtungen auf Weltebene nachzukommen". Ungeachtet der oben skizzierten Begrenzungen der „Handelsfreiheit" muß die nicht widerlegbare Tatsache, daß die EG weltweit der größte Importeur von Agrarprodukten ist, als „Beweis" für die vielgerühmte Handelsliberalität herhalten. Das Importinteresse allerdings ist bestimmt von den Produktions- und Verwertungsinteressen des EG-Kapitals.

Nestlé oder Unilever sind nur verschiedene Namen für dieselbe Politik: Unterwerfung der Dritt-Welt-Agrarproduzenten unter das seit Kolonialzeiten fortgeschriebene und u.a. in den AKP-Staaten mit Hilfe der EG-„Entwicklungspolitik" weiterentwickelte System der „internationalen Arbeitsteilung", richtiger: Zementierung der Rolle der Dritt-Welt-Länder als Rohstofflieferanten, Aufrechterhaltung der bestehenden Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen und damit Forcierung der Weltmachtintegration dieser Länder.

Gesichert wurde und wird die „Festung Europa" mit den Mitteln der EG-Außenhandelspolitik. Gesichert wurde die Freiheit des westeuropäischen Kapitals und des Agrobusiness, geschützt wurden ihre Verwertungsinteressen.

Unumwunden erklären Westeuropas Politiker, daß mit Hilfe des EG-Binnenmarktprojecktes Westeuropas **Konkurrenzfähigkeit** gegenüber den alten und neuen Rivalen auf dem Weltmarkt erhöht werden soll. Europa müsse, so formulierte es die EG-Kommission im Weißbuch 1985, „eine führende Stelle in der Welt einnehmen", und erst kürzlich forderte Kohl die BRD-Unternehmer erneut auf, sich „fit" zu machen für den Weltmarkt und damit auch für weitere Weltmarkt-Exportoffensiven.

Liberalisierung und Durchsetzung der vier „Binnenmarkt-Freiheiten" (d. h. freier Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen) **innerhalb** der EG und die schon heute festzustellende Welle der Kapitalkonzentration schaffen wesentliche Voraussetzungen für den Ausbau der „Festung Europa" und eine noch aggressivere Politik nach außen.

Vor diesem Hintergrund sind die bereits erwähnten „neuen" Hürden zu sehen, die in der Analyse des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels skizziert werden. Dort heißt es u.a. (und diese Einschätzungen decken sich mit bereits artikulierten Befürchtungen der AKP-Staaten, aber auch anderer „Partner"-Länder der EG):

„Weiterhin wird im Agrarhandel bei allen Drittlandimporten, die der EG-Agrarmarktordnung unterliegen, ein grüner Sperrriegel vorgeschoben bleiben", besonders bei „Fleisch- und Futtermittelimporten".
Auch die Importe gewerblicher Produkte werden - so die Analyse - weiter „wesentlich dadurch blockiert, daß noch mehr sogenannte 'Anti-Dumping-Verfahren' von der EG eingeleitet werden".

Der **Alptraum Europa** bekommt mit der Schaffung des Binnenmarktes eine **neue Qualität** bekommen, begründet nicht nur in den oben skizzierten, angestrebten „Abstimmungen mit IWF und Weltbank" in bezug auf die Lomé-Verhandlungen, sondern auch durch folgende Umstrukturierungen:

1. Die politische Steuerung der **Außenwirtschaftsbeziehungen** gegenüber Drittländern wird mit der Vollendung des Binnenmarktes vollständig von den Nationalstaaten weg nach Brüssel verlagert. Differenzen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten können dann nicht mehr von den Dritt-Welt-Ländern genutzt werden.

4. Noch aggressiver als bisher wird die EG ihre landwirtschaftlichen Überschüsse zu Dumping-Preisen auf dem Weltmarkt verschleudern.

5. Die sich abzeichnende Polarisierung zwischen den imperialistischen Zentren - EG, USA, Japan - und der Kampf um Weltmarkt-Dominanz werden auf dem Rücken der Dritt-Welt-Länder ausgetragen. Ein möglicherweise erweiterter Handlungsspielraum für Dritt-Welt-Länder durch Ausnutzen dieser innerimperialistischen Widersprüche ist angesichts der Verschlechterung der **terms of trade** sowie der **Verschuldungskrise**, von der die allermeisten der Dritt-Welt-Länder betroffen sind, nicht zu erwarten.



Foto: Theo Heimann

2. Die Süderweiterung der EG wird - nach Ablauf der z.Z. noch bestehenden Ubergangsregelungen - zu einer Verdrängung der Entwicklungsländer führen, insbesondere was Öle, Südfrüchte, Rohrzucker, Tabak und Reis betreffen.

3. Der bereits begonnene Konzentrationsprozeß in der EG findet auch im Bereich der Ernährungs-/Lebensmittelindustrie statt. Dadurch verschlechtern sich die Exportpositionen der Dritt-Welt-Länder, die Abhängigkeit und Unterwerfung unter das Verwertungsinteresse der Großkonzerne werden verstärkt.

Literatur und Quellen:
Entwicklungspolitische Korrespondenz 2 + 3 /1973: „Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt", S: 2-9: „Assoziierung als neo-kolonialistische Knebelung", S. 9-16.
Blätter des iz3w, Nr. 83,1980: „EG-Entwicklungspolitik: Neokolonialismus in neuem Kleide".
Kommunistische Hefte 7/1983: „EG-Europa der Metropole".
Wilfried Telkämper, „EG-Europa? So Nicht!"
Hella Gerth-Wellmann, „Die Lomé-Politik" der Europäischen Gemeinschaft, Köln 1984.
J.Agarwal,„Die Assoziierung der überseeischen Gebiete und Staaten mit der EG", Tübingen 1966
FAZ, 9. Mai 1989.

Aus der Broschüre »Verlassen wir dieses Europa«
Texte zur Kritik der EG und zur Internationalismus-Arbeit,
Anti-EG-Gruppe Köln

Chiapas - Mexiko

Der Beginn eines schmutzigen Krieges?

von Herby Sachs

Nach dem ersten Dialog zwischen der mexikanischen Regierung und den Zapatistas im März schienen die Zeichen für die Durchsetzung einer tiefgreifenden Veränderung in Chiapas gut zu stehen. Das gemeinsam vorgelegte Dokument für "einen würdigen Frieden" erfüllt die wesentlichen sozialen Forderungen der Zapatistas: Teilung des Großgrundbesitzes, Schutz des Indígena-Landes und Selbstverwaltung sind neben einer Wahlrechtsreform und sauberen Wahlen Grundlagen des Reformplanes.

Während die Zapatistas sich in die Selva Lacondona zurückzogen, um, wie schon zu Aufstandsbeginn, das Einverständnis der Gemeinden zum ausgehandelten Ergebnis einzuholen, schien die andere Seite eine militärische Lösung vorzubereiten. Durch massive Truppenbewegungen schlossen die Militärs den Kreis um den lacondonischen Regenwald enger. Nach Bombardierungen, Hetzjagden und der Ermordung einiger EZLN-Sympathisanten verdichteten sich die Anzeichen für den Beginn eines schmutzigen Krieges.

Das Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten der PRI, Colosio, veränderte die politische Situation in Mexiko grundsätzlich. Die Schuld an dem Mord wird indirekt dem Aufstand der Zapatistas und den folgenden Unruhen angelastet. In einem Schreiben an die nationale und internationale Presse von Ende März sprach Subcomandante Marcos von einem "Vorspiel zu einer großangelegten Offensive". Die Rebellen distanzierten sich von dem Mord an Colosio und bezeichneten den Anschlag als "eine Provokation", um den friedlichen Versuch der Demokratisierung des nationalen politischen Lebens zunichte zu machen ".

Die Abstimmung und Beratung über die "Verhandlungs und Dialogergebnisse" in den Gemeinden wurde von den Zapatistas auf Grund der massiven militärischen Bedrohung suspendiert. Erst vor einigen Tagen (Anfang Mai), nach einem Besuch des Regierungsunterhändlers Camacho Solis und des Vermittlers Bischof Samuel Ruiz, nahmen sie die Befragung wieder auf. Die bis dahin von ihnen selbst zum eigenen Schutz verminten Straßen und Zugänge zu den kontrollierten Gebieten wurden aufgehoben. Nach dem Mord an Colosio betonte Marcos, daß sie kein Interesse an der Torpedierung der "friedlichen Durchführung der anstehenden Wahlen" besäßen. Solange sie nicht angegriffen würden, gelte der ausgehandelte Waffenstillstand. Erst wenn die Regierung ihre Versprechen halte, wollten sie den begonnenen Dialog fortsetzen, doch "wir werden nicht Waffen gegen Papier eintauschen".

Vor und während des Dialogs besetzen viele landlose Bauern von den Großgrundbesitzern verlassenes und brachliegendes Land. Eine der Hauptursachen des Aufstandes, der Landkonflikt, spitzt sich zu. Die Großgrundbesitzer versuchen massiv gegen die Landbesetzer vorzugehen. Mit Hilfe ihrer bewaffneten Banden und der Bundespolizei beginnt eine Vertreibungs- und Mordwelle, die in der Erschießung einiger BesetzerInnen und der Ermordung ganzer Familien bis zum zwei Monate alten Kind gipfelt.

Doch das Land bleibt besetzt. Der Boden muß zurückerobert werden, um neben der lebensnotwendigen Subsistenz zum Leben wieder Wurzeln zu schlagen. Die Frage der Identität spielt dabei eine ebenso große Rolle wie die legendäre Forderung Zapatas, "das Land dem zu geben,der es bebaut".

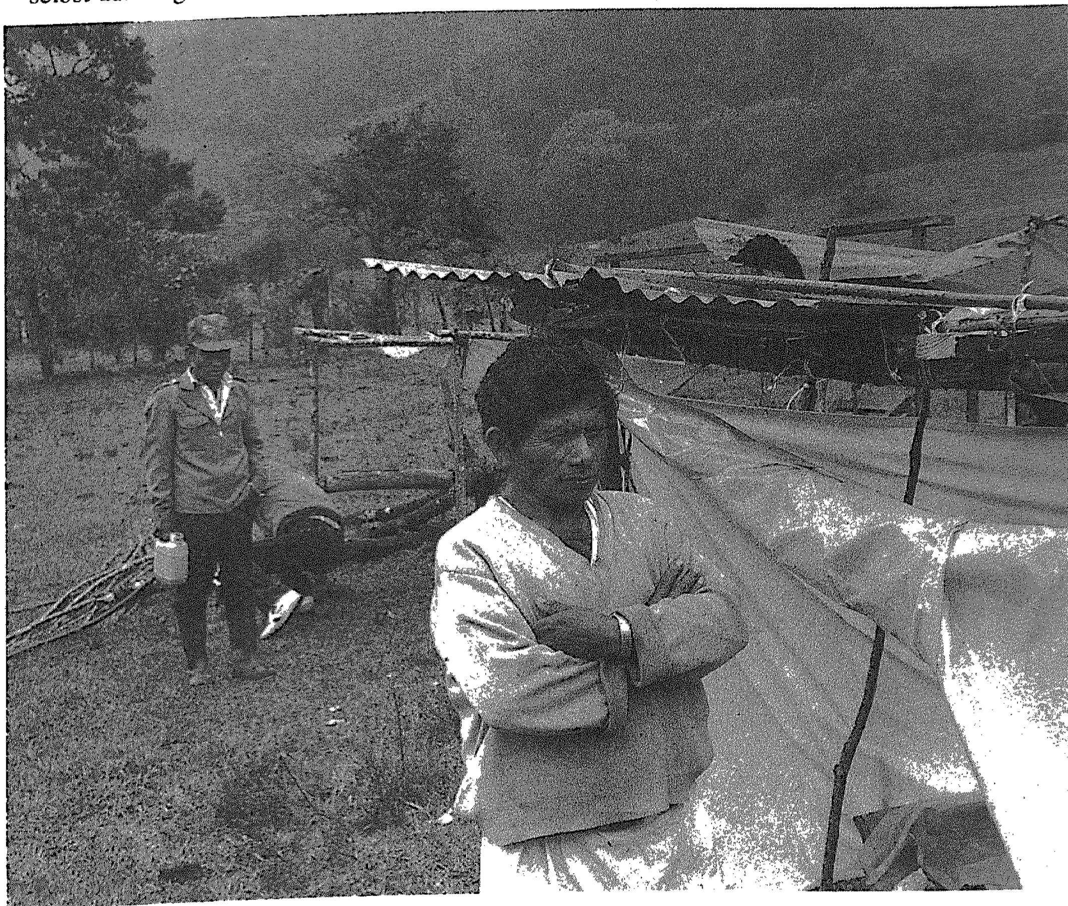


Foto: David Rosales

Die Campesinos verhandeln mit der Regierung. Sie hoffen, daß der Staat den Besitzern das Land abkauft. Der Zusammenschluß der mehr als 280 Indígena-Organisationen verpflichtet sich jedoch, keine weiteren Landbesetzungen zu unterstützen. Denn auch die Landbesitzer bleiben politisch nicht untätig. Sie senden eine Delegation zu einem Gespräch mit Präsident Salinas de

Gortari nach Mexiko-Stadt.

Eine andere Variante des angespannten politischen Klimas bestimmte in Chiapas parallel dazu den Konflikt: Todesdrohungen gegen den Verhandlungsunterhändler Bischof Samuel Ruiz, Demonstrationen der coletos auténticos (Mittelstand), die um ihren Besitz und ihre Zukunft fürchten, schüren die Angst vieler vor einem beginnenden Bürgerkrieg. Einige der Parolen an den Hauswänden danken dem Militär und fordern die Soldaten auf ihnen weiter Schutz zu gewähren.

In San Cristóbal de las Casas und anderen Ortschaften betreiben die aufgebrachten BürgerInnen nicht nur die Absetzung des Bischofs Samuel Ruiz, den Freund der Indígenas, sie fordern gleich die Vertreibung der Indígenas selbst. Auch hier verleihen die berüchtigten "Guardias blancas", die chiapanekische Variante der Todesschwadrone, den Forderungen ihrer reichen Financiers den entsprechend bedrohlichen Nachdruck. Seit Wochen versucht der Mittelstand, mit dem Bürgermeister von San Cristóbal an der Spitze, die von den Indianern mit Rathausbesetzungen und Straßenblockaden durchgesetzte Absetzung einzelner korrupter Kaziken und PRI-Bürgermeister in vielen kleineren Gemeinden zu verhindern.

Sie verlangen von der mexikanischen Armee ständige Präsenz und erwarten umfassende Sicherheitsgarantien ihrer Rechte und ihres Landes. Die Gegner der sozialen Reformen rufen zur Bildung einer "Bürgerwehr der regionalen Verteidigung ihrer Besitztümer" auf. Im schlimmsten Fall bedeutet die Mobilmachung ihrer Interessen tatsächlich bürgerkriegsähnliche Zustände, die der Hoffnung auf eine fiedliche Verhandlungslösung entgegenstehen. Doch überraschend kommt die Eskalation nicht. Denn das angekündigte Verhandlungsergebnis wird die Auflösung und Umverteilung nicht nur brachliegenden Landes nach sich ziehen, sondern auch eine Überprüfung fraglicher gerichtlicher Urteile gegen einsitzende Indígenas. Viele von ihnen wurden in der Vergangenheit auf Betreiben der Klein-und Großgrundbesitzer im Zusammenhang mit Landkonflikten inhaftiert.

In San Cristóbal de las Casas verhindern die aufgebrachten Kaufleute, Hotelbesitzer, Klein -und Großunternehmer die Auslieferung unliebsamer Zeitungen wie die "Tiempo" und die "La Jornada". Sie wollen den örtlichen Radiosender schließen und fordern die Nichtregierungsorganisationen zum Verlassen "unserer Stadt" auf. Sie fürchten als Folge der Verhandlungslösung den Stop der Modernisierungsmaßnahmen und den weiteren Rückgang des Tourismus, der seit Beginn des Aufstandes zu hohen finanziellen Verlusten geführt hat.

Doch "Chiapas ist zu einem Zündsatz geworden", wie Carlos Fuentes schreibt, denn "selbst die Holzflinten der Aufständischen trafen ihre Ziele: Die Ungleichheit des Landes ist zu groß, die Kumpanei von lokalen Ausbeutern und örtlichen Behörden schlicht zu empörend". Und an anderer Stelle: "Denn die Menschen in Chiapas haben erkannt, daß ein brutaler Wandel bevorsteht. Seit Jahrhunderten werden sie einfach ausgebeutet, doch nun droht ihnen, für das nächste Jahrtausend völlig an den Rand gedrängt zu werden - vergessen, dem Tode preisgegeben vom makroökonomischen, technokratischen Entwurf des global village." ("Die Zeit" vom 25. März 94)

Vor wenigen Tagen kam die Nachricht, daß der ausgesetzte Dialog zwischen Regierung und Zapatistas wieder aufgenommen werden soll. Vor dem politischen und wirtschaftlichen Scherbenhaufen stehend, scheint Salinas de Gortari, mit seinem neu auserkorenen Präsidentschaftskandidaten Zedillo, der PRI vor den Wahlen im August keinen erneuten Imageverlust zufügen zu wollen. Denn die Opposition droht indirekt mit chaotischen Zeiten, falls die Wahlen im August nicht sauber und transparent ablaufen. Immerhin eine der Forderungen der Zapatistas, zu der sich die regierende PRI nach den Verhandlungen im März verpflichtete.

Zwar finden die Gespräche über die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und den Aufständischen nicht in San Cristóbal unter den Augen der Weltöffentlichkeit statt, aber beide Seiten sprechen von der Notwendigkeit, den Chiapas-Konflikt zu einer friedlichen Lösung zu bringen. Viele kritische Kommentare sind sich einig, daß diese diplomatische Aussage für die Regierung mehr Wahlkampftaktik als wirkliche Lösung beinhaltet. Denn der PRI glaubt in Mexiko sowieso niemand. Wie bei so vielen Versprechungen vorher sieht das präsentierte politische Ergebnis gegenteilig aus. Dafür steht diese Partei der institutionalisierten Revolution! Sie beschuldigt Gott und die Welt, für den Mord an Colosio verantwortlich zu sein - dabei hat sie ihn wahrscheinlich selbst liquidiert aus welchem Grund auch immer, - und ein politisches Klima geschaffen, das Teile der Bevölkerung nach anfänglicher Aufbruchstimmung während des Aufstands nur Angst und Lähmung spüren läßt.



Mexiko befindet sich in einer täglich

Foto: Danuta Sacher

verändernden Situation. Die weitere Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Die bevorstehende zweite Dialogrunde und die Befragung der Gemeinden sind von entscheidender Bedeutung. Das Spannungsfeld bewegt sich zwischen Bürgerkrieg und transparenter Demokratie.

Die Zapatistas antworten unmißverständlich, wenn sie auf die Machtfrage und Zukunft in Mexiko angesprochen werden:" Wir wollen kein größeres Stück Torte, wir wollen das Rezept ändern".

»Ich spüre nichts bei der Vorstellung tot zu sein. Vielleicht, weil wir eh nie existierten oder ernstgenommen wurden«

Der Kampf innerhalb des Kampfes

Interview mit Ramona und Ana Maria, Comandantes und Delegierte des EZLN beim Dialog in San Cristóbal, Chiapas

Ramona ist eine Tzotzil und vertritt das Komité der Frauen der indigenen Gemeinden. Ana Maria, vom selben Stamm, ist Infanteriemajor der Aufständischen. Sie kommt im Namen der kämpfenden Frauen und hat 1000 bewaffnete KämpferInnen unter ihrem Befehl. Ramona hat eine politische Aufgabe und lebt in ihrem Dorf, Ana Maria widmet ihr Leben seit 10 Jahren dem Kampf, sie lebt in den Bergen. ...

Sie erzählten ihre Geschichte und von ihren Gründen für den Kampf am Rande der Verhandlungen mit den Regie-rungsvertretern. Javier, ein anderer Delegierter des Geheimen Revolutio-nären Komité der Indígenas (CCRI) ist der Übersetzer für Ramona, die kein Spanisch spricht.

Diese Frauen erzählen, wie sie mit den Traditionen in ihren Dörfern gebrochen haben und anfingen, sich an der politischen und militärischen Arbeit des EZLN zu beteiligen. Wie sich die Frauen zusammengeschlossen haben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Wie diese Revolution innerhalb der Revolution entstand als sie gemeinsam diskutierten und kollektiv das Recht der Frauen beschlossen, das am 1.Januar verkündet wurde und ihnen dieselben Rechte gibt wie den Männern und ihre Forderungen verteidigt. Einige der Compañeros weigerten sich, das Gesetz zu akzeptieren, doch die Frauen wehrten sich und setzten ihre Forderungen durch. Am 8.März '93 haben sie es nach einer Umfrage in allen Dörfern geschafft, daß das CCRI ihr Gesetz annimmt. Viele Männer hat es überrascht, da es mit einer Tradition brach, die die Frauen marginalisierte und fernhielt von politischen Angelegenheiten. Dieser Tag war ein Festtag der Frauen, sie sangen, tanzten und schrien. Sie hatten ihren Kampf innerhalb des Kampfes gewonnen, es war ein Ereignis und verwandelte das Leben aller.

Wie begann die Beteiligung der Frau an der Bewegung der Zapatistas?

Ramona: Als sie ihre Situation erkannten und verändern wollten, begannen die Frauen sich zu beteiligen, sie wurden ja nie berücksichtigt. Auch wenn sich nicht so viele Frauen direkt am bewaffneten Kampf beteiligten, so tun sie es in ihren Gemeinden. Die Forderungen der Frauen wurden zwar nie ernst genommen, aber wir fordern trotzdem Respekt, Gerechtigkeit und Demokratie. Wir leben noch schlechter als die Indígenas, für uns gibt es keinen Respekt. Wir wollen in Würde leben, brauchen spezielle Geburtskliniken und wissen nicht, wo wir uns hinwenden können, es gibt keine

Krankenhäuser und keine Ärzte. Für uns gibt es keine Bildung, keine Nahrungsmittel, es gibt keine Straßen und keine Hilfsleistungen. Es gibt die Hoffnung, die Situation zu verändern, das ist, was wir fordern und warum wir uns beteiligen.

Ana Maria: Männer und Frauen kämpfen für das Land, es ist die Hauptforderung von uns allen. Auch wenn die Frauen nicht die meiste Zeit auf dem Feld verbringen, kann der Bauer nicht ohne Felder leben. Wir helfen den Männern die Felder zu bestellen und den Kaffee zu ernten. Die Witwen müssen alleine die Felder wie die Männer bearbeiten. Innerhalb des Forderungskatalogs gibt es einen speziellen Punkt von den Frauen – es gibt eben Sachen, die den Männern nicht einfallen, es fallen ihnen einige Sachen einfach nicht ein, die wir Frauen brauchen, weil sie nur ihre Sachen sehen und nicht nach der Meinung der Frau fragen. So entstanden unsere Forderungen, darunter die, daß die Frauen spezielle Schulen brauchen, in denen sie lernen können – auch wenn sie schon älter sind, wollen viele lesen und schreiben lernen. Wir fordern ein Geburtshaus, weil eine Geburt dort leichter ist. Zu Hause liegt das Neugeborene auf dem Boden im Staub. Die Nabelschnur wird mit der Machete, die der Mann zur Arbeit benutzt, durchtrennt. Dies alles geschieht unter sehr schlechten Bedingungen, die Leute besitzen nicht die notwendigen Materialien, damit das Kind nicht krank wird oder um die Frau richtig zu versorgen – es werden Gynäkologen verlangt.

Außerdem fordern sie Werkstätten und Maschinen, um die Handarbeit, die Stickereien, die sie nur mit der Hand machen, zu erleichtern und einen Markt, auf dem sie ihre Handarbeiten verkaufen können, weil die Besitzer der Kunsthandwerksläden in den Städten nur sehr schlecht zahlen. Die indigenen Frauen werden sehr mißhandelt, es gibt viel Ungerechtigkeit und Diskriminierung, viel Rassismus – am meisten werden sie in San Cristobal erniedrigt. Noch eine Forderung sind Kindergärten und Vorschulen und Nahrungsmittel für die am Hunger sterbenden Kinder.

In den Gesetzen der Regierung gibt es nicht das Recht der Frauen Land zu besitzen, aber innerhalb unserer Rechte schon, und wir wollen, daß sie anerkannt werden. Wir wollen Land besitzen, und zwar gutes Ackerland, nicht wie die Steinhaufen, die wir jetzt haben.

Ramona erzählt, daß vorher die Frauen nicht ernst genommen wurden als in den Gemeinden über den Kampf geredet wurde. Es war eine jahrhundertealte



Unterdrückung aus Gewohnheit, aber als die Dörfer sich nach und nach organisierten, begannen die Frauen sich bewußt zu werden, daß auch sie sich organisieren müssen. Anschließend erwarben sie sich das Recht mitzumachen wie die Männer. Vorher durften die Frauen noch nicht mal an den Versammlungen teilnehmen, aber sie kamen zusammen, lernten und nahmen an der Bewegung teil. Sie kämpften weiter und weiter, bis sie ein revolutionäres Gesetz der Frau verlangten.

Ana Maria: Wir protestierten, weil es kein Gesetz für die Frauen gab. Einige Compañeras machten einen Entwurf, er wurde in einer Sitzung des Komités verlesen und niemand protestierte. Nun ging er in die einzelnen Gemeinden. Dort wurde er mit den anderen Frauen diskutiert, es wurden die Vorschläge und Meinungen gesammelt – und es entstand das Gesetz der Frau.

Wie leben die indigenen Frauen?

Ana Maria: Die Frau hat keine Ruhe, sie arbeitet den ganzen Tag. Die Frau auf dem Land steht morgens um 3 Uhr auf, um das Essen zu machen, das Frühstück für die Männer. Sie braucht Holz, sie geht und holt das Holz, sie geht und holt den Mais, immer mit dem Kind auf dem Rücken oder an der Brust. Sie kommt zurück, bereitet das Essen zu und kümmert sich um die Arbeiten im Haus. So verbringt sie den ganzen Tag, von Montag bis Sonntag. Die Männer können sich wenigstens am Sonntag ausruhen, Karten oder Basketball

spielen, aber die Frauen nicht, sie arbeiten den ganzen Tag, die ganze Woche, ohne Pause. Sie haben keine Vergnügungen – nichts.

Ramona: Die Frau hat weniger Zugang zur Schule und Vergnügungen. Von klein auf fangen wir an, die Brüder rumzuschleppen, helfen wir den Mais zu mahlen, Tortillas zu machen, das Haus zu fegen oder zu waschen. Wenn die Mutter ihr Baby zu Hause lassen muß, muß die größere Schwester auf es aufpassen, und so kann sie nicht zur Schule gehen. So ist es auch mir passiert. Die Frauen heiraten mit 13 oder 14 Jahren, durch die Familie und Bräuche gezwungen, obwohl sie nicht wollen. Deshalb steht im Gesetz der Frauen das Recht auf freie Partnerwahl. Dieses Gesetz wurde beschlossen, weil wenn in den indigenen Gemeinden einem Jungen ein Mädchen gefällt, geht dieser nicht zu ihr hin, sondern bringt dem Vater eine Flasche Schnaps oder etwas zu essen und wenn der Vater annimmt, ist das Mädchen verkauft, ist die Tochter gezwungen zu heiraten, gegen ihren Willen. Viele Frauen gehen heulend zum Haus des Bräutigams oder in die Kirche. Im Dorf kannst du mit niemandem zusammensein, wenn du nicht verheiratet bist, es ist eine Sünde, gegen den Brauch. Wenn es entdeckt wird, werden beide bestraft, sie werden ins Gefängnis gesteckt oder an die Pfosten des Basketball-Feldes gebunden, bis die Gemeinschaft meint, sie wären genug bestraft.

Foto: Herby Sachs /transparent

Wie seid ihr zur EZLN gekommen?

Ramona: Ich kam dazu, beim bewaffneten Kampf mitzumachen, als ich mein Dorf verließ, aus der Not Arbeit zu suchen, es gab nichts zum Leben. Als ich in die Stadt kam, begriff ich langsam die Situation der Frauen auf dem Land und daß sie dort nicht dieselbe ist. Ich begann mir langsam bewußt zu werden, daß wir uns organisieren müssen, weil mensch in den Städten die Indígenas nicht respektiert. Sie nehmen uns nicht ernst, wenn wir unsere Produkte verkaufen wollen, sie bezahlen uns nicht gut, wir verschenken unsere Sachen fast. Wir können in der Stadt nicht alleine gehen, werden verachtet und übergangen. Dadurch wurde mir vieles bewußt.

Ana Maria: Ich kam schon sehr jung dazu, war 14 Jahre alt. Einige Compañeros, die etwas mehr Erfahrung hatten, lehrten uns die ersten Buchstaben. Sie lehrten uns Lesen und Schreiben, danach begannen sie uns Kampftechniken beizubringen, später Politik, um mit der Bevölkerung reden zu können und ihnen den Grund für unseren Kampf zu erklären. So lernte ich nach und nach, es dauerte Jahre und ist eine lange Geschichte. Schon als kleines Kind nahm ich mit meinen Eltern an politischen Kämpfen teil, wir gingen immer zu den Märschen. Sie waren mit anderen Leuten zusammen in einer Organisation. Wir Kinder gingen auch mit und so kam es, daß ich schon mit 8 Jahren an den Märschen und Versammlungen teilnahm. So entwickelte ich Bewußtsein und sammelte Erfahrungen. Es kam der Moment, in dem das Volk merkte, daß sie jahrelang gekämpft hatten und daß nichts erreicht wurde, daß die Regierung nicht auf ihre Forderungen reagierte. Dann begann dasselbe Volk den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Während der friedlichen Kämpfe, nachdem die Forderungen nicht erfüllt wurden, besetzten sie Ländereien – es kamen die Soldaten und räumten sie mit Gewalt, mit Schlägen, Folter und Unterdrückung. Nach so viel Repression haben wir gesagt: "Wir müssen uns bewaffnen, wir müssen uns verteidigen!"

Wenn die Regierung keine friedliche Lösung will, dann eben eine gewalttätige. So fing alles an. Am Anfang, vor 10 Jahren, waren wir zwei Frauen im EZLN, es war klein, wir waren zwischen 8 und 10 Menschen. Nach und nach kamen mehr dazu, sie verstanden die Probleme und die Notwendigkeit. Es füllten sich die Reihen von alleine, bis wir eine Kompanie bilden konnten, später ein Batallion, danach ein Regiment und noch mehr. Jetzt kam der Moment, in dem die Leute merkten, daß wir stark genug sind und das Volk beschloß, den bewaffneten Kampf zu beginnen. Die Frauen begannen sich zu beteiligen, weil sie uns im EZLN mitmachen sahen. Sie begannen ihre Töchter anzulernen, ihre Schwestern und Enkelinnen und sie sagten ihnen, nehmt lieber eine Waffe und geht kämpfen. Es gibt ungefähr 20 oder 30% Frauen im EZLN. Wir Frauen machen dasselbe wie die Männer: wir lernen kämpfen und machen politische Arbeit in den Dörfern. In jedem Dorf bilden wir Frauengruppen und organisieren Gemeinschaftsarbeit. In der Bildung bringen die, die schon etwas weiter sind, den anderen Lesen und Schreiben bei. Diese Arbeit braucht Jahre.

Viele Compañeras würden gerne beim bewaffneten Kampf mitmachen, aber sie sind verheiratet und haben Kinder. Jetzt machen sie auch mit, aber nicht mit der Waffe. Die Arbeit der Frauen in den Dörfern ist es, sich in Frauengruppen zu organisieren, Gemeinschaftsarbeit, Lerngruppen einzuberufen und dem Ejercito Zapatista zu helfen, weil die eigenen Söhne und Brüder dabei sind, weil alle miteinander verwandt sind und sich darum kümmern, daß sie in den Ber-

gen Essen haben. Ihre Aufgabe ist es Tortillas, Pinole und Pozol zu machen, Gemüse anzubauen und die Sachen in die Zeltlager zu bringen. Sie teilen sich die Arbeit und organisieren sich. Wir jungen Frauen kämpfen und die Alten passen auf die Kinder auf.

Du bist Aufständische und Ramona politische Vertreterin. Was ist der Unterschied?

Ana Maria: Es gibt keinen Unterschied, wir sind im selben Kampf, sind Teil des EZLN. Der Unterschied ist, daß eine Aufständische ("Insurgente") ihre Familie verläßt, sie lebt nicht mehr mit ihnen, widmet ihr ganzes Leben dem Kampf. Sie sieht ihre Familie nicht mehr und hilft ihr auch nicht bei der Arbeit.

Ramona dagegen lebt in ihrem Dorf, sie vertritt verschiedene Frauengruppen und arbeitet dort, wo sie lebt. Ich lebe mit den anderen Aufständischen und meine Arbeit besteht darin, mein ganzes Leben der Revolution zu widmen. Unser Kampf ist der gleiche wie der der Männer, es ist unser aller Kampf. Obwohl es vorher nur gemeinsame Forderungen gab, haben wir jetzt eine für die Frauen gemacht.

Wie kam das mit dem Kampf innerhalb des Kampfes, damit eure Forderungen anerkannt wurden?

Ramona: Als wir merkten, daß die Frauen nicht teilnehmen durften, wir in den Versammlungen und Plenas nicht ernstgenommen wurden, dachte ich – was kann ich tun? So begann ich mitzumachen – zu reden und zu organisieren. Die Frauen begannen sich ihrer Situation bewußt zu werden und erkannten die Notwendigkeit, Vertreterinnen zu ernennen. Wir merkten, daß wir in der Lage waren, mitzumachen und kamen mit der Frauenarbeit gut voran. So wurde ich zur Vertreterin im Geheimen Revolutionären Komité der Indígenas ernannt. Im CCRI vertrete ich viele Frauen und meine Arbeit besteht darin, die Nachrichten der Organisation den Frauen meiner Sprache mitzuteilen.

Ana Maria: In unserer Organisation respektieren sich die kämpfenden Männer und Frauen, aber in den Dörfern herrscht immer noch die Ideologie, daß Mann Frau mißhandeln darf. Bei den Kämpfenden kann eine Frau den gleichen Rang wie ein Mann haben. Ich habe den Rang eines Infanteriemajors in der Armee der Aufständischen und befehlige ein Batallion Kämpfender. Wenn die Compañeros zum Ejercito (Armee) Zapatista kommen, werden sie geschult, mensch lehrt ihnen Disziplin und Gemeinschaftssinn. Uns Frauen nehmen sie gut auf, wir werden mit Respekt behandelt und sie geben uns einen besonderen Platz.

Innerhalb der Gemeinden haben wir auch daran gearbeitet. Wir "Aufständischen" gehen in die Dörfer und lehren die Leute Gleichheit und Gemeinschaftssinn, daß sie die Frauen nicht schlecht behandeln sollen, sondern ihnen die Möglichkeit zum Lernen geben.

Ramona fiel es sehr schwer innerhalb der Gemeinde Verantwortung zu haben, da die Männer an eine andere Situation gewohnt waren. Anfangs waren nur Männer in den Versammlungen und Studienzirkeln, die wir veranstalteten. Die Frauen begannen sich zu beschweren – die Männer können lernen, warum wir nicht? Zum Beispiel gingen die Männer zu ihren Übungen, da sagten die Frauen, warum gehen nur die Männer trainieren, wir wollen auch kämpfen lernen. So kommen viele "Milicianas" zu uns, sie leben in ihren Dörfern und wenn sie zum Kämpfen kommen sollen, kommen sie. Wir "Insurgentes" verteilen uns auf die Dörfer, um ihnen Kampftechniken, etwas Politik und Schulbildung beizubringen. Sie lernen sich zu verteidigen und zu reden, denn vorher gab es so etwas nicht, schon gar nicht für die Frauen. Die Compañera Ramona z.B. ist hier und redet, sie redet in ihrer Sprache, weil sie nicht so gut Spanisch spricht, aber sie vertritt die Frauen ihres Volkes.

Ich wurde von meiner Einheit als Vertreterin für den Dialog in San Cristobal ernannt. Genauso war es bei Ramona. Viele sagen Comandante zu ihr, weil sie zu der Comandancie General (Volksvertretung/CCRI) gehört, aber es ist keine Rangbe-



zeichnung, weil die Mitglieder der Comandancia General keine Militärs sind. Die Tatsache, daß wir "Insurgentes" Ränge haben, bedeutet nicht, daß wir die Comandancia General befehligen, sondern sie bestimmen, was wir tun sollen. Die Comandancia General entscheidet, ob wir kämpfen sollen. Sie befragen das Volk, und wenn das Volk sagt, macht dies oder das, so machen wir es.

Wie verhält es sich mit der Liebe unter den "Insurgentes"?

Ana Maria: Wir haben das Recht; in dieser Beziehung praktizieren wir die Gleichheit und werden respektiert. Wenn eine Frau heiraten möchte, weil ihr ein Compañero gefällt, geht sie zum/zur Vorgesetzten und fragt, ob



Foto: Danuta Sacher

sie zusammensein können. Bei den Männern ist es genauso, er muß um Erlaubnis fragen. Der/die BefehlshaberIn entscheidet, ob ja oder nein, ob der Mann/die Frau nicht schon mit jemandem zusammen ist.

Bist du verheiratet?

Ana Maria: Mmmh, ich weiß nicht.

Bist du mit jemandem zusammen?

Ana Maria: Ja, ich bin mit jemandem zusammen.

Und du Ramona, bist du auch mit jemandem zusammen?

Ramona: Ja, ich bin auch mit jemandem zusammen.

Ana Maria: Es gibt die Möglichkeit, uns eine Weile kennenzulernen, zusammenzusein und wenn mensch möchte, zu heiraten. Innerhalb des EZLN gibt es eine Heiratszeremonie. Es kommen alle zusammen und der / die BefehlshaberIn gibt allen bekannt, wer heiraten möchte. Anschließend gibt es zwei Zeremonien: wenn das Paar ein Papier unterschreiben möchte, schreibt der/die BefehlshaberIn die Heiratsurkunde und beide unterschreiben. Ansonsten bitten die beiden um Erlaubnis, zusammen sein zu dürfen, dies nennen wir dann Vereinigung (uníon). Wenn jemand religiös ist, kann das Paar auch vor dem Traualtar heiraten.

Wir "Insurgenetes" können keine Kinder bekommen, weil wir die ganze Zeit arbeiten und uns von hier nach dort bewegen müssen. Unsere Arbeit besteht darin für das Volk zu kämpfen, wir können nicht das Leben eines Kindes in den Bergen auf's Spiel setzen. Wir betreiben Familienplanung. Aber wenn eine Compañera unbedingt ein Kind möchte, gibt mensch ihr die Möglichkeit. Sie geht zu ihrer Familie und wenn sie später zurückkommen will, kommt sie zurück. Um nicht aufzuhören mit dem Kampf, lassen sie das Kind bei der Familie.

Was sind die Aufgaben der Frauen innerhalb der EZLN?

Ana Maria: Seit das EZLN anfing sich zu entwickeln, war die Arbeit der Frauen für die Sicherheit sehr wichtig. Wir haben in jedem Dorf Stützpunkte und ein Kommunikationsnetz. Wenn die Soldaten kommen, bedienen die Frauen die Radios und sagen bescheid, ob irgendeine Gefahr besteht. Diese Arbeit machen die Hausfrauen. Dies war ihre Aufgabe als wir die Städte angegriffen haben. Sie haben die Dörfer, die Kinder und die anderen Leute beschützt, und die Söhne und Töchter waren diejenigen, die gekämpft haben.

Alles was wir für die Armee brauchen, machen wir selbst. Wir haben Schneidereien und Waffenschmieden, in denen auch Frauen arbeiten und Waffenteile herstellen oder kleine Bomben, um sich zu verteidigen. Diese Arbeit kann jedeR machen, auch wenn er/sie nicht kämpft. Hier ist alles gleichberechtigt, es gibt keinen Unterschied. An einem Tag kochen die Männer, am nächsten die Frauen oder umgekehrt.

Wie denkt ihr über den Tod?

Ramona: Es ist besser kämpfend zu sterben, wenn es schon notwendig ist zu sterben. Wenn es für eine gerechte Sache ist, für das Wohl meines Volkes, dann ist es besser zu sterben, weil es scheinbar keine andere Möglichkeit gibt, Gerechtigkeit zu finden. Ich bin bereit den Kampf fortzuführen!

Ana Maria: Ich weiß nicht, was ich antworten soll, ich spüre nichts bei der Vorstellung tot zu sein. Vielleicht, weil wir eh nie existierten oder ernstgenommen wurden. Als wir friedlich kämpften, gab es schon viele Tote in den Dörfern, viele Indígenas sterben an Hunger oder Krankheit. Es ist, als wäre schon immer Krieg, weil es schon immer viele Tote gab. Jetzt sterben wir, weil sie uns töten, aber es war notwendig, daß einige sterben, daß jemand sein Leben gibt, um Freiheit und Gerechtigkeit zu erreichen, etwas, das in diesem Land nicht existiert.

Wir Frauen sind von unserem Kampf überzeugt und es schmerzt uns nicht die Vorstellung zu sterben. Viel schmerzlicher ist es, die Kinder an heilbaren Krankheiten (Cholera, Masern, Tetanus...) sterben zu sehen, von denen die Regierung behauptet, sie würden nicht existieren.

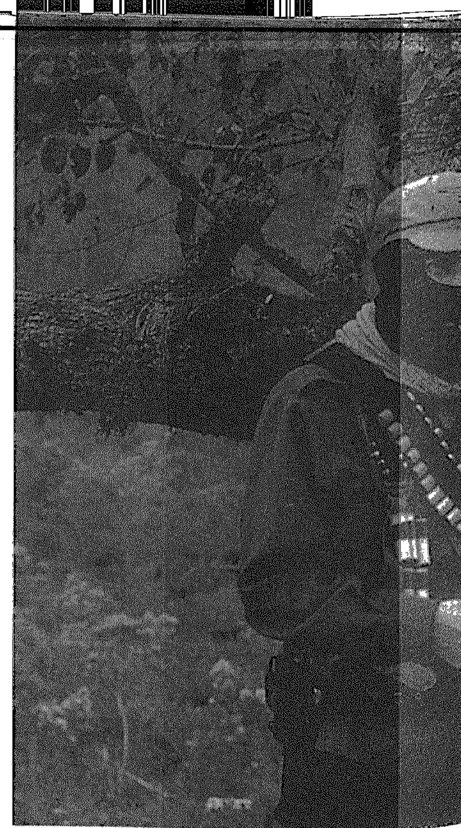
Ich habe zwei Mädchen in meinen Armen sterben sehen, weil wir nichts tun konnten. Ihre Mutter starb zuerst und wir hatten nichts zu essen für die Mädchen – sie starben. So, wie diese Kinder starben, sind tausende Kinder an Hunger oder Krankheit gestorben. Das ist nicht gerecht. Während der Zeit der friedlichen Kämpfe sind viele, sehr viele Kinder gestorben, bei jeder Krankheitswelle wurden unzählige Kinder dahingerafft, deshalb widmen wir uns nun dem bewaffneten Kampf.

Viele Frauen haben beschlossen zu kämpfen, weil sie keine Rechte in

ihrem Dorf haben, kein Recht auf Bildung, sie leben mit verbundenen Augen ohne etwas kennenzulernen, sie werden mißhandelt, ausgebeutet (dieselbe Ausbeutung wie der Mann erfährt auch die Frau, aber sie wird zusätzlich noch von ihrem Mann ausgebeutet).

Dies ist die Situation der Frauen in den Dörfern und im ganzen Land. Alle leiden unter den gleichen Ungerechtigkeiten und der gleichen Marginalisierung. Aber wir sehen ihre Fähigkeiten, auch andere Dinge als Hausarbeit und Kindererziehung zu tun, sie können lernen. Das wissen wir, die wir uns in diesem Kampf befinden und vorher auch nicht Lesen und Schreiben konnten, es aber gelernt haben. Wir können viele Dinge tun, wir haben die Fähigkeit, es hat uns nur nie jemand gezeigt, uns die Möglichkeit zum Lernen gegeben, das Recht etwas zu tun. Sie haben uns immer nur als Objekt behandelt, wie etwas, das nicht viel wert ist – darum nehmen wir auch an diesem Kampf teil.★

Die Gesellschaft soll die Macht ergreifen!



"Wir setzen all unsere Hoffnung in die Bevölkerung. Wenn sie uns allein lassen, sind wir die Unnachgiebigen."

INTERVIEW MIT DEM SUBCOMANDANTE MARCOS DES EZLN (28.02.94)

"Die einzige Rettung dieses Landes ist, daß die Bevölkerung die Macht ergreift und sagt: Hier bestimmen wir! Wie kann sie die Macht ergreifen? Indem die Regierenden gehorchen und von der Bevölkerung bestraft werden können. Unsere Demokratie hat ihren Ursprung in den indigenen Gemeinden der Mayas. Die Zeit der Führer ist schon lange vorbei. Nun beginnt die Zeit der Kollektive, der Gruppen, der gemeinsamen Gefühle. Die Alternative für dieses Land ist eine kollektive Macht."

So erzählt Marcos von seinen Erwartungen an das mexikanische Volk.

Marcos: Die Regierung will nicht, daß eine Gruppe Vermummter, die nur indígene Sprachen sprechen, dem Land vorschreibt, wie es mit Gerechtigkeit und Würde leben soll. Aber, wenn sie nicht zulassen, daß die Gesellschaft regiert, ist es logisch, daß das Ejército Zapatista (zapatistische Armee) mit anderen Namen, in anderen Regionen, mit anderem Blut, das vergossen wird, wieder aufsteht.

Uns besorgt, daß sie uns eine Sonderrolle zuteilen, die wir nicht haben wollen. Es gab eine Veränderung in der Bevölkerung seit dem 1. Januar 1994. Die ersten Anrufe, die wir bekamen, lauteten: "Setzt Euch mit der Regierung zusammen und redet". Die letzten Anrufe waren: "Laßt uns nicht allein, ergebt euch nicht, übergebt nicht die Waffen." Zuerst sagten sie uns: "Laßt euch nicht töten, redet" und jetzt sagen sie uns: "Sterbt nicht mit Schande, sterbt mit Würde".

Wir wollen nicht, daß das Volk sich hinsetzt und abwartet was die Zapatistas, die Menschen ohne Gesicht und Namen, sagen. Die Stunde der Kollektive, der Gruppen und der gemeinsamen Gefühle ist gekommen. Sogar unsere Armee (EZ-Ejército Zapatista) - und es gibt nichts antidemokratischeres und gegen alles menschliche verstoßende, als eine Armee, in der ein Chef Befehle gibt und eine Personengruppe gehorcht - wird von einer demokratischen Struktur geleitet; wir handeln auf Befehl der Gemeinden, die im "Geheimen Revolutionären Komitee der Indígenas (CCRI - Comité Revolutionario Indígena) organisiert sind. Diese Art zu kämpfen, schwächt das EZ nicht, sondern läßt es wachsen, wie noch nie eine Armee in der Dunkelheit gewachsen ist. Die Verbindung des EZ mit demokratischen Strukturen läßt es gegenüber einer militärischen Niederlage immun werden. Dies ist unsere Stärke.

Frage: Was ist eure Vorstellung, welche Vorschläge habt Ihr für die Zukunft?

Marcos: Wir schlagen vor, daß die Gesellschaft sich kollektiv organisiert und so das präsidiale, unipersonelle System, das im Land (Mexiko) vor-

Foto: Danuta Sacher

herrscht, stürzt. Zur Zeit ist die Bevölkerung die einzige moralische Autorität, um eine Veränderung zu bewirken und einen Übergang zur Demokratie zu garantieren. Zuerst müssen sie merken, daß sie es erreichen können und keinen charismatischen Führer brauchen und auch keine Sturmhauben, um ihr Schicksal selbst zu finden. Was dann folgt, ist die Organisierung, und ich habe gesehen, daß sie dazu fähig sind, z.B. während des Erdbebens 1985. Die Leute haben sich weit über das normale Maß an Spontaneität, Wohltätigkeit oder Solidarität hinaus organisiert und bei weitem den Notfallplan der Regierung übertroffen.

Das letzte Beispiel dafür, daß die Gesellschaft bereit ist, war als eine Gruppe von " Profis der Gewalt", vom Ausland angelernt, dirigiert und finanziert - wie sie sagen - mit einem Haufen "Indianer" vier Städte am 1. Januar besetzten. Es beginnt das Durcheinander, der Krieg, die Toten, die Bombardierungen und die Leute fangen an Protestmärsche und Kundgebungen zu organisieren, um Druck auf die Regierenden auszuüben. Alle wollen Frieden. Der öffentliche Druck ist so groß, daß der militärische Stolz beider Seiten, der Bundesarmee und der Zapatistas, nachgeben muß und sie zum Dialog bewegt werden.

Das Volk hat Organisation, Sensibilität und Besorgnis um das Land gezeigt. Das hat viele von ihnen dazu gebracht den Friedensgürtel um die Kathedrale in San Christóbal während des Dialogs zu bilden. Denn die Leute haben nicht Camacho (Regierungsunterhändler) geschützt, sondern die anwesenden Sturmhauben (Viele Zapatistas haben Sturmhauben über dem Kopf). Sie haben gefroren, schlaflose Nächte verbracht, ihre Gesundheit und ihren Arbeitsplatz auf's Spiel gesetzt. Sie haben riskiert von den Viehbesitzern angegriffen oder vom Geheimdienst registriert zu werden. Die meisten Leute studierten nicht an den Unis, sondern waren Hausfrauen, TaxifahrerInnen, ArbeiterInnen, BäuerInnen, Leute, die gezeigt haben wozu sie fähig sind. Es sind die einzigen, die die moralische Autorität haben, Mexiko zur Demokratie zu führen. Das kann nicht einmal die EZLN.

Frage: Werden die Gemeinden die Abgabe der Waffen oder die Unterzeichnung eines Friedensvertrages akzeptieren?

Marcos: Als das CCRI beschloß am Dialog teilzunehmen, wurden Delegierte ernannt und sie sagten uns: Redet nicht über die Waffen.

Sie wissen, daß ein Dialog nicht dasselbe ist wie Verhandlungen. Die Befehlenden müssen genauso Rechenschaft ablegen wie wir, Delegierte in den Vollversammlungen Rechenschaft leisten müssen. Das ist unsere Vorstellung von Regierung. Möglicherweise ist sie unfertig und wir alle müssen sehen, wie sie mit der neuen Welt–ordnung in Einklang zu bringen ist.

Es wird gerade die Befragung der Basis durchgeführt, um auf die Ange–bote der Regierung zu reagieren. Es ist der gleiche Abstimmungsprozeß wie der, der für den Krieg entschieden hat. Es versammeln sich die regionalen Komitees und analysieren die Angebote der Regierung. Das CCRI redet mit den regionalen Delegierten und diese mit den Verantwortlichen der Gemeinden. Die Verantwortlichen gehen in ihre Dörfer und versammeln alle, Männer, Frauen, Alte und Kinder. Dort wird innerhalb einiger Tage entschieden, es dauert eben seine Zeit, ob die Angebote der Regierung akzeptiert werden und gewartet werden soll, ob sie ihre Versprechungen erfüllen oder sie abzulehnen sind. Vielleicht sagen sie: Wir müssen gut überlegen und es bilden sich Gruppen zur Diskussion. Später werden die verschiedenen Möglichkeiten zur Wahl gestellt und festgehalten: soviel Frauen für die Möglichkeit, soviel Männer für jene, soviel Kinder dafür usw.. In den Gemeinden entscheidet nicht das Alter über das Stimmrecht; jedes Kind, das die Probleme versteht und bei den Versammlungen nicht einschläft, darf abstimmen. Die Wahlunterlagen werden erst dorfweise, dann regional und später je nach Zone gesammelt und dem CCRI vorgelegt. So wurde auch für den Krieg gestimmt. Dieser Entscheidungsprozeß braucht seine Zeit, nach unserer Logik die notwedige Zeit, nach der Logik von Camacho und Samuel Ruiz (Bischof von San Cristóbal und Vermittler beim Dialog) zu lange.

Frage: Ist dies die Entscheidungsstruktur der Indígenas auch in anderen Lebensbereichen?

Marcos: Um die politische Arbeit in den Gemeinden zu verstehen, muß mensch von einer indigenen, basisdemokratischen Entscheidungsfindung ausgehen. Wenn eine Gemeinde ein Problem hat, wird eine Versammlung einberufen, das Problem analysiert und kollektiv gelöst: Ist eine Landebahn nötig, um einen Kranken abzutransportieren oder ist ein Baumstamm umgestürzt, der nun den Bach verschmutzt oder den Weg zuwachsen läßt. Um in einer Gemeinschaft zu leben, mußt du den Kompromiß eingehen für deine Familie und für alle zu arbeiten. Diese Form der Demokratie ist natürlich, niemand hat sie Ihnen beigebracht. Sie stammt von ihren Vätern und Urgroßvätern.

Auszug aus einem Gespräch mit Subcomandante Marcos.

Vorabdruck aus dem im Herbst bei "Libertäre Assoziation" erscheinenden Lesebuches "Basta Ya - Aufstand in Chiapas" , das aus Orginaltexten der Zapatistas, Indígenalegenden, Interviews, politischen Auseinandersetzungen, einem Fotoessay und einer Selbsteinschätzung der mexikanischen Feministinnen und Linken bestehen soll.



Nicht-kommerzielle Lokalradios in Lateinamerika

von Boris Scharlowski

Jenseits der Kioske der Avenida Paulista in Rio de Janeiro, des chilenischen Fernsehsenders Megavisión, des mexikanischen Medienkonzerns Televisa oder der mannigfaltigen, über Lateinamerika verstreuten kommerziellen Radiostationen läßt sich in den Ländern südlich des Rio Grande eine radikal andere Form der gesellschaftlichen Kommunikation finden. Man nennt sie Comunicación popular *zu deutsch Basismedien. Zumeist auf lokaler Ebene aktiv, versuchen die vom Fortschritt Ausgegrenzten, ihre Stimmen wiederzufinden.*
Ihr basisdemokratisches Medienkonzept stellt in vieler Hinsicht gewohnte Vorstellungen medialer Vermittlung in Frage. Ein gutes Beispiel stellen die nichtkommerziellen Lokalradios dar, die heute in fast jeder Region des Kontinents zu finden sind..

Daß es sich bei dem Phänomen der Lokalradios keineswegs nur um eine alternative Randerscheinung in der Medienlandschaft der Länder mit hohen industriellen Standards handelt, beweist eine Schätzung der AMARC (Assemblée Mondiale des Radiodiffuseurs Communautaires). Dort geht der internationale Zusammenschluß der Kommunalradios davon aus, daß weltweit 3500 bis 5000 Lokalradios existieren. Neben einem hohen Verbreitungsgrad in bestimmten Ländern der "Ersten" Welt (USA, Kanada, Niederlande, Norwegen) lassen sich gerade in den Staaten Lateinamerikas viele solcher Radiostationen finden.

Seien es die vielen kleinen Radiostationen, die im mexikanischen Urwald südlich von Chiapas den zapatistischen Widerstand zu organisieren verhelfen. Seien es die Radios der Guerilla wie etwa *Radio Farabundo Martí* oder *Radio Venceremos*, die versuchten, das el salvadorianische Volk in ihrem Kampf zu unterstützen. Oder seien es die 'radios participativas' des sandinistischen, Nicaraguas, die wie *Radio Segovia* aus Ocotal mit ihren KommunikationsbrigadistInnen dazu beitrugen, die Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution zu stützen. Mag es sich um *Radio Enriquillo* handeln, das im Süden der Dominikanischen Republik versucht, die Bauernbewegung zu stärken. Dreht es sich - einen großen Sprung in den Süden des Kontinents nach Bolivien getan - um das von *ERBOL* (Escuelas Radiofónicas de Bolivia - Radioschulen Boliviens) durchgeführte ECORA-Pro-



En el Aire - Auf Sendung

gramm, das radiogestützt Campesinos am Entwicklungsprozeß des Landes beteiligen möchte. Oder betrachtet man die rund dreißig chilenischen Kleinstsender, die ein Politikum in der Medienlandschaft des Landes darstellen und die von den Pinochetisten mundtot gemacht werden. Oder tut man erneut einen letzten Sprung über die Anden hinweg nach Argentinien, wo in Cordoba das *Radio La Ranchada* den traditionnellen Sendern die Hörergunst abspenstig macht. Eines ist all diesen über den ganzen Halbkontinent verteilten, unzähligen nicht-kommerziellen Radiostationen gemeinsam: Ihr Eintreten für die Belange des Volkes und ihre Überzeugung, durch die Öffnung der jeweiligen Sender für eine breite Beteiligung interessierter Menschen den eindirektionalen Kommunikationsweg traditioneller Medien zu durchbrechen.

Transnationalisierung der Kommunikation

Im Jahre 1990 beschrieben führende lateinamerikanische KommunikationswissenschaftlerInnen in der *Declaración de Lima* die Situation ihrer Länder als dramatisch. Zehn Jahre nach der Verabschiedung des MacBride-Reports[1] durch die Generalversammlung der UNESCO konstatierten sie: "Heute mehr denn je gilt es unter besonderer Berücksichtigung der Praxis und jenseits der Rhètorik eine Neue Kommunikation zu betreiben". Denn: "Alle richtungsweisenden Indikatoren scheinen auf die drohende Installierung einer "Neuen Ordnung" hinzuweisen, die nicht jene ist, die einstimmig vor zehn Jahren verabschiedet wurde, sondern eine, die konträr zu dieser ist, und die der ganzen Menschheit eine einzige, ausschließliche und ausschließende Logik der wirtschaftlichen Effizienz, des *Ratings*, der Werbung und der eindirektionalen Ausrichtung der globalen Kommunikationsverbindungen zwischen den menschlichen Wesen vorschreibt."[2]

Der Einsatz ist hoch. Die weiterhin rapide zunehmende Privatisierung und internationale Konzentration im Medienbereich, die Kontrolle des Technologietransfers vom Norden in den Süden, die trotz GATT steigende Abschottung der Märkte der "Ersten" Welt für kulturelle Produkte aus der "Dritten" Welt - um nur einige global virulente Faktoren zu nennen - haben seit dem Beginn der neunziger Jahre zu einer weiteren Verschärfung der Lage in den Ländern der "Dritten" Welt beigetragen. Nationale Massenmedien klammern für die breite Bevölkerung relevante Themenbereiche aus, so wie dies z.B. die international renommierten NROs IBASE[3] (im Falle Brasiliens) und CENECA[4] (im Falle Chiles) für das Programmangebot der dort heimischen Fernsehanstalten analysieren. Es verwundert kaum, daß die Präsenz der Bevölkerung, insbesondere der Frauen, ethnischer, sozialer und sexueller Minderheiten in den Massenmedien - sofern überhaupt jemals vorhanden - zunehmend bedroht ist. So gesehen handelt es sich vielleicht bei dieser sozialen Zensur gerade in den aktuellen 'Demokratien' Lateinamerikas um die häufig am wenigsten beachtete aber nichtsdestotrotz bedeutendste Form der Zensur. Eine kulturelle Entfremdung kaum vorstellbaren Ausmasses ist die Folge.

Die Autoren der Lima-Deklaration sehen dennoch positive Entwicklungen. Vor allem stellen sie eine "gewaltige Entwicklung" im Bereich der Comunicación popular, der Basismedien, fest. Dies verzeichnen sie als einen der größten Fortschritte der achtziger Jahre.

Der Schritt ins verlorene Jahrzehnt

Nicht alleine die Transnationalisierung der Medien, sondern ebenfalls nationale Entwicklungen in den jeweiligen Ländern führten seit Ende der siebziger Jahre zur deutlichen Ausdehnung von alternativen Medienprojekten. Die Ausbreitung diktatorialer Systeme über den Halbkontinent hinweg, die rapide zunehmende Verbreitung des neoliberalen Modells - um nur zwei der wichtigsten Faktoren zu nennen - führten in vielen Ländern Lateinamerikas zu einer beschleunigten Zerstörung traditioneller soziokultureller Lebensformen. Nicht mehr der Staat, sondern der Markt wurde zum Regulator der sozialen Beziehungen. Mit dem Erfolg, daß breite Schichten der Bevölkerung in das gesellschaftliche und ökomonische Abseits gedrängt worden sind. Sie bilden heute jenen vierten Stand der Deklassierten, die südlich der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze aufgrund ihrer Masse eigentlich nicht mehr den Rand, sondern das Zentrum der jeweiligen Gesellschaften bilden.

Nachhaltig zerstört wurden auch die traditionellen Organisationsformen der jeweiligen gesellschaftlichen Basis. Parteien oder Gewerkschaften, die sich der Sache des Volkes aus fortschrittlicher Perspektive angenommen hatten, verloren bis hin zum Verlust ihrer Existenz an Bedeutung. An ihre Stelle traten zunehmend lokale Formen der Organisation: zumeist Selbsthilfeorganisationen in den unterschiedlichsten Ausprägungen.

In direkter Wechselwirkung mit diesen gesellschaftlichen Entwicklungen erhielt die Bewegung der 'educación popular', der z.B. von Paolo Freire maßgeblich mitbeeinflußten Volkserziehung, einen erneuten Auftrieb. Parallel zu deren Bedeutungszuwachs entwickelte die Bewegung der Basismedien - quasi als ein Transmissionsriemen der Volkserziehung - eine sich ständig beschleunigende Dynamik.

Radios populares: Sender im Dienste des Volkes

Auch wenn die lateinamerikanischen Lokalradios in enger Nähe zu didaktischen Konzepten der Volkserziehung zu sehen sind, so heißt dies gerade nicht, daß ein pädagogischer Unterton vorherrscht. Vielmehr sind gerade jene Konzepte der Vermittlung von Erkenntnissen von 'oben' nach 'unten' mangels Erfolg über die Jahre ad acta gelegt worden. Mittlerweile weiß man, daß das Gelingen eines Lokalradiosenders auch und gerade davon abhängt, wie sehr er es schafft, sich auf die ZuhörerInnen und deren Bedürfnisse nach Entspannung und Vermittlung von Lebensfreude einzustellen. Teilweise bedeutet dies, daß die gutgemeinten Konzeptionen der 'Macher' eines Radios deutlich in Frage gestellt werden, wie z.B. im Falle von *Radio Umbrál* in Santiago de Chile, dessen Versuch, sich dem kulturellen Imperialismus des Westens mit einem rein andinen Musikprogramm zu widersetzen, nicht von den HörerInnen mitgetragen wurde. Denn auch die soziale Basis ist bei weitem nicht so homogen und bar jeglicher interner Widersprüche, wie es intellektuelle Vordenker von Zeit zu Zeit auch heute noch gerne hätten.

Natürlich entscheidet keineswegs alleine der Unterhaltungswert eines Lokalradios über dessen Gelingen. Radios populares sind in erster Linie Medien mit ausgeprägt horizontalem, partizipativem und interaktivem Charakter. Gespeist aus verschiedenen Entwicklungen vor allem in den siebziger Jahren im Bereich der Kommunikationswissenschaften bemühen sie sich, ihre Kritik an den Massenmedien produktiv umzusetzen. Gemeint ist hier die Kritik an deren hierarchischen Strukturen, an deren sozialem Ausschlußcharakter und an der Eindirektionalität des Diskurses.

So haben es sich die Lokalradios aufs Banner geschrieben, in ihren Inhalten, ihren Strukturen und ihren Funktionen alternative Wege zu gehen. Dabei gehen sie nicht unbedingt radikal neue, dafür aber radikal andere Wege. Denn der Ansatz der lateinamerikanischen Lokalradios reiht sich ein in jene, *Comunicación popular* oder in Brasilien *Comunicação popular*[5]. genannten, über Jahrzehnte gewachsenen Kommunikationsstrukturen, die - selbstverständlich mit anderen technischen Mitteln - seit jeher zwischen den Bauern, den Arbeitern, den Bediensteten und anderen vorgeherrscht haben. Gemeint sind hier alle jene Medien - seien es das Theater, das Volkslied bis hin zum Video -, die vom Volk für das Volk benutzt werden und dazu dienen, Informationen untereinander auszutauschen, Identität zu stiften oder bei der Koordination von Initiativen mitzuwirken.

Indem also die Lokalradios Teil dieses breiter angelegten Konzeptes sind, bemühen sie sich z.B., neue, in den offiziellen Medien vernachlässigte oder ausgeklammerte Themen zu besprechen - seien es ökologische, alternativmedizinische, frauenspezifische oder andere aktuelle Themen. Sie wollen auch in den Massenmedien unterschlagene Informationen verbreiten. Normalerweise wird dabei Informationen aus dem *barrio*, der *población*, der *favela*, dem Viertel, der eindeutige Vorrang vor Informationen aus fernen Ländern gegeben. Nationale Politik wird auf ihre Bedeutung für den lokalen Sektor hin untersucht.

Die Struktur der Programme ist eindeutig an den Bedürfnissen der HörerInnen ausgerichtet, und - soweit es sich um ein echtes Projekt aus dem Bereich der *Comuncicación popular* handelt - soweit wie möglich in direkter Absprache und Kooperation mit ihnen entwickelt worden. Der Kontakt zu den HörerInnen, deren Kooperation, gewährleistet, daß sich der jeweilige Sender nicht von seiner HörerInnenschaft loslöst. Lokalsender dieser Art begreifen sich niemals als autonome Institutionen, sondern sind stets in die lokale Struktur und die vor Ort tätigen Organisationen eingebunden. Ein Netz von lokalen Korrespondenten, das sich häufig aus Mitgliedern bestimmter lokal aktiver Institutionen zusammensetzt, gewährleistet in vielen Fällen diesen hohen Grad an Anbindung. Gleichzeitig erfüllen diese Medien eine wichtige Funktion bei der Koordination und Vernetzung der örtlichen Organisationen. So und nicht anders funktioniert das sensible Gleichgewicht der Zwei-Weg-Kommunikation.

Im Zentrum der Programme stehen die Menschen aus der Kommune, ihre Probleme, ihre Interessen, ihre Wünsche. Es geht nicht darum Sprachrohr der Menschen zu sein, sondern den Menschen die Möglichkeit zu geben, selber das Wort zu ergreifen. In ihren Programmen bedienen sich die JournalistInnen und ModeratorInnen der Sprache ihrer ZuhörerInnen. Die musikalischen Beiträge stammen - allerdings bei weitem nicht ausschließlich - aus dem Repertoire ortsansässiger oder nationaler Gruppen. Indem sich die Verantwortlichen in dieser Weise dem Lebensumfeld ihrer Klientel annehmen, wollen sie dazu beitragen, der kulturellen Entfremdung breiter Gesellschaftsschichten entgegenzuwirken. Gerade die größtmögliche Nähe, die enge Zusammenarbeit mit den Menschen der Kommune ist Garant für die Legitimation des jeweiligen Senders. Und durch ihr vornehmlich kommunales Engagement tragen diese Radios zu einem wichtigen Teil zur kommunalen Entwicklung und Demokratisierung bei.

Basis versus »Partizipation«

In der entwicklungspolitischen Terminologie des Nordens werden Lokalradios als Teil eines *partizipativen Medienkonzeptes* betrachtet. Nicht ohne Grund habe ich bisher auf eine Verwendung dieses Begriffes verzichtet. Anstelle *partizipativer Medien* habe ich für die nicht unproblematische Übersetzung von *Comunicación popular* bisher den Begriff *Basismedien* benutzt. Dieser Terminus beinhaltet nicht nur die Betonung der Geringfügigkeit der verwendeten Mittel und die substantielle Bedeutung der gesellschaftlichen Basis für diese andere Form der Kommunikation, sondern er entbehrt auch der problematischen Verwendung des Begriffes partizipativ.

Denn so wie der Begriff Partizipation heute verwandt wird, hat er nichts mehr mit jenen selbstbestimmten, spontanen und subversiven Lebensformen gemein, die damit auch gemeint sein könnten. Vielmehr ist Partizipation eines der Mittel geworden, mit Hilfe derer internationale Hilfsorganisationen oder regionale Regierungen versuchen, längst gescheiterte Entwicklungsprojekte noch einmal neu zu beleben. Partizipation meint in diesem Zusammenhange die Beteiligung der Bevölkerung an bereits vorgegebenen Strukturen, die in vielen Fällen als 'Demokratisierung' getarnt nichts anderes als die rasche Etablierung des freien Marktes bedeuten. Gemeint sind also Formen von Be-teiligung, die - wenn überhaupt - nur peripher denjenigen helfen, denen zu helfen versprochen wurde. Gleichzeitig können diese Projekte - auch dann, wenn sie nicht nur aus Machtkalkül heraus motiviert sind - zu einer nachhaltigen Schwächung der traditionellen Organisationsformen der Menschen führen. Denn unbestritten bleibt, daß partizipative Modelle in den meisten Fällen aufgrund ihres größeren 'Einfühlungsvermögens' erfolgreicher sind und daher nachhaltiger zu einer Zerstörung bestehender Strukturen führen können. So gesehen ist *partizipativ* zu einem jener Attribute geworden, die letztendlich nichts anderes bewirken sollen, als den längst überkommenen Entwicklungsbegriff noch einmal hausund hoffähig zu machen.

Comunicación popular, so wie es sich im Falle der Lokalradios zeigte, setzt an einem anderen Punkt ein. Es handelt sich bei ihr um ein System von Wechselwirkungen. So entstehen Basismedien direkt aus den lokalen Strukturen heraus. Zwar können sie als Förderer lokaler Entwicklungsprozesse durchaus zeitweise die Rolle eines Protagonisten einnehmen. Andererseits beziehen sie ihren Lebensnerv, ihre Glaubwürdigkeit und Legitimation **nur** aus ihrer direkten Anbindung an diese lokalen Strukturen. Es handelt sich hier um ein labiles Gleichgewicht, das gerade unter Einwirkungen von außen (z.B. über die Einflußnahme von Entwicklungsagenturen) leicht zerstört werden kann.

Eins gilt es aber auch im Falle der Basismedien nicht aus dem Auge zu verlieren. So groß die Faszination ist, die von ihnen ausgeht: Nicht die Medien, sondern die Menschen verändern die Welt.

Anmerkungen:

1 Der MacBride-Report wurde auf der Belgrader Konferenz der UNESCO 1980 verabschiedet. Dort wird u.a. die Abhängigkeit des Südens vom Norden im Informationsbereich scharf kritisiert. Gefordert wird eine neue Weltinformationsordnung, in der die Länder des Südens sich zunehmend von der Vorherrschaft der Agenturen des Nordens lösen. Mitunter - so der Bericht - können sie dies durch eine verstärkte Kooperation im Informationsbereich erreichen.

2 Declaración de Lima. Por una nueva comunicación. Media development. London. 1/1991. S. 43.

3 IBASE (Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas) mit Sitz in Rio de Janeiro koordiniert vor allem ein computergestütztes, alternatives internationales Datenaustauschnetz und erstellt Radioprogramme, die regelmäßig an einen Großteil der brasilianischen lokalen Radiostationen versandt werden.

4 CENECA (Centro de Indagación y Expresión Cultural y Artística) mit Sitz in Santiago untersucht schwerpunktmäßig die Rolle medialer Rezeption.

5 s. dazu epd-Entwicklungspolitik 23/24/92, 2/3/93, 7/93. Dort werden einige für Lateinamerika typische Initiativen vorgestellt. ★



Radio Patapoe: Besser bestehen gegen eine junge Welt

von Agentur BILWET

Medien sind nicht genießbar. Was tun? Einige äußern ihre gerechtfertigte demokratische Wut, indem sie die regulierten Medien stören. Sie bringen die Lügenmaschine zum Stillstand. Andere verschwinden von der Bildfläche, im Bewußtsein, daß ihre gute Absicht pervertiert würde, sobald sie durch die Medienmühle gedreht werden. Sie hinterlassen keine Spuren in den Medien, sondern machen ganz einfach ihre wichtige Arbeit.

Radio Patapoe steht rundweg hinter ihnen, bittet Sie jedoch, Ihre Aufmerksamkeit auf einen dritten Weg zu richten.

Information ruft bei vielen eine Pavlovsche Reaktion hervor. Sie muß weitergegeben, aktualisiert, kommentiert werden, aber fix! Das Tempo, mit dem die Information hereinströmt, und der Schockwert, welchen der zuletzt hereingekommene Bericht hat, bestimmen die relative Aufmerksamkeit, die dem Thema zuteil wird. Remember Tienamen und Desert Storm.

Durch das live-Diktat und den Bilderhunger begnügen wir uns schnell mit dubiosen Nachrichtenquellen. Die Kraft eines media event zeigt sich dadurch, daß es andere Themen wegdrückt.

Jedes Medium mißt sich unwillkürlich am Vorbild der weltumfassenden live-Berichterstattung. So entkommt niemand der Selektion und der Vereinfachung komplexer Hintergründe. Nur Kinder können dem noch folgen. Je mehr gecovert wird, desto niedriger ist der Wahrheitsgehalt und praktische Nutzen für den Empfänger.

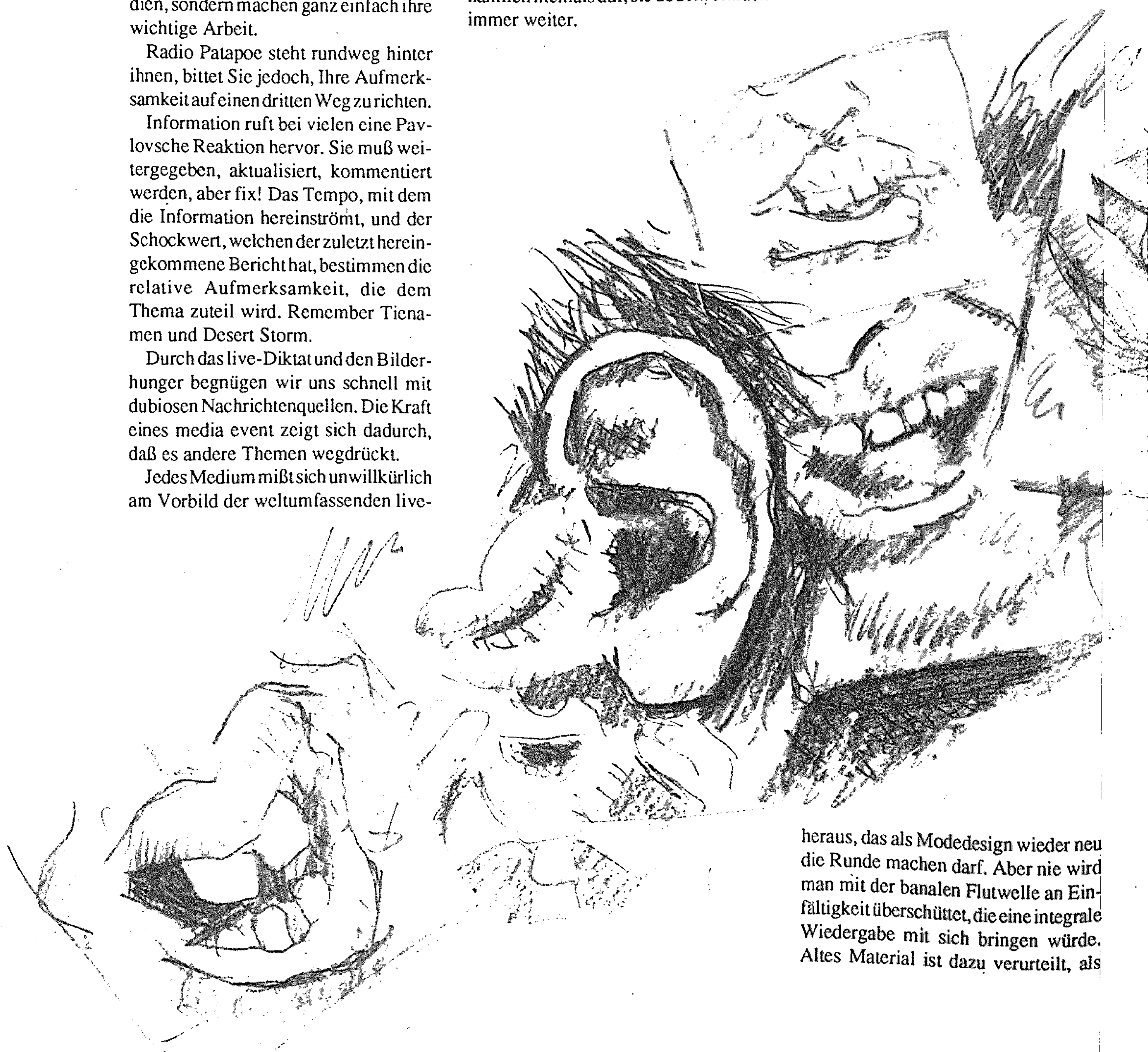
Radio Patapoe ist eine obskure, illegale Amateurstation, die sich mit diesen reifen Kriterien zu messen wünscht. Es gibt genug Information, die noch nicht verbreitet ist. Diese kann zehn Tage oder fünfzehn Jahre alt sein und kann ohne Verweis auf »deren« Aktualität mit Verve serviert werden.

Information ist immer neu und überraschend aktuell. Sie ist nie Geschichte, denn nächste Woche steht sie im Mittelpunkt des Interesses. Die Dinge hören nämlich niemals auf, sie dödeln einfach immer weiter.

Es sind schon dermaßen viele Daten aufgezeichnet, daß man sie gar nicht zu suchen braucht. Sie liegen zum Auflesen herum und zum Abspulen bereit. Das selektive Vorlesen aus der Zeitung (aber keiner neuen!) schürt so viele mysteriöse Details und Äußerungen auf, daß es spannender ist, als eine professionelle Nachrichtensendung, die natürlich die guten Korrespondenten nicht zur rechten Zeit am rechten Ort hat.

Patapoe wühlt im Audio- und Videoarchiv Dritter herum und macht da die großartigsten Entdeckungen. Die Menschheit besitzt ein universelles Archiv, das offiziell nur historisch bedacht vorgelegt werden darf.

Manchmal pickt man ein Motivchen



heraus, das als Modedesign wieder neu die Runde machen darf. Aber nie wird man mit der banalen Flutwelle an Einfältigkeit überschüttet, die eine integrale Wiedergabe mit sich bringen würde. Altes Material ist dazu verurteilt, als

Zitat oder Ornament im zeitgenössischen Dekor zu figurieren.

Dokumente sind für Hündchen Patapoe keine sakralen Gegenstände, sondern dazu da, verbraucht zu werden.

Woher der Hang zur seriösen Gegeninformation?

Damit sitzt du dann da. Du hast Recht, hast es aber noch nicht bekommen. Und



die Aussichten darauf sind außerordentlich düster.

Du kratzt allen Mut zusammen und bringst die Wahrheit ans Licht. Du wirst von allen negiert, aber Gott nimmt alles auf (also auch deine Sendung) und du wirst später integer erscheinen.

Du kannst auf den Rateneffekt von Information spekulieren: nach sechs Jahren triffst du jemanden, der sich sehr über deine Nachricht gefreut hat. Oder auch nicht. Patapoe wartet nicht darauf. Die Mühe muß im Verhältnis zum Spaß stehen, mit dem man die Sendung macht.

Ist dein Magazin erst mal schiefgelaufen, hast du alles verdreht, was fest saß, und hast du dein Lachen nicht zurückhalten können, dann ist das ein Streicheln für's Ohr. Es versteht sich von selbst, daß der Hörer auch Spaß daran hat. Die Dialektik von Langeweile und Faszination ist kurzfristig durchbrochen.

Die Entweihung von Information führt, zu jedermanns Verblüffung, nicht zu Unglaubwürdigkeit.

Man erprobt seine felsenfesten Prinzipien und muß sie nicht verkaufen. Nur diejenigen, die des Denkens müde sind und ihre Grundsätze vor langer Zeit fest eingestellt haben, werden sich hiervor fürchten.

Bei Patapoe wird Information korrodiert, in den Wind geschlagen und verabschiedet. Einen solchen Anfall empfinden viele als physische Bedrohung. Du verrätst die Kameraden, die ihre Funktion als Informationslieferanten in Gefahr sehen und wirst einer dekadenten Kunstströmung bezichtigt oder als Amateur abgetan. Die Weltsituation ist so prekär, daß kein weiteres Rauschen hinzugefügt werden darf.

Diese Stimmen verstummen von selbst angesichts des überwältigenden Erfolgs. Das Verfahren sorgt für ein grenzenverwischendes Hörerprofil. Es öffnet Ohren, die vorher geschlossen blieben.

Das Relativitätsprinzip, auf das Phänomen Information angewandt, ist das tragende Fundament des souveränen Mediums. Der Hörer braucht nicht bedient zu werden und bestimmt selbst, welches Medium er konsumiert.

Wenn eine Nachricht 20 Kanäle beherrscht, gibt es keinen Grund, der 21.ste zu werden. Man läuft Gefahr, puren Schwachsinn nachzuplappern.

Es ist unmöglich, ein objektives Bild der Welt wiederzugeben. Der Einspruch, daß es sehr wohl gelte, ist, was offizielle bzw. alternative Medien daran hindert, selbst Schlüsse zu ziehen. Meinungen und Fakten fließen in unserem Gewerbe ungehindert durcheinander.

Souveränität im Äther bedeutet nichts mehr oder weniger, als nach dem eigenen Geschmack bestimmen zu können, was auf dem Programm steht. Ohne auf eine Schein-(Bewegungs)-öffentlichkeit, Redaktion, Ideologie oder Formel Rücksicht zu nehmen. Das klingt logisch, wird aber nirgends praktiziert. Dieser Grundsatz sollte in die universellen Menschenrechtserklärungen aufgenommen werden!

Jeder ist Sender und eine potentielle radio-personality und sollte über die gesamte Bandbreite kommunizieren können. Paternalistische Medien, die wissen, was von allgemein Wichtigkeit ist, sollten übertönt werden, um im völligen Stimmengewirr unterzugehen.

Patapoe & Multirationalität – eine gemeinsame Zukunft

Menschen wissen selbst ganz gut, was das Beste für sie ist. Multirationalismus ist ein Vertrauensvotum, das die Station dem Hörer zugesteht. Aus jedem Geräusch läßt sich ja Information filtern. Die Botschaft mag vielleicht eindeutig sein, aber jeder interpretiert es dann, wie auch immer, verschieden. Der Eine hört erbärmliche Mikrophontechnik, eine Quengelstimme, ein Detail, das ihn die Ohren spitzen läßt. Der Andere hört nur die sensationellen Höhepunkte, Nr.3 fixiert sich auf Hintergedanken, der Nächste wartet auf etwas, was nicht kommt.

Wieviele Nächste lauschen so, wie sich der Radiomacher das vorstellt?

Arg wenige. Das Multirationale impliziert, daß der Andere weder ergründet werden kann, noch zum untertänigen Empfänger reduziert werden darf.

Ein Bericht besteht durchgängig aus vielen Informationslagen, welche die Interpretation beeinflussen. Der MuRa-Medianaut ist untrüglich auf der Höhe der nachstehenden Gesetzmäßigkeiten und durchschaut jede Camouflage:

– Die Tatsache, daß Sendezeit für etwas da ist (oder nicht).

Indem man andere Kanäle scannt, kann man ausmachen, welche Themen liegenbleiben oder gänzlich aus dem Bild fallen. »Heute nichts über Somalia bei der BBC«. Auch scheinen die Neuigkeiten von vor zwei Wochen keine Folgen zu haben, obwohl die Geschichten bei weitem nicht erledigt sind.

– Die Dauer des Themas (die Wichtigkeit, die man ihm beimißt).

Je mehr Aufmerksamkeit, desto besser, sollte man meinen. Die wichtigste Neuigkeit des Tages bekommt die meiste Zeit und verdrängt damit andere. Die Frage stellt sich: gehörte diese coverstory wirklich auf diesen Tag? War nicht Verdrängung das Ziel beim

Rausreichen dieser brandaktuellen Bilder?

Seid mißtrauisch bei jedem major event, welches die öffentliche Meinung beschäftigt.

– Die Wortwahl (die ideologische Ladung der Nachrichtenquelle).

Je schneller die Nachricht um die Welt reist, desto weniger wird von der ursprünglichen Wortwahl abgewichen. Sie kann nicht simultan durch eine ideologische Schablone gepreßt werden. Das geht nur hinterher. De facto wird mehr und mehr abgeschrieben und nachgeplappert. So kommt es zur Übernahme von Begriffen, die die türkische Regierung für »die« Kurden benutzt. Für die »Rassenunruhen« in Los Angeles wäre der Begriff »multi-kulturelle Hungeraufstände« viel passender gewesen. Oder man nehme die »linken Anarchisten«, wie die deutsche Politik Antifaschisten bisweilen nennt. Hinter jedem Wort versteckt sich ein ideologisches Universum. Nicht ein einziges Mal fällt ein Begriff zufällig.

Hier liegt eine Aufgabe für den vergleichenden Anarchismus, eine endlose Analyse in Gang zu bringen (die dann unterbrochen wird durch den Samplerwiderstand).

– Der Ton, in dem vorgetragen wird.

Der bestimmt die Glaubwürdigkeit. Jeder Bericht kann durch angewandte Sprechtechniken lächerlich gemacht werden. Die höhnende Betonung, das Wiederholen von Sätzen ist beinahe demagogisch und kann einen Bericht ziemlich gruselig machen, und dann gibt es noch die subliminalen Techniken, um das Unterbewußtsein zu beschäftigen.

Kein Wunder, daß Information nicht linear von einem Köpfchen zum anderen strömt. Landläufige Kanäle betrachten Information lediglich als Text, der übertragen werden muß. Die anderen Informationslagen werden nicht unterschieden, aber beeinflussen den Hörer durch und durch.

Hinter dem täglichen Paket Deformation kann man eine Verschwörung vermuten. Man kann es auch als rituelle und hilflose Stümperei betrachten. Patapoe erforscht dies und spielt damit, was nicht heißen soll, daß dem entkommen werden kann. Ein gutes Programm manipuliert genauso sehr wie eine schlechte Show.

Die überzeugende Qualität eines Programms hängt davon ab, welches Maß an Wissen über die Gesetzmäßigkeiten vorhanden ist. Ein gutgemeinter Fehler auf einer der Ebenen kann genug sein, um das Ganze zu untergraben. Das In-Zweifel-Ziehen des eigenen guten Namens und der Hörgewohnheiten der Hörer ist eine dankbare Beschäftigung.

Einen anderen Aspekt von Multirationalität bilden die exzessive Lügnerei und Versprechungen machen. Das Publikum findet das wohl in Ordnung und ist nicht beleidigt, wenn die Wahrheit herauskommt oder dem Versprechen nicht nachgekommen wird. Die königliche Geste wird gewürdigt, aber niemand erwartet, etwas zu bekommen, so wie überall üblich, in der Werbung, in der Liebe und in der Politik.

Radiowahnsinn dagegen kann sich nicht ungeteilter Wertschätzung erfreuen. Die meisten Hörer wenden sich davon ab, auch wenn der zufällige Einzelne hier fruchtbare Information herausholt. Seine Vorkenntnis oder sein Interesse sorgt dafür, daß er den Wert des Unsinns einschätzen kann.

Diese Sonderlinge haben nichts miteinander gemein. Geht der Irrsinn on the air, überschreitet man Grenzen von Alter, Szenen, Ideologien dadurch, daß die Botschaften nicht in bekannten Codes verfaßt sind. Das kann das Gruppenverhalten gehörig durcheinanderbringen.

Alle Selektionsmechanismen und Verdrehungen, die auf die Information losgelassen werden, gelten auch für die Musik. Bands, die nicht in die Musik-Monopole aufgenommen sind, werden nicht gesendet.

Aufmerksamkeit in den Medien scheint in direkter Beziehung zu Verkaufszahlen zu stehen, außer wenn gut verkaufende Künstler kritische Töne hören lassen, was zu struktureller Benachteiligung führt gegenüber »sicheren« Kollegen. Im ökonomischen Gefüge von Komponist, Texter, ausführendem Künstler, Plattengesellschaften, Radiosendern und Plattengeschäft, hat heutzutage der Plattenbonze die Fäden in der Hand. Plattenverkäufe machen heutzutage keinen Künstler mehr reich, nur Konzerte werfen noch Geld ab.

Komponisten und Texter bezahlen viel Geld, um ihre copyrights schützen zu lassen, werden aber nicht ausbezahlt, es sei denn, ihre Kreationen werden in astronomischen Einheiten verkauft. Radios müssen Gebühren bezahlen, aber sie können es auch lassen. Es gilt der Spruch »Lokalradio ist Selbstmord«. Ihre Autorenrechte sind nicht unsere.

Den unsichtbaren Feind, Technik genannt, haben wir als Freund kennengelernt. Während der Sendung die Regler selbst zu bedienen (oder das, was dahinter steckt), gewährt Einsicht in die Möglichkeiten des Mediums und in die Arbeitsweise anderer Medien.

Die Abhängigkeit vom technischen Dienst ist bei uns mit viel Liturgie umgeben, obwohl Techniker woanders nur bei Störungen in Erscheinung treten. Die Bastler stehen in permanentem Kontakt mit den vagen Sphären, welche die audio-digitale Technik umgeben, weil sie mit einem Bein im Äther schweben und mit dem anderen fest auf dem Boden stehen.

Technik ist kein Tabu, keine black box, sondern Rekreations-Zubehör, das die Freiheit des »convenient life of the human people« nominal vergrößert. Die Apparatur wird bekämpft und besiegt, wonach sie komfortabel und vielseitig bedient werden kann. Sie muß daher nicht in einer Vorstellung auftreten, welche die Destruktivität und Macht der Technik darzustellen hat.

Wir erwarten, daß nun jeder multirational wird, jedenfalls außerhalb des Bereichs von Radio Patapoe. Doch innerhalb des Hörradius ist über Patapoe nur auf eigenen Sendern etwas zu vernehmen. Publizität hilft nicht aus den Problemen heraus, gibt jedoch ein falsches Gefühl, daß man was zu bedeuten hat. Das wäre schade. Oder man wird zum Gespött gemacht, oder man kann den Hype, den man ausplaudert, nicht beweisen.

Was bleibt, ist das Bedürfnis mit Artgenossen. Patapoe sucht keinen Anschluß und bittet auch nicht um Solidarität. Dadurch verläuft die Zusammenarbeit mit besessenen Vagos aus den Multimedia-Mühlen umso besser. In unserem versammlungsfreien Arbeitsklima, in dem sich die Direktion auf's härteste abrackern muß, ist der Konsens als irreal verworfen, und die freie Assoziation von Souveränen kann ihren Lauf nehmen. Das Organisationsmodell übt so wenig Druck wie möglich auf die Mitarbeiter aus, zur Förderung des guten Willens. So sorgt Multirationalität für ein besseres Bestehen gegen eine junge Welt. ★



Foto: Markus Mathyl

Die Vertreibung der KaukasierInnen[1] aus Moskau

von Markus Mathyl, derz. Moskau

„Ich messe der Nationalität einer Person keine besondere Bedeutung bei, sogar wenn sie aus dem Kaukasus stammt"

General Kulikov, Oberbefehlshaber während des Ausnahmezustands inMoskau, Oktober 93

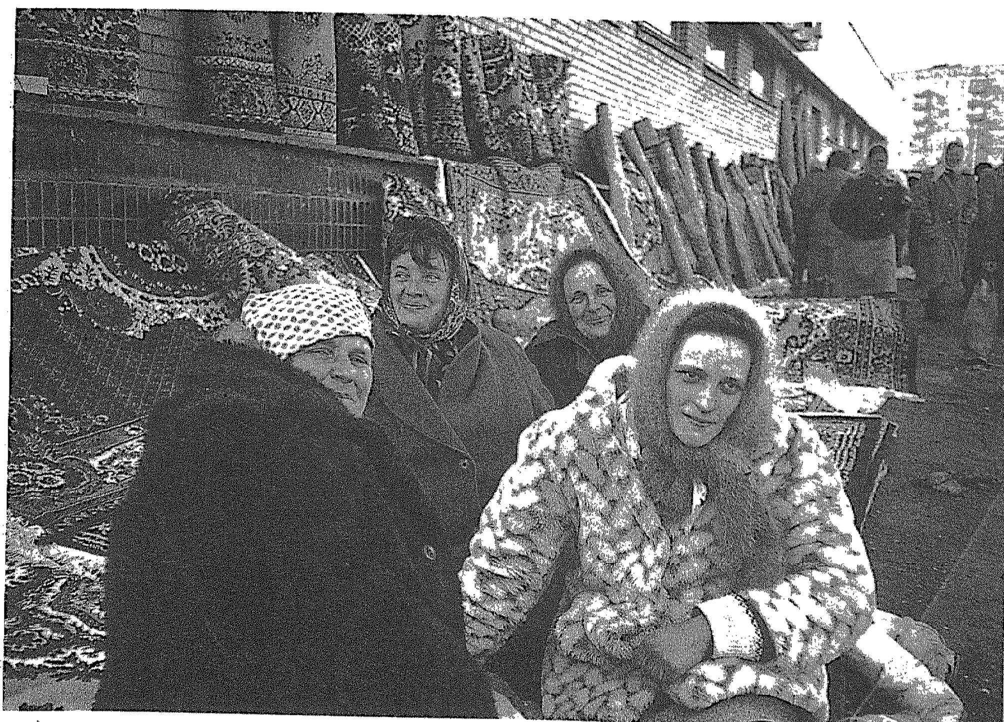
Die Vertreibung vieler KaukasierInnen und anderer Minderheiten aus Moskau im Oktober vergangenen Jahres ist ein Ereignis, das in den westlichen Medien wenn überhaupt, dann nur am Rande erwähnt wurde. Es steht exemplarisch für das Zusammengehen eines Rassismus von unten mit einem staatlich-bürokratisch organisierten Rassismus, der gerade durch seine geschichtliche Kontinuität auf die Gefahr eines sich auch in anderer Beziehung ankündigenden großrussischen Nationalismus verweist.

Die Deportation fand unmittelbar im Anschluß an die Erstürmung des Weissen Hauses, während des über zehntägigen Ausnahmezustands, statt. Sie zeigt eindrücklich den wahren Charakter der nach Referendum und Wahl nun auch offiziell legitimierten Präsidialdiktatur Jelzins. Die Oktoberereignisse[2], deren Verlauf, genau betrachtet, die Regierungsseite in Vielem provozierte, hatten Jelzin hauptsächlich dazu gedient, Konkurrenten im innerrussischen Machtkampf auszuschalten. Diese waren, in Gestalt Ruzkois und Chasbulatows, keineswegs Gegner marktwirtschaftlicher Reformen, noch wollten sie zurück zur alten sowjetischen Planwirtschaft. Sie vertraten vielmehr die Interessen der mit der Produktion verbundenen Eliten, darunter die des immer noch mächtigen Militärisch-Industriellen-Komplexes. Für sie ist eine Verlangsamung der Wirtschaftsreformen, die Aufrechterhaltung staatlicher Subventionen etc. enorm wichtig, da ein Beibehalten des angeschlagenen Tempos über kurz oder lang zum Zusammenbruch der letzten noch produzierenden Betriebe führen würde. Durch ihre Stärke im alten Parlament standen diese Kräfte Jelzin und Gaidar bei der Durchführung schneller marktwirtschaftlicher Reformen im Wege.

Diese Wirtschaftspolitik, auch als Schocktherapie bezeichnet, führte in kurzer Zeit zur Verarmung weiter Bevölkerungskreise. Nach offiziellen Angaben lebt derzeit ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Bei der blutigen Niederschlagung der Parlamentsverteidigung, die vorerst zur Ausschaltung von Jelzins Gegnern führte, wurden entgegen offiziellen Angaben mehr als eintausend Menschen getötet. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung für keine der rivalisierenden Seiten Partei ergriff, betrachten laut Umfragen 80 % der Bevölkerung die Oktoberereignisse - den Fakt, daß Russen auf Russen schossen - als nationale Katastrophe. Gerade diese Einschätzung zeigt, wie sehr es Jelzins Regierung

Foto: Markus Mathyl



nötig hatte, das nationalistische Ventil zu öffnen. Durch eine Mobilisierung der in der Bevölkerung weit verbreiteten rassistisch-nationalistischen Ressentiments konnte ausgezeichnet von dem kurz zuvor stattgefundenen Massaker (es wurden viele Unbeteiligte getötet) abgelenkt werden. Dabei boten sich die äußerlich leicht zu erkennenden "Personen kaukasischer Nationalität"[2], die hier auch Schwarze genannt werden, geradezu an, weil sie in der Projektion vieler RussInnen genau das verkörpern, was Schuld an der allgemein miserablen Lage ist: Das Wort "Kaukasier" wird hier in Moskau fast synonym für Verbrechen, Mafia und schnellverdientes Geld benutzt.

Zur Geschichte[3]:

Erst Anfang des 19.Jahrhunderts unterwarf Rußland die kaukasischen und mittelasiatischen Gebiete, die später den Süden der ehemaligen Sowjetunion bildeten. Kurz nach 1800 wurde Transkaukasien[4] nach militärischer Besetzung an das Russische Reich angegliedert. Dabei verschleierte ein Schutzanspruch gegenüber den orthodox-christlichen GeorgierInnen und ArmenierInnen die wahren Herrschaftsabsichten Rußlands. Diese waren in erster Linie gegen das osmanische Reich auf eine imperiale Ausdehnung Rußlands nach Süden gerichtet. Gezielte armenische Ansiedlungen dienten Rußland zur Bildung eines ethnischen Keils zwischen Anatolien und dem islamischen, ethnisch türkischen Aserbaidschan. Gleichzeitig wurde von dem zentral eingesetzten russischen Gouverneur z.B. durch eine Angliederung der armenischen an die russisch-orthodoxe Kirche die kulturelle Autonomie Armeniens eingeschränkt.

Wesentlich schwieriger fiel es Rußland, die nordkaukasischen Bergvölker[5] zu unterwerfen.

Es dauerte sechs Jahrzehnte, bis diese, nach zahlreichen Aufständen, militärisch besiegt werden konnten. Infolge der Niederschlagung dieser Aufstände verließen bspw. rund eine halbe Million TscherkessInnen zwischen 1861 und 1864 den Kaukasus und wanderten in die Türkei aus. Obwohl es in allen transkaukasischen Ländern revolutionäre Bewegungen gab, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts parallel zu denen in Rußland entwickelten, bestanden diese hauptsächlich aus MenschewistInnen, SozialrevolutionärInnen und anderen Gruppen, die eher eine (nationale) Unabhängigkeit als einen Anschluß an Sowjetrußland anstrebten.

Eine umfassende Beschreibung der politischen Entwicklung in den einzelnen kaukasischen Ländern in den Jahren unmittelbar vor und nach der Oktoberrevolution würde den Umfang des Artikels bei weitem übersteigen. Trotzdem kann am Beispiel Georgiens gezeigt werden, wie bereits um 1920 das junge Sowjetrußland das Erbe großrussisch-imperialer Politik, wenn auch unter anderen Vorzeichen, fortsetzte. Am 26. Mai 1918 wurde unter einem menschewistischen Präsidenten die Unabhängigkeit Georgiens verkündet. Bei den Wahlen im Februar 1919 errangen die im Volk stark verankerten Menschewiki 80% der Stimmen. Sie starteten eine Bodenreform und begannen mit einer Sozialgesetzgebung. Daraufhin erkannte Sowjetrußland die Unabhängigkeit Georgiens am 7. 5. 1920 an und verzichtete auf Gebietsansprüche, ließ sich aber in einer Geheimklausel* die ungehinderte Betätigung der Bolschewiki zusichern. Nach einem angeblichen Volksaufstand wurde Georgien jedoch ab Februar 1921 von der Roten Armee erobert und besetzt. Auf Anweisung Stalins erfolgten erste "Säuberungen" in Form von Massenerschießungen und Deportationen bereits Anfang 1921. 1922 wurden 130.000 GeorgierInnen nach Sibirien und Mittelasien deportiert. Der letzte Widerstand gegen das bolschewistische Regime regte sich 1924 in Form eines Bauernaufstandes, der durch die Rote Armee niedergeschlagen wurde.[6]

Den Höhepunkt sowjetstaatlich-rassistischer Politik gegenüber den kaukasischen Völkern bildeten zweifellos die stalinschen Deportationen, die in den 40er Jahren mindestens fünf nordkaukasische Völker kollektiv trafen:

30% aller KaratschaierInnen
26,5 % aller BalkarInnen
22% aller TschetschenInnen
9% aller InguschInnen und eine unbekannte Zahl der TscherkessInnen überlebten die Zwangsdeportation nicht!![7]

Allen diesen Völkern wurde vorgeworfen, mit der deutschen Wehrmacht kollaboriert zu haben, die zwischen 1941 und 1943 das tscherkessische und 1942 das karatschaische Gebiet besetzte, jedoch nur bis zur Grenze der Tschetscheno-Inguschischen ASSR vordrang. Trotzdem sich dort die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung am Verteidigungskrieg gegen die deutsche Wehrmacht beteiligte, wurden alle TschetschenInnen und InguschInnen deportiert. Nach der stalinschen Vertreibung wurden im Rahmen einer Russifizierungspolitik viele UkrainerInnen und RussInnen in diesen Gebieten angesiedelt. Außerdem kam es zu einer erneuten Veränderung der Grenzziehung. Teile der Inguschischen ASSR wurden Nordossetien zugeschlagen. Zuwanderung und Grenzveränderung boten sehr bald nach der 1956 auch offiziell legitimierten Rückkehr der TschetschenInnen und InguschInnen Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Völker. Bereits zu Beginn der Sowjetmacht im Nordkaukasus hat eine äußerst willkürliche, staatlich-bürokratisch organisierte Grenzziehung erheblich zur Schaffung lokaler Konflikte beigetragen.

Nachdem am 20. 1. 1920 eine Autonome Sowjetische Gebirgsrepublik für alle Bergvölker geschaffen wurde, ist diese ab September 1921 bereits wieder aufgelöst worden. Danach kam es zu einer Vielzahl von Republiksbildungen, Auflösungen und Angliederungen von Gebieten an andere Autonome Republiken. Bis 1936 wurde der Nordkaukasus vom südrussischen Rostow am Don aus verwaltet. Im selben Jahr waren nur 17 der 1310 BeamtInnen des Nordkaukasus-Gebietes Angehörige der Bergvölker.

Innersowjetische Wirtschaftsbeziehungen:

Folgt mensch den Thesen der HerausgeberInnen des Buches *"Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells"* in Bezug auf die ökonomischen Beziehungen zwischen (russischer) Zentrale und (kaukasischer und mittelasiatischer) Peripherie, dann steigert sich die Brisanz der im einzelnen noch zu schildernden rassistischen Übergriffe.

Foto: Markus Mathyl



"Über die zentral diktierten innersowjetischen Austauschbeziehungen (terms of trade) erfolgte ein absoluter Werttransfer aus der Peripherie in die sowjetischen Industriezentren. Das betraf bspw. die Rohstoffproduktion in den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken (Öl, Gas, Metalle, Baumwolle etc.), aber auch die Landwirtschaftsproduktion aus Moldawien, der Ukraine und dem Baltikum. Das innersowjetische Wertschöpfungsgefälle war über den Rohstoffexport direkt an den Weltmarkt gekoppelt und damit an das transnationale Verwertungsdiktat. Die über die sowjetische koloniale Wertschöpfungsorganisation herausgezwungenen Werte flossen direkt in den rüstungsindustriellen Entwicklungszyklus (Prioritätensystem der Ressourcenallokation bzw. Ressourcenzuteilung, Technologieimporte etc.).

Die industrielle Entwicklung vor allem der westlichen Regionen und damit der militärische Weltmachtstatus sind ohne die abhängige Unterentwicklung der südlichen Republiken undenkbar.

Die gewaltsam abgesicherte Aufrechterhaltung der innersowjetischen Arbeitsteilung und die aus der ungleichen Entwicklung der Republiken und Regionen organisierte Wertabpressung sind die innersowjetischen Voraussetzungen für die Kalte-Kriegs-Ökonomie. Aus diesen Bedingungen resultierte eine hierarchische Zonierung des Reproduktionsniveaus, die z.B. aus einer Statistik über den Anteil der Armutsbevölkerung in den (ehem.) Sowjetrepubliken erkennbar wird, die die Wochenzeitschrift "Moscow News" für 1988 veröffentlichte:

Tadschikistan: 58,6 %;
Usbekistan: 44,7 %
Kirgisien: 37,1 %,
Turkmenien: 36,6 %
Aserbaidschan: 33,3%
Armenien: 18,1%
Georgien: 16,3%
Kasachstan: 15,9%
Moldawien: 13,0%
Ukraine: 8,1%
Rußland: 6,3%
Weißrußland: 5,0%
Estland: 3,9%
Litauen: 3,6%
Lettland: 3,2% "[8]

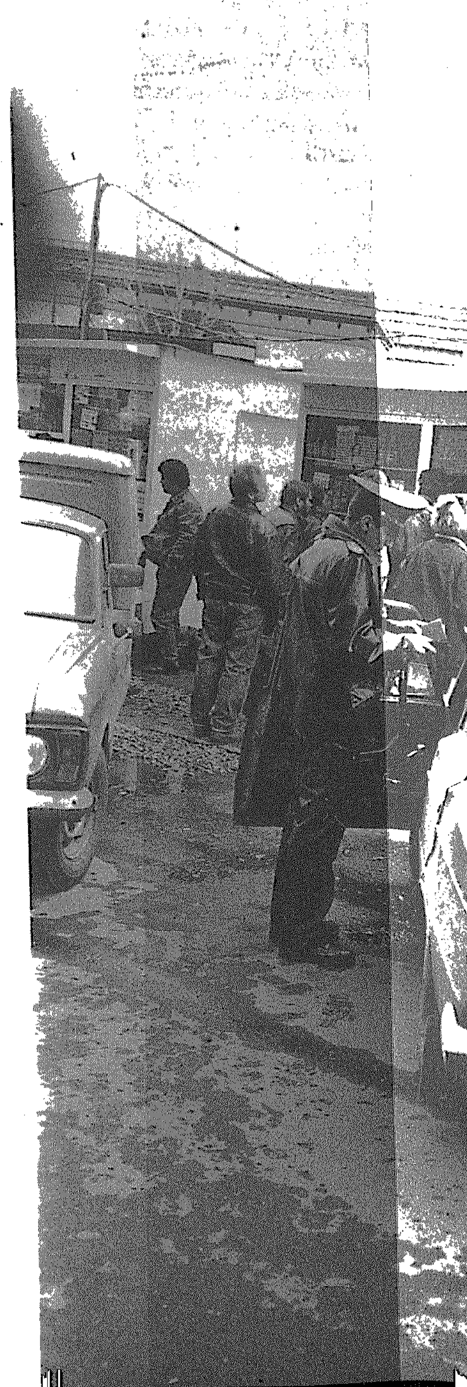
Obwohl diese Zahlen alleine auf Grundlage des verfügbaren Einkommens berechnet wurden, untermauern sie doch recht deutlich die vorangestellten Thesen. Wenn heute schon ein Drittel der russischen und ukrainischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, wie sieht es dann in den zuerst aufgezählten Ländern aus? Während die kaukasischen und mittelasiatischen Länder vor der Revolution wirtschaftlich autark waren, sind sie es heutzutage durch eine aufgezwungene einseitige, z.T. industrielle Entwicklung nicht mehr. Diese Entwicklung, die z.T. katastrophale ökologische Folgen hatte, bringt die Länder trotz politischer Unabhängigkeit erneut in Abhängigkeit, da sie alleine wirtschaftlich nicht existenzfähig sind.

Vertreibung:

Die Vertreibung vieler KaukasierInnen aus Moskau erfolgte unter der offiziellen Parole, einen Schlag gegen das organisierte Verbrechen zu führen. Doch selbst die russische Mainstream-Presse, die durch ihre Berichterstattung viel zu dem rassistischen Klima beigetragen hatte, mußte angesichts der veröffentlichten Zahlen eingestehen, daß auch "ohne Kaukasier" eine Woche nach Beendigung des Ausnahmezustands, die Verbrechensrate immer noch genauso hoch war, wie vor dem Putsch. Ansonsten nahm die russische Presse wenig von den rassistischen Übergriffen der Miliz und vor allem der OMON-Truppen gegen die "wegen ihrer Physiologie und Gesichtszüge leicht zu identifizierenden Kaukasier"[9] wahr. Der Sprecher der Verkehrspolizei, Andrej Schavelev, bewies in seinen rassistischen Aussagen sogar noch Steigerungsfähigkeit: "Die meisten Kaukasier sind Diebe und Räuber; sie verüben zwei Drittel aller Straftaten in der Stadt." Er schloß auch nicht aus, daß diese AntikaukasierInnen-Politik nach Beendigung des Ausnahmezustands weitergeführt werde. Die *Moscow Times* berichtet im gleichen Artikel von einem internen Schriftstück, das an alle Kontrollpunkte der Moskauer Verkehrspolizei verschickt wurde. Darin enthalten sind die Anweisungen "Personen kaukasischer Nationalität", die nach Moskau reinfahren wollen, zu stoppen und zu überprüfen, ob sie eine Aufenthaltserlaubnis für Moskau besitzen. Ist dies nicht der Fall, sollen die Personen entweder an der Weiterfahrt gehindert werden oder ihr Auto eingezogen und die Verdächtigen zur Identifizierung und Deportation zur Polizeiwache gebracht werden.

Als gesetzliche Grundlage für die Deportationen dient das Propiska-System - ein Relikt aus stalinistischen Zeiten. Ihm zufolge muß jedeR BürgerIn im Paß eine Erlaubnis für den (längeren) Aufenthalt in einer bestimmten Region haben. Normalerweise kann diese nur durch Geburt, eine spezielle Einladung zur Arbeit oder zum Studium oder durch Heirat erlangt werden. Aus diesem Grund existierte lange Zeit eine Art Schwarzmarkt für Scheinehen. In den letzten Jahren kam es zu einer Liberalisierung der Handhabung des Propiska-Systems, ohne jedoch, daß das Gesetz als solches abgeschafft wurde, da sich gegen einen entsprechenden Parlamentsbeschluß die Moskauer und russische Regierung durchsetzten.

Die *Moskau Times* berichtete am 12.Oktober unter der Überschrift "Crackdown oder Pogrom" über Polizeieinsätze auf dem Cherjomushkinsky-Markt am 8.Oktober, die in einer pogromartigen Situation eskalierten. Dabei entwickelte sich ein Zusammenspiel zwischen den Polizisten, die an diesem Tag den Markt bereits zum achten Mal durchkämmten, und den russischen HändlerInnen und PassantInnen, die halfen, aserbaidschanische HändlerInnen festzunehmen. Eine betroffene Aserbaidschanerin beschrieb die Stimmung folgendermaßen: "Verjagt sie, deportiert sie und laßt sie bloß nicht wiederkommen!" Von ähnlichen Zwischenfällen wird berichtet, daß die offiziell konfiszierten Produkte nicht nur von russichen HändlerInnen "übernommen" wurden, sondern daß diese prompt die Preise aus Mangel an Konkurrenz erhöhten. Diese Beispiele widerlegen eindrucksvoll Erklärungsversuche, die die Ressentiments gegen die KaukasierInnen auf überhöhte Marktpreise zurückführen. Die Preise in Moskau sind generell hoch, vor allem auch die für Grundnahrungsmittel. Deswegen ist noch niemand auf die Idee gekommen, Gaidar und Jelzin aus der Stadt zu jagen. Selbst am 3.Oktober als die Polizei den DemonstrantInnen für einen Tag die Straßen überließ, ist keines der teuren westlichen Geschäfte geplündert worden. Die rassistischen Polizeiübergriffe richteten sich in verschiedener Form fast ausnahmslos gegen alle diejenigen, die von der Polizei für KaukasierInnen gehalten wurden: HändlerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen und Flüchtlinge. Es wird berichtet, daß sogar Menschen mit Aufenthaltserlaubnis und offiziell anerkanntem Flüchtlingsstatus deportiert würden. Die Verhafteten wurden oftmals ohne die Gelegenheit, Freunde oder Verwandte zu informieren, in verschiedenen Sammellagern untergebracht. Von der Stadtverwaltung sind sogar Stadien für diesen Zweck bereitgestellt worden. Wie dann weiter mit den zu Deportierenden umgegangen wurde/wird, weiß Polizeisprecher Schavelev zu berichten: "Wir



stecken sie in ein Flugzeug und sagen auf wiedersehen. Wenn sie nicht genügend Geld haben, um für die Tickets zu zahlen, werden wir sie mit Arbeit versorgen, so daß sie es sich erarbeiten können. Es gibt ein paar Orte in der Nähe Moskaus, wo solche Leute ihre Hände benutzen können."

Daß angesichts solch einer Behandlung viele Menschen lieber "freiwillig" die Stadt verließen und sich in eine ungewisse Zukunft begaben, dürfte niemanden verwundern. So flüchteten auf diese Art und Weise über 10.000 Menschen, neben über 4000 Zwangsdeportierten, innerhalb der ersten 10 Tage des Ausnahmezustands. Diese vom Oberbefehlshaber der Polizeieinheiten genannten Zahlen bestätigte seine Sprecherin mit einem an Zynismus wohl nicht mehr zu überbietenden Kommentar: "Sie fühlen sich schuldig für ihre Missetaten und entschieden sich, aus der Stadt zu flüchten."

Flüchtlinge:

Besonders schlimm ist die Situation für die aus den Kriegsgebieten in Georgien, Aserbaidschan und Tadschikistan geflohenen Menschen. Viele der 30.000 georgischen Flüchtlinge, die sich in Moskau aufhalten, fürchten um ihr Leben, falls sie zurückgeschickt werden.

An dieser Stelle muß ausdrücklich auf die Rolle Rußlands in den Kriegen in Georgien und Abchasien hingewiesen werden. Rußland, dessen Truppen direkt in den Krieg verwickelt waren, unterstützte gezielt die abchasische Seite, damit sich ein politisch und militärisch geschwächtes Georgien nicht ohne den Preis politischer Zugeständnisse anschließend an Rußland wandte, um direkte militärische Hilfe gegen die Truppen des gestürzten früheren Präsidenten Gamsachurdia zu erhalten. Dieser hatte seinerseits die Schwächung Georgiens ausgenutzt und große Teile Westgeorgiens militärisch erobert. Viele der Flüchtlinge in Moskau sind Opfer von Kriegen, die noch zu Zeiten der ehemaligen Sowjetunion stattfanden. In einem an Präsident Boris Jelzin gerichteten Brief klagen die Flüchtlinge die Verantwortung Rußlands als Rechtsnachfolger der Sowjetunion ihnen gegenüber ein, "die damals die Flüchtlinge nicht beschützen konnte bzw. sie nicht beschützen wollte."

Bezugnehmend auf die, mit der Aufschrift *"nicht zur Veröffentlichung"* versehene Anordnung "Über Maßnahmen des zeitweiligen Aufenthaltes von Flüchtlingen in der Stadt Moskau" schreiben sie, daß der Inhalt sehr an diejenigen Anordnungen erinnert, die zu den großen Deportationen der Völker zu Stalins Zeiten geführt haben.[10] In dem Schriftstück wird angeordnet, die Flüchtlinge aus den Moskauer Wohnheimen und Hotels für eine Zeit in Militär-Unterkünfte umzusiedeln, mit dem endgültigen Ziel, sie in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Begründet wird das Ganze mit der Formulierung: "Zur Stärkung der Rechtsordnung in der Stadt Moskau."

Ekspress Kronika,[11] die diese Anordnung veröffentlichte, schrieb in einem kurzen Kommentar unter der Überschrift "Moskau über alles":

"Der Tag ist nahe, an dem die Stadtregierung Moskaus melden wird: Genosse Bürgermeister, Moskau ist frei von der Anwesenheit unerwünschter Personen." Genau von diesem Bürgermeister Luzkov stammt nicht nur die Anordnung über die Abschiebung der Flüchtlinge, sondern auch jener berühmt berüchtigte Aufruf an die Moskauer Bevölkerung, die Polizei bei der "Durchführung der Maßnahmen zur Gewährleistung des Ausnahmezustands" zu unterstützen. Dieser Aufruf, der am 6.Oktober vor allem über Radio und Fernsehen verbreitet wurde, forderte u.a. dazu auf, "verdächtige Personen" der Miliz zu melden. Im Anschluß an diesen Aufruf, dessen Wortlaut bewußt nirgendwo in schriftlicher Form dokumentiert ist, meldeten sich 40.000 Freiwillige, die die Miliz bei ihren Patrouillen unterstützen wollten.

Der Mythos einer "Verschmelzung" und seine Folgen:

Nur wenige Menschenrechtsgruppen[12] protestierten gegen die staatlich-rassistische Politik der Vertreibung. Nationalismus als notwendige Basis einer imperialen großrussischen Politik ist nicht nur in fast allen politischen Lagern anzutreffen, sondern auch in ausreichendem Maße unter der zum Großteil apolitischen Bevölkerung vorhanden. Dementsprechend ist ein Bewußtsein über die russische/sowjetische Kolonialgeschichte, die zur gewaltsamen Unterwerfung vieler Völker nicht nur Kaukasiens und Mittelasiens geführt hat, kaum entwickelt. Der Mythos einer "Verschmelzung" aller Sowjetvölker, der noch 1986 ins Programm der KPdSU aufgenommen wurde, verdeckt nicht nur den wahren Charakter der ungleichen Beziehungen, sondern tritt als nationalistische Spielart eines Sowjetpatriotismus gerade unter nationalkommunistischen Gruppierungen besonders aggressiv auf.

Die Offenheit der zukünftigen politischen Entwicklung ist augenscheinlich; nur eines scheint gewiß: Nationalismus und Imperialismus werden auch zukünftig eine große, wahr-

Foto: Markus Mathyl

scheinlich sogar größere Rolle spielen. Als Träger einer solchen Politik kommen verschiedene politische Gruppierungen, quer zu Regierungs- und Oppositionszugehörigkeit, in Frage. Dabei kommt es weniger auf deren Selbstbezeichnung, als vielmehr auf die Folgen ihrer Politik an. Schon heute hat der Krieg in Tadschikistan, der weltweit in den Medien fast überhaupt keine Beachtung findet, über 100.000 Tote gefordert.[13] Die russische Armee, die aktiv in die Kämpfe involviert ist und modernste Kriegstechnik einsetzt, soll, anscheinend mit Einverständnis des Westens, diesen durch die Aufrechterhaltung der imperialen Grenzen vor der "Gefahr des islamischen Fundamentalismus" schützen. Anders jedenfalls kann Clintons Äußerung: "Rußland würde sich gegenüber den Ländern des "nahen Auslands", wie die USA gegenüber Grenada oder Panama verhalten"[14], nicht verstanden werden. Sie erkennt Rußlands Rolle einer (militärischen) Supermacht und eines Ordnungsfaktors im Interesse der gemeinsamen weltweiten ökonomischen Ausbeutung an. Daß die USA bei diesem gemeinsamen Vorhaben keineswegs mehr nur uneingeschränkt auf Jelzin setzen, zeigt Nixons Zusammentreffen mit dem gerade erst amnestierten ehemaligen russischen Vizepräsidenten Ruzkoi, das in Kreisen der russischen Regierung zu großer Aufregung führte.

Jelzins Versuch, einen nationalen Friedenspakt zwischen Regierung und Opposition zu schließen, mit dem Ziel, die Opposition zu spalten, ist gescheitert. Stattdessen hat sich die Opposition ohne Regierungsparteien zu einem Bündnis zusammengeschlossen, das von der regierungsnahen Zeitung *"Iswestia"* als zweite "Nationale Rettungsfront"[15] bezeichnet wird.[16] Tatsächlich sind unter den 14 Unterzeichnern des Aufrufs für einen "gesellschaftlichen Vertrag aller patriotischer Kräfte und Bewegungen, die Gewalt, Rassismus und Nationalismus ablehnen" neben Ex-Vizepräsident Ruzkoi auch Mitglieder der alten Nationalen Rettungsfront sowie führende Vertreter von Rußlands Neuer Rechter und anderer offen nationalistischer Parteien, wie z.B. Prochanov (Zeitungen: *Savtra* und *Elementy*) und Baburin (Russische Allgemeine Volksunion) zu finden. Daß die Popularität dieser Kräfte von der allgemeinen ökonomischen Krise und der hohen Inflation profitiert, ist klar. Andererseits ist ihren ökonomischen Rezepten eine Konsolidierung der russischen Wirtschaft genausowenig zuzutrauen. Zwar betonen alle patriotischen Kräfte immer wieder, daß die ökonomischen Reformen nicht auf Kosten des (russischen) Volkes durchgeführt werden dürften, entwickelten bislang aber keine Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft, ja lehnen diese mehrheitlich sogar nicht einmal ab. So daß ich am Ende mit den Worten meines besorgten Freundes fragen will:"Auf wessen Kosten dann?"

Anmerkungen

1 Ich übernehme den Begriff "Kaukasier", der in Wirklichkeit nicht nur die über 50 verschiedenen Völker des Kaukasusgebietes, sondern oftmals alle Menschen der südlichen Republiken in einer abwertenden Bedeutung miteinschließt.

2 Sowenig wie es ein einheitliches kaukasisches Volk gibt, so oft wird doch der Begriff "Person kaukasicher Nationalität gebraucht. Er stammt aus dem Sprachstiel von Polizeiprotokollen und ist danach von den Massenmedien übernommen worden.

3 Alle Angaben soweit nicht anders zitiert aus: Grobe-Hagel, Rußlands Dritte Welt, Frankfurt/M. 1992

4 Transkaukasien entspricht in etwa dem Gebiet des heutigen Armeniens, Georgiens und Aserbaidschans

5 Der Nordkaukasus(Ciskaukasien) umfaßt die Autonomen Sowjetrepubliken Daghestan, Tschetscheno-Inguschien, Nordossetien und Kabardino-Balkarien, das Autonome Gebiet der Karatschaier und Tscherkessen sowie die Bezirke Stawropol und Krasnodar. Der gesamte Nordkaukasus gehört zur Russischen Föderation. Alleine in Daghestan leben 32 Völker.

6 Anm. ging verloren; SF-Red.

7 Während der Artikel entstand, erschien ein 3-bändiges Buch mit dem Titel »Tak eto bylo« ("So war es"); das wichtige Dokumente über die kollektiven Deportationen während der Stalinzeit und auch Gedichte, Lieder und Prosa der Deportiertem enthält. Die Deportationen betrafen neben anderen Völkern drei weitere, die im Gebiet des Kaukasus siedelten. KurdInnen wurden 1937 und 1944 aus Aserbaidschan, Armenien und Georgien deportiert. Die Meßchetischen TürkInnen sowie die ChemschidInnen

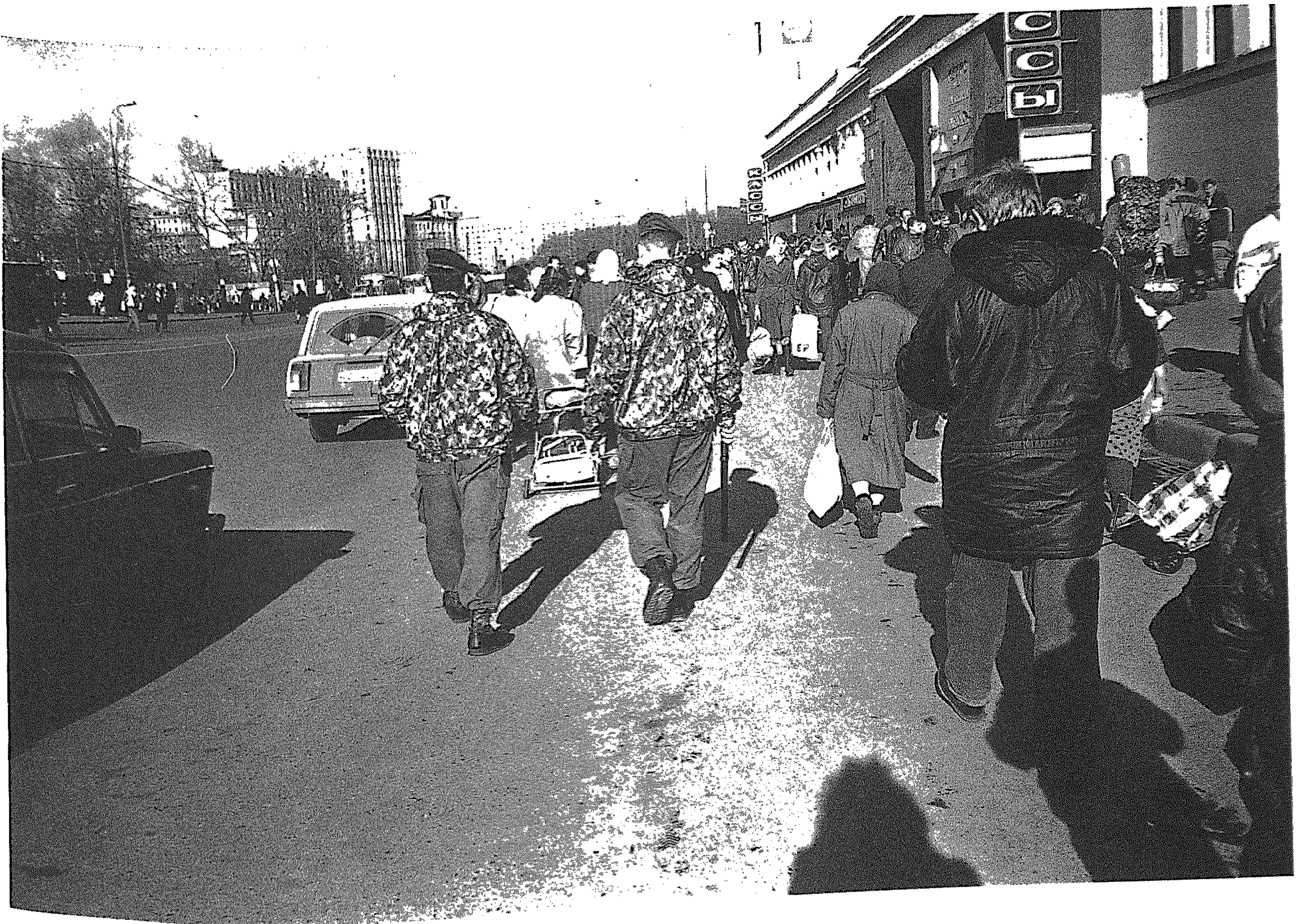


Photo. : Markus Mathyl

wurden 1944 aus Georgien nach Mittelasien deportiert.

8 HerausgeberInnenkollektiv, Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells, Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4

9 Andrej Schavelev in *Moscow Times*, 13.Oktober 93,"Traffic Police ordered to target Caucasians"

10 "Brief der Bakuer Flüchtlinge an den Präsidenten",*Ekspress Kronika*, 19. November 93

11 *Ekspress Kronika* ist eine Zeitung der demokratischen Opposition, die wöchentlich erscheint und mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren nur begrenzte Verbreitung erfährt. Sie ist eine der wenigen russischen Zeitungen, die regelmäßig über Flüchtlinge und deren Fluchtursachen berichtet und auch die rassistischen Polizeiübergriffe dokumentierte.

12 Zu diesen Gruppen gehörten die Moskauer Organisation von Helsinki Watch und verschiedene Memorialgruppen, die ein Telefon einrichteten um Berichte über Repressionen nicht nur Flüchtlingen gegenüber entgegenzunehmen.

13 Ekspress Kronika, 26. November 93, nach einem offenen Brief des Präsidenten der Demokratischen Partei Tadschikistans an den Generalsekretär der UNO

14 Moscow Times, 10. März 94 bezugnehmend auf eine Äußerung Clintons bei seinem Rußlandbesuch

15 Im Projekt der Nationalen Rettungsfront, die am 11.3. 92 gegründet wurde, kam es zur ideologischen Annäherung von verschiedenen kommunistischen und rechts-nationalistischen Gruppen. Kernelemente dieser Annäherung sind eine positive, nationalistische Bezugnahme auf Stalin sowie ein offener Antisemitismus.

16 Iswestia , 19. März 94, "Rußland droht eine bolschewistische Eintracht" ★

VERSCHWIEGENE GES

"Das weiße Australien hat eine schwarze Geschichte"
(Slogan während der Protestveranstaltungen der Aborigines gegen die Feierlichkeiten zum 200.Jahrestag der europäischen Invasion in Australien 1988)



fakten zu 205 jahren kolonialismus in australien

Am 10 Februar 1993 wurde folgende Pressemitteilung publiziert: "Als alarmierend und völlig überproportional hat *amnesty international* die Zahl der australischen Ureinwohner bezeichnet, die nach einer diskriminierenden Auslegung des Strafrechts in Haft geraten. Viele Aborigines sterben in der Gefangenschaft unter ungeklärten Umständen oder begehen Selbstmord in der Zelle. Ureinwohner werden nach offiziellen Erkenntnissen 27mal häufiger inhaftiert als andere Australier. Die Organisation stieß vor kurzem bei Ermittlungen in Australien auf Gefängnisse und Polizeiwachen, in denen für Ureinwohner nach wie vor kritikwürdige, teilweise unmenschliche Haftbedingungen herrschen. Im chronisch überbelegten Gefängnis von *Alice Springs* beispielsweise, dessen Insassen zu rund 80 Prozent Aborigines sind, müssen Häftlinge bis zu 16 Stunden am Tag in Maschendrahtverschlägen ausharren, die in den Schlafsälen der Haftanstalt installiert wurden. In vielen vornehmlich von Aborigines besiedelten Gegenden Australiens ist eine deutlich überhöhte Polizeipräsenz festzustellen. Wiederholt wurde von Ureinwohnern der Vorwurf erhoben, die Polizei provoziere in diesen Gegenden Zwischenfälle, indem sie Aborigines absichtlich hart angehe, beleidige und beschimpfe."

Seit Anfang der achtziger Jahre sind über einhundert Aborigines in australischen Gefängniszellen umgekommen. Diese Todesfälle in Haft sind nur der krasseste Ausdruck des alltäglichen Rassismus, mit dem Australiens Ureinwohner bis heute konfrontiert sind.

1991 veröffentlichte die Menschenrechtskommission der australischen Regierung einen Report über "rassistische Gewalt". Darin sind auf dutzenden, eng beschriebenen Seiten rassistische Angriffe auf Aborigines aus den Jahren 1987 bis 1989 aufgelistet. Zum Beispiel:

"Sydney, Ost-australien, 1989: Zwei Polizisten spucken einem jugend-lichen Aborigine in's Gesicht und beleidigen ihn... New South Wales, 1989: ein Bewohner englischer Abstammung versucht in einer Kleinstadt, einen Aborigine durch Schüsse zu ermorden und mit seinem Wagen zu überfahren... Adelaide, Südaustralien, 1989: Eine Gruppe von Engländern greift die Bewohner eines Aborigine-Camps am Stadtrand mit Baseballschlägern an und schießt in der darauffolgenden Nacht einem Jungen in's Knie und einer schwangeren Frau in den Bauch. Das Baby stirbt.... Westaustralien, 1988: Vor einem Gasthaus wird ein Aborigine niedergestochen. Er erliegt seinen Verletzungen... Darwin, Nordaustralien,

[...]CHICHTE(N)



von Karl Rössel

1989: Unbekannte zerschießen die Bürofenster einer politischen Organisation der Aborigines... Alice Springs, Zentralaustralien, 1989: Eine Gruppe von Weißen gesellt sich zu trinkenden Aborigines und schenkt ihnen eine Flasche vergifteten Wein. Fünf Aborigines sterben... Adelaide, Südaustralien, 1989: Eine junge Aborigine-Frau wird von einem Polizisten wegen Trunkenheit festgenommen und in der Zelle vergewaltigt... Arnhem Land, Nordaustralien, 1990: Polizisten schießen einen geistesgestörten älteren Aborigine, der nur mit einem Brieföffner bewaffnet ist, in den Kopf. Da ihm die notwendige ärztliche Behandlung verweigert wird, stirbt er drei Stunden später... Perth, Westaustralien, 1989: Sechs Polizei-Offiziere mißhandeln Aborigine-Frauen auf der Straße und im Gefängnis: sie schlagen auf sie ein, treten und prügeln sie, reißen ihnen an den Haaren und machen dabei Witze über Aborigines, die in Polizeigewahrsam umgekommen sind... Queensland, Nordwestaustralien, 1988: Polizisten bedrohen in ihrer Freizeit eine Aborigine-Community und ihre Kinder in Ku-Klux-Klan-Kleidung..."

Der erschreckende und kaum fassbare Report über "rassistische Gewalt" in Australien dokumentiert noch mehr als hundert weitere Angriffe auf Aborigines, und alle passierten just zu der Zeit, als die weißen Australier mit großem Pomp den "200.Geburtstag ihrer Nation" vorbereiteten und feierten. Während die Aborigines den 200. Jahrestag der europäischen Invasion in Australien, den 26.Januar 1988, zum "Tag der Trauer" erklärten und in Protestzügen aus allen Teilen des Kontinents zu ihrer bislang größten, von 50.000 Menschen besuchten, Demonstration in Sydney fuhren, um zu fordern "Pay the rent - you're on Aboriginal land!", prangten an den Wänden dieser Stadt Grafittis wie: "Celebrate 1988 - Kill an Abo!" - "Feiert 1988 - Tötet einen Aborigine!"

270 Millionen Dollar ließ sich die australische Regierung die große Jubiläumsparty 1988 kosten. Dabei störte sie nicht, daß der Kontinent, dessen "Entdeckung" durch Captain Cook zum Jubiläum noch einmal nachgespielt wurde, schon mehr als 50.000 Jahre lang von Menschen bewohnt war, als die Engländer dort 1788 ihre erste Siedlung gründeten. Das drückt sogar der Name aus, den die europäischen Eindringlinge den Ureinwohnern gaben. Denn "Aborigines" heißt soviel wie "von Anfang an vorhanden". (Sie selbst hatten hunderte verschiedene Stammesnamen wie Jangkundjara und Wirangu, Gagudju und Kotata, Maraura und Nukunu...) Trotzdem wurden sie vom ersten Tag an gewaltsam von ihrem Land vertrieben. An dem Platz, wo Captain Cook 1770 zum ersten Mal landete, in der Botany Bay bei Sydney, ist auf einer kleinen Steintafel eine Tagebuchnotiz des "großen Entdeckers" nachzulesen: "Die Eingeborenen wehrten sich resolut gegen unsere Landung, so daß wir Gewehrschüsse abfeuerten. Sie drohten uns mit Lanzen. Wir luden eine Schrotflinte, feuerten sie auf den Ältesten ab und trafen ihn in's Bein. Da er kaum reagierte, schossen wir direkt noch einmal auf ihn bis er zu seinem Haus lief, um sich einen Schild zu holen. In der Zwischenzeit waren wir gelandet."

Nach neueren Schätzungen lebten etwa 750.000 Ureinwohner in etwa 500 verschiedenen Volksgruppen auf dem riesigen Wüstenkontinent, als die Weißen kamen. Sie hatten eine reiche Kultur entwickelt, eigene Musikinstrumente, Fels- und Rinden gemälde geschaffen. Es gab 300 verschiedene Sprachen und feste Gesetze des Zusammenlebens. Die Aborigines folgten einer ökologischen Philosophie, die ihnen selbst ein Überleben im kargen Busch Australiens ermöglichte. Wichtigste Grundlage ihrer traditionellen Gesellschaft war - bei aller Verschiedenheit der einzelnen Gruppen – das Land, das nie nur Nahrungslieferant war, sondern in dem sich auch die Geschichte ihrer Vorfahren verkörperte. Diese Ahnen waren in der Vorzeit über die "schlafende Erde" gewandert und hatten überall ihre Spuren hinterlassen. Bis heute sehen Aborigines sie in Felsen, Seen und Höhlen. "Die Berge sind unsere Schwestern", sagen sie und empfinden deshalb die Zerstörung ihres Landes, etwa durch die Bulldozer europäischer Minengesellschaften, wie eine "Vergewaltigung" ihrer Angehörigen. In den Wandgemälden an ihren heiligen Stätten, in ihren Liedern und Erzählungen sind die Schöpfungsgeschichten der verschiedenen Landstriche festgehalten. Sie dienen mit ihren Verweisen auf eßbare Pflanzen, Sammelplätze von Tieren und Wasserstellen wie mythologische Landkarten, die es den Eingeweihten ermöglichen, sich über hunderte von Kilometern zurechtzufinden. In Initiationszeremonien werden diese Kenntnisse an jüngere

Generationen weitergegeben. Wird Aborigines diese Möglichkeit genommen oder werden ihre heiligen Stätten und Gemälde zerstört, ist ihre weitere Existenz fundamental bedroht. Doch genau das geschah seit der Ankunft der Europäer und ist bis heute die Hauptursache für die Entwurzelung und Desorientierung vieler Aborigines in der australischen Gesellschaft.

Für die britischen Kolonialherren waren die meist dunkelhäutigen Bewohner des Kontinents, den sie "Australien", Land im Süden, nannten, nur "primitive Wilde". Die ersten weißen Siedler stritten darüber, ob sie es "mit intelligenten Affen" oder "mit sehr niedrigstehenden Menschen" zu tun hätten. Noch 1901 verkündete der australische Abgeordnete Vincent Lesina vor dem Parlament: "Das Gesetz der Evolution lehrt, daß der Nigger beim Vormarsch des weißen Mannes verschwinden muß."

Wie die Worte, so die Taten: Wo die Weißen brauchbares Farmgelände oder Rohstoffe fanden, wurden die traditionellen Bewohner dieses Kontinentes vertrieben oder einfach abgeschossen. Die Weißen vergifteten die wenigen Wasserstellen der Aborigines in der Wüste und verteilten Decken, die mit Cholerabakterien infiziert waren. Noch heute erzählen ältere Aborigines im Bundesstaat Victoria davon, daß die Weißen Mehl an die Ureinwohner verteilten, das sie vorher mit Zement gemischt hatten. Wer dies aß, hatte bald einen Stein im Bauch und starb. Aborigine-Männer wurden kastriert und in Ketten zu Sklavenarbeit angehalten, ihre Frauen gejagt und per Postkutsche von einer weißen Siedlung zur nächsten verschickt, um von den Farmarbeitern immer wieder vergewaltigt zu werden. Die Kinder wurden in weiße Missionsschulen gesperrt und in großer Zahl bis in die jüngste Vergangenheit ihren Familien geraubt, um ihnen europäische Lebensweisen aufzuzwingen, sie zu assimilieren. Zehntausende Aborigines waren davon betroffen und bis heute sind viele von ihnen auf der Suche nach ihren wirklichen Eltern.

Bis 1920 hatten die weißen Eindringlinge die Zahl der traditionellen Bewohner Australiens so von 750.000 auf 50.000 dezimiert. Sofort waren europäische Sozialwissenschaftler zur Stelle, um "das Aussterben einer minderwertigen Menschenrasse" zu konstatieren. Als Kanonenfutter im Ersten und Zweiten Weltkrieg waren sie allerdings wieder gut genug, doch Farmland zur Existenzgründung wurde nach den Kriegen nur weißen Soldaten von der Regierung zur Verfügung gestellt.

In den fünfziger Jahren testeten britische Militärs Atombomben in Australien. Radioaktive schwarze Wolken zogen über die Aborigines hinweg, die ungeschützt und unbemerkt in der Nähe der Testgelände lebten. Augenzeugen berichten, daß viele "erst an plötzlicher Übelkeit und Haarausfall litten, später erblindeten und manche starben". Bis heute sind riesige Flächen ihres Landes verseucht. Beim "World Uranium Hearing" in Salzburg im September 1992 sagte Archie Barton, Sprecher der Pitjantjatjara aus der Gegend des südaustralischen Maralinga, die inzwischen in ihr Land zurückkehren durften: "Unsere Leute werden entweder vergiftet, indem sie diese Stoffe einatmen oder mit der Nahrung zu sich nehmen. Wir sind Nomaden, die Kinder spielen im Sand und die Frauen sammeln Beeren. Auf unserem Land wurden 25 Kilo Plutonium, 8000 Kilo Natur-Uran und 101 Kilo Beryllium, ein hochgiftiger chemischer Stoff, nachgewiesen. Plutoniumpartikel sind über ein Gelände von 120 Quadratkilometern zerstreut. Die einzige Möglichkeit, diese Gegend zu entseuchen, bestünde darin, jeden einzelnen Baum und auch noch die letzte Pflanze zu entfernen und zusätzlich eine etwa zehn Zentimeter tiefe Bodenschicht abzutragen." Entschädigung für die vielen Todesfälle und Krankheiten, für den Raub und die Zerstörung ihres Landes haben die Aborigines nie erhalten. Schließlich wurden sie von den Weißen noch bis vor drei Jahrzehnten "zur Flora und Fauna" Australiens gezählt. Erst seit 1967 dürfen sie wählen. Aber geändert hat auch dies nichts. Denn heute stellen sie mit zwei- bis dreihunderttausend Menschen nur noch etwa 1,5 bis 2 Prozent der australischen Bevölkerung. Nur 50 der ehemals 300 verschiedenen traditionellen Sprachen werden noch gesprochen.

Viele Aborigines leben in Australien, einem der reichsten Länder der Erde, wie ein Volk der "Dritten" Welt. Bei Aborigines finden sich Krankheiten wie Lepra, die anderswo längst ausgerottet sind. Ihre Kindersterblichkeit ist dreimal höher als bei den Weißen, ihre Lebenserwartung zwanzig Jahre niedriger. Ihre offizielle Arbeitslosenquote beträgt mehr als 40 Prozent, doch in vielen Städten werden Arbeitslosenzahlen von bis zu 80 Prozent für Aborigines genannt. Sie müssen in städtischen Elendsvierteln oder in Wellblechverschlägen auf dem Land leben. Richter Marcus Einfeld, Mitglied der staatlichen Menschenrechtskommission verglich nach



einem Besuch die Bedingungen der Aborigine-Gemeinde Toomelah in Neu-Südwales "mit Soweto in Südafrika". In Toomelah leben 500 Menschen in 40 Häusern. Wasser fließt nur zweimal am Tag für jeweils fünfzehn Minuten. "Die Kinder können sich vor dem Schulgang nicht waschen und werden entsprechend behandelt: wie Dreck!"

Erst im Dezember 1987, wenige Wochen vor dem weißen Jubiläum, legte die regierende Labour-Party im australischen Parlament erstmals einen Gesetzentwurf vor, in dem zugegeben wurde, daß das Land nicht unbewohnt gewesen war, als die ersten Briten kamen. Wohl um den zum Jahrestag 1988 befürchteten Protesten der Aborigines den Wind aus den Segeln zu nehmen war damals auch von einem "Treaty" die Rede, einem Vertrag, den die Regierung mit den traditionellen Bewohnern, den rechtmäßigen Besitzern dieses Kontinentes, abschließen wollte. Doch all dies erwies sich schon bald als reine Makulatur. Zwar wurde in einer medienwirksamen Zeremonie das Wahrzeichen Australiens, der den Aborigines heilige Berg "Uluru", den die Weißen "Ayers-Rock" nennen, den traditionellen Besitzern zurückgegeben. Doch mußten sie zuvor versichern, ihn zumindest in Teilen weiter an das Tourismusministerium zu verpachten. Schließlich müssen die Geschäfte weiterlaufen. 1992 setzte zwar ein Urteil des obersten australischen Gerichtshofes das Konzept "terra nullius", nach dem Australien 1788 von der britischen Krone zum "unbesiedelten und unbesetzten Land" erklärt worden war, außer Kraft und erkannte damit die traditionellen Bewohner der Murray Islands, die geklagt hatten, als rechtmäßige Besitzer dieser Inseln im Torresstraßen-Archipel an, doch zu offiziellen Verhandlungen über einen Vertrag über ganz Australien ist es bis heute nicht gekommen.

So bleibt auch die Landrechte-Gesetzgebung, die Aborigines in den verschiedenen australischen Bundesstaaten erkämpft haben, bis heute äußerst unterschiedlich und überall unbefriedigend: Während im nordöstlichen Bundesstaat Queensland gerade die Zwangsverwaltung von Reservaten durch weiße Manager abgeschafft wurde, haben Aborigines in Südaustralien und im Northern Territory bereits beschränkte Kontrollrechte über ihr Land durchsetzen können. Doch nirgendwo wurde ihnen ein absolutes Veto-Recht gegen Bergbauprojekte der Weißen zugestanden. Denn diese wurden zu einer Frage von "nationalem Interesse" erklärt und deshalb allein der Entscheidungsgewalt der weißen Regierung unterstellt. **So dürfen auch bundesdeutsche Konzerne wie die RWE und Rheinbraun auf Aborigine-Land in Nordaustralien weiter Uran für die hiesige Atom-Industrie fördern.**

Weil sie von der weißen Regierung nichts zu erwarten hatten, haben die Aborigines seit den siebziger Jahren damit begonnen, eigene Organisationen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aufzubauen. Inzwischen gibt es überall im Land von Aborigines selbstverwaltete Institutionen. Ihr Gesundheitsdienst, der 1971 mit nur

einem Arzt (einem Weißen, denn einen Aborigine mit Medizinstudium gab es damals noch nicht) begann, ist heute über den gesamten Kontinent verbreitet. Es gibt Aborigine-Schulen und Kindergärten, Rechtshilfeorganisationen und Jugendzentren, Radio- und Fernsehstationen, Wohnungs- und Arbeitsvermittlungen, Sporthallen und Kneipen, Kunstagenturen und Theater. Und nicht zuletzt Filmgruppen. Wenn man bedenkt, daß es noch vor zwei Jahrzehnten kaum einen Aborigine-Kameramann oder Tontechniker, Regisseur oder Schauspieler gab, sind die Produktionen, die Aborigine-FilmemacherInnen heute vorweisen können von erstaunlicher Qualität und Vielfalt.

Bei allen auch unter Aborigines verbreiteten politischen Differenzen verfolgen doch all ihre Organisationen in einem zentralen Punkt das selbe Ziel, das der politische Aktivist Gary Foley so beschreibt: *"Wir wurden unseres Landes beraubt und deshalb ist unsere Hauptforderung: wir wollen dieses Land zurück, um unseren Platz in der australischen Gesellschaft in Zukunft selbst bestimmen zu können. Dabei geht es nicht um einen seperaten Staat, sondern darum, daß alle Aborigines das Recht haben, in wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu leben."*

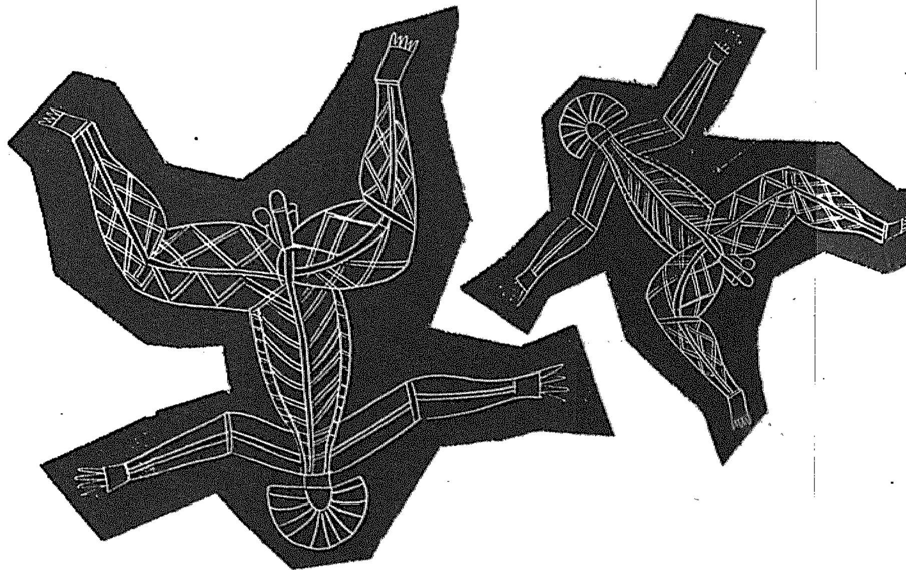
Aboriginality

FilmInitiativ Köln e.V. zeigt: **Filme der Ureinwohner Australiens**

"Ich bin ein Schwarzer und will anerkannt werden in dieser beschissenen Welt.
Die Köpfe unserer Leute werden durchgespült, damit wir unsere Rechte vergessen.
Wir müssen deshalb kämpfen, um unser Recht zu erhalten."
(Aus dem Song "Black Man" von "No Fixed Address")

"Einmal wurden wir zu einem Konzert in eine Kleinstadt mitten in der Wüste eingeladen. Der Kneipenbesitzer wußte allerdings nicht, daß er eine schwarze Band angeheuert hatte. Als wir dort ankamen, sagte der Typ: 'Ihr kommt hier nicht rein! Keine Schwarzen in meiner Bar!' Da nutzte es auch nichts, als wir sagten: 'Sorry, wir sind die Band!'."

Diese Szene spielte nicht in Südafrika, sondern auf dem fünften Kontinent, in Australien, dem Land der großen Wüsten und – wie manche Aussteiger aus Europa meinen – der "großen Abenteuer und Freiheiten". Erlebt hat sie der schwarze australische Rockmusiker Bart Willoughby, Schlagzeuger und Songschreiber der Aborigine-Band "No Fixed Address".



Auch seine Lieder wie "Black Man" passen einigen überhaupt nicht: "Die Bullen haben unserem ersten Bassisten Tony den Arm zweimal hintereinander gebrochen. Sie sagten einfach: 'Warum singt Ihr diesen Black-Man-Song?' Und brachen ihm den Arm."

In dem 1981 gedrehten ersten Aborigine-Spielfilm **"Wrong Side Of The Road"** geht es um den Alltag der Bandmitglieder von "No Fixed Address" und der Aborigine-Rock-Gruppe "Us mob". Für diesen Film mußte nichts erfunden werden. Es wurde nur das aufgegriffen, womit die DarstellerInnen selbst ständig konfrontiert sind.

Viele Aborigines leben heute überwiegend in städtischen Ghettos oder in Slums auf dem Land. (Dokumentiert in **"My Survival As An Aboriginal"**.) In Australien stellen sie heute - 205 Jahre nach Beginn der europäischen Invasion – mit 200.000 bis 300.000 Menschen nur noch 1,5 bis 2 Prozent der Bevölkerung, aber 14,6 Prozent der Gefängnisinsassen und 29 Prozent der Inhaftierten in Polizeizellen. Seit Anfang der achtziger Jahre starben mehr als 100 Aborigines unter mysteriösen Umständen in der Haft. Der Film **"Who Killed Malcolm Smith?"** geht einem dieser Fälle nach. Nachdem er acht seiner neun letzten Lebensjahre in Heimen und Strafanstalten verbringen mußte, brachte sich Malcolm Charles Smith am 29. Dezember 1982 im Long Bay Gefängnis von Sydney um. Selbst für die Untersuchungskommission der Regierung war dies kein Selbstmord, sondern Folge der staatlichen Politik, die Aborigines zur Assimilierung zu zingen versuchte, einer Politik des "Völkermordes".

Die **Uluru-Trilogie** mit Experimental- und Dokumentarfilmen versucht, das mythische Naturverständis der Aborigines in Bilder zu fassen und zeigt darüberhinaus den langjährigen und schließlich 1985 erfolgreichen Kampf der Aborigines um die Rückgabe "ihres Berges."

Für die europäischen Invasoren waren die Aborigines "von ihrer menschlichen Form einmal abgesehen, kaum von wilden Tieren unterschieden". Entsprechend wurden sie behandelt. "Als unsere Vorfahren im Südosten des Landes, um nicht zu verhungern, ein Rind schlachteten, massakrierte die englische Kavallerie eine ganze Volksgruppe," sagt Essicina Coffey in dem Film **"My Survial As An Aboriginal"**. Der Dokumentarfilm **"Exile and The Kingdom"** beschreibt die Geschichte der Kolonialisierung, erzählt von Landraub und Massakern. Aber er zeigt auch die traditionellen Lebensformen der Ngaluma und Injibandi aus der Gegend

der südwestaustralischen Stadt Perth, die überlebt haben und dokumentiert ihren politischen Widerstand gegen internationale Bergbauprojekte auf ihrem Land.

Bis 1967 wurden den Aborigines selbst grundlegende Bürger- und Wahlrechte verwehrt. Sie waren allenfalls als billige Haushaltshilfen (**"Lousy Little Sixpence"**) oder Farmarbeiter gefragt. Der Film **"How The West Was Lost"** beschreibt, wie sich Aborigines im längsten Streik der australischen Geschichte schon 1946 gegen ihre Ausbeutung als "Arbeitssklaven" zur Wehr gesetzt hatten. Drei Jahre lang widerstanden sie den Drohungen der weißen Arbeitgeber und den Repressionen der Polizei, die sie mit Hals-Ketten ins Gefängnis warf.

Bis in die jüngste Vergangenheit versuchte die australische Regierung, die kulturelle Identität der Aborigines durch die Zwangsadoption ihrer Kinder zu zerstören. Sie wurden ihren Eltern geraubt und in weißen Familien "erzogen", um sie der "europäischen Lebensweise" anzupassen. Noch heute sind zehntausende Aborigines auf der Suche nach ihren wirklichen Eltern, ein Problem, das in ihren Filmen immer wieder aufgegriffen wird. Der 1953 - von Weißen gedrehte - Spielfilm **"Jedda"**, in dem Aborigines erstmals nicht nur exotische Nebenrollen zugestanden wurden, erzählt, wenn auch in paternalistischer Manier, die Geschichte eines Aborigine-Mädchens, das in einer weißen Familie aufwächst, Klavier spielen lernt, sich aber nach dem freien Leben seiner Vorfahren sehnt. (Dieser Film ist vor allem in der Kombination mit dem 1987 gedrehten Spielfilm **"Tudawali"** interessant, einer Biographie des Aborigine-Hauptdarstellers aus Jedda, der damals an seinem unverhofften Ruhm als erster Aborigine-Filmstar Australiens zerbrach.)

Tracey Moffatt, eine der bemerkenswertesten Filmemacherinnen der unabhängigen australischen Filmszene, schildert in ihrem faszinierenden Experimental-Drama **"Night Cries"** die Konflikte einer Aborigine-Frau, die in einer surrealen Wüstengegend ihre an den Rollstuhl gefesselte weiße Ziehmutter pflegen muß, und dabei zwischen Haß und Zuneigung hin und her gerissen wird. Anne Pratton findet in ihrem Kurzspielfilm **"Terra Nullius"** sensible Bilder für die traumatische Angst von Aborigine-Mädchen, die aufgrund von sexuellem Mißbrauch in den scheinbar so geordneten weißen Familien entsteht. All diese Filme sind Ausdruck der politischen Bewegung der Aborigines, die seit den siebziger Jahren gewachsen ist und sich heute in dutzenden selbstverwalteten Organisationen manifestiert, die das umzusetzen versuchen, was ihnen von der weißen australischen Regierung verwehrt wird. So haben Aborigines inzwischen einen über den gesamten Kontinent reichenden eigenen Gesundheitsdienst aufgebaut. Es gibt selbstverwaltete Schulen und Jugendzentren, Rechtshilfeorganisationen und Theatergruppen, Wohnungs- und Arbeitsvermittlungen, Verlage und Buchhandlungen. Mit eigenen Kunstagenturen stellen sie sich auch der Vermarktung von Aborigine-Kunst durch weiße Geschäftemacher entgegen. Zeugnisse der zeitgenössischen Aborigine-Kunst und ihres traditionellen Hintergrundes sind in **"Dreamings - The Art of Aboriginal Australia"** zu sehen. In **"Boomalli - Five Koori Artists"** werden Aborigine-Künstler, Designerinnen und die Filmemacherin Tracey Moffatt vorgestellt. In der Video-Collage **"Benny And The Dreamers"** ist die Vermittlung des traditionellen "Story-Telling" an Aborigine-Kinder zu sehen. Sie wurde von der "Central Australia Aboriginal Media Association"(CAAMA), in Alice Springs produziert. CAAMA sendet heute über Satellit in Zentral-Australien regelmäßig Programme in mehreren Aborigine-Sprachen. Die gemeinsame Hauptforderung aller Aborigine-Organisationen lautet - jenseits bestehender politischer Differenzen - "Landrights now!". Rückgabe des gestohlenen Landes . Wie schwer es ist, diese Forderung gegen rassistische Politiker und Unternehmer in Australien durchzusetzen, ist in dem Film **"Couldn't Be Fairer"** dokumentiert. Die Bandbreite der neuen Filmproduktionen, von denen die meisten bislang noch nie in Europa zu sehen waren, überrascht. Sie reicht von Experimentalfilmen wie **"Poison"** bis zu der beißenden Satire **"Babakiueria"**. In einer fiktiven Reportage schildert darin eine Aborigine-Journalistin die Entdeckung von fettleibigen und biertrinkenden Weißen: sie bejubeln fremdartige Gewaltexzesse (beim Rugby), zelebrieren seltsame Fleischopfer auf primitiven Grillöfen (beim Picknick) und zerreißen regelmäßig totemistische Gebetszettel (nach Pferderennen). Trotzdem bleibt der schwarze "Minister für weiße Angelegenheiten" guten Mutes: "Wir werden den Weißen helfen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden...!" ★

von TeilnehmerInnen der Kurdistan-Delegation

Ungefähr 300 Menschen aus ganz Europa waren dem Aufruf der prokurdischen Demokratiepartei DEP, der Zeitung Özgür Gündem und des Menschenrechtsvereins IHD, der kurdischen Vereine in der BRD, von Bündnis 90 / Die Grünen, Medico International und Amnesty International gefolgt, zum Zeitpunkt des kurdischen Neujahrfestes Newroz und der Kommunalwahlen Ende März in die kurdischen Gebiete der Türkei zu reisen. Dort sollten die Delegationen die Situation vor Ort beobachten und durch ihre Anwesenheit der Bevölkerung einen Schutz vor befürchteten Massakern der türkischen Armee bieten. Mehr als 100.000 Soldaten waren zusätzlich in die kurdischen Aufstandsgebiete verlegt worden. Die politische und militärische Führung der Türkei hatte in den letzten Monaten keine Gelegenheit ausgelassen, die "Endlösung der Kurdenfrage" anzukündigen.

Eine süddeutsche Delegation mit 55 TeilnehmerInnen aus Stuttgart, Nürnberg, München, Karlsruhe und dem Saarland machte sich gemeinsam auf den Weg.

Wir überfliegen den Van-See ganz im Osten der Türkei - die Berge ringsherum sind schneebedeckt. Die Stadt Van, das erste Ziel unserer Reise taucht am Ende des Sees auf. Das Flugzeug setzt zur Landung an.

Verschlossene Türen. Der Bürgermeister von Van hatte vor einigen Tagen, im Einklang mit anderen Repräsentanten des türkischen Staates, erklärt, ausländische Beobachter während Newroz und der Kommunalwahlen seien unerwünscht. Eine Stunde bleiben die Türen vom Rollfeld in die kleine Flughalle dicht. Eine anschließende blumige Begrüßung durch den Vizegouverneur von Van erweist sich als Possenspiel. Der Umgang mit uns wird ruppiger. Eng zusammengedrängt verbringen wir die nächsten Stunden in der kleinen Flughafenhalle. Ein Pulk von etwa 20 Geheimpolizisten umlagert und beobachtet uns; obendrein werden wir permanent gefilmt. Verhandlungen mit Verantwortlichen beginnen, in denen immer neue Forderungen an die Delegation herangetragen werden. Die Pässe sollen abgegeben werden, wir sollen einen Haufen Fragen beantworten, z.B. was wir über die PKK denken, uns einem Gesundheitstest unterziehen ... Immer neue Bedingungen werden gestellt, um uns von einer Einreise abzuhalten. Währenddessen werden die uns belagernden Geheimpolzisten immer dreister und versuchen sich an drei unserer Dolmetscher und eine Journalistin von Özgür Gündem, die als einzige der Gruppe türkische Pässe haben, heranzudrängen. Getrennt von uns sollen sie "befragt" werden. Die Verhörmethoden der türkischen Polizei gegenüber unliebsamen türkischen Staatsangehörigen sind uns bekannt. Wir bilden einen Ring um unsere BegleiterInnen und schirmen sie von den Polizisten ab.

Diese werden aggresiver, fangen an zu schubsen, drohen Einzelnen von uns mit Schlägen. Es fällt ihnen offensichtlich schwer sich zurückzuhalten. Sie sind es gewohnt jeden Tag Leute zu verhaften, zu schikanieren und zu foltern.

Weil die Situation nach einigen Stunden Nerverei auf dem Flughafen zunehmend aussichtsloser wird, beschließen wir nach Istanbul zurückzufliegen. Die Situation in Van ist äußerst angespannt und wir können unseren Dolmetschern und der Gündem-Journalistin auf Dauer keinen Schutz bieten. Als wir schließlich wieder auf dem Rollfeld stehen, hageln noch einige Schläge und Tritte auf uns hernieder. Bald darauf sitzen wir wieder im Flugzeug auf dem Rückflug in Richtung Istanbul.

In unserem Hotel in Istanbul führen wir am nächsten Morgen eine Pressekonferenz durch, über die sowohl in der türkischen als auch der deutschen Presse ausführlich berichtet wird.

Wiederum einen Tag später machen sich 35 Leute erneut auf den Weg nach Diyarbakir. Ein anderer Teil der Delegation, u.a. die Dolmetscher mit türkischen Pässen, bleibt zurück in Istanbul, einige fliegen zurück nach Deutschland.

NEWROZ

Die erzwungene Rückkehr nach Istanbul verhindert, daß wir Newroz in Kurdistan verbringen. Wir erfahren jedoch nach und nach Bruchstücke der Geschehnisse an diesem Tag. In Istanbul finden in einigen Stadtteilen kleine Demonstrationen mit insgesamt 6000 TeilnehmerInnen statt. Von 500 Verhafteten wird uns berichtet. In anderen türkischen Großstädten finden Feiern mit bis zu 10.000 Menschen statt.

In Kurdistan ist die Situation äußerst angespannt und durch die massive Präsenz der Armee bestimmt. Die PKK hatte im Vorfeld die kurdische Bevölkerung dazu aufgerufen, Newroz zuhause zu feiern. Es kommt nur in wenigen Städten zu größeren Menschenansammlungen. An vielen Stellen flackern Newroz-Feuer auf, aber es sind hauptsächlich Kinder, die dieses Jahr auf den Straßen der kurdischen Dörfer und Städte zu sehen sind. Trotzdem kommt es zu Massenfestnahmen von Hunderten von Menschen. In der Kreisstadt Batman wird ein Stadtviertel von Panzern beschossen. In Hazro werden zwei Jugendliche kurz nach ihrer Festnahme erschossen, ein weiterer in Istanbul.

KURDISTAN

Drei Tage später als geplant, erreichen wir das Ziel unserer Reise - die kurdischen Gebiete. Die Schikanen und Behinderungen durch die türkische Armee sind damit nicht beendet.

Unsere Reisefreiheit bleibt während der gesamten Dauer unseres Aufenthalts eingeschränkt. Große Teile Kurdistans, der äußerste Osten, entlang der türkisch-iranischen Grenze, der Südosten um Cizre und Sirnak und auch im Nordwesten die Dersim-Region sind für die Delegationen im Wesentlichen gesperrt. In diesen bergigen Gebieten ist die Guerilla besonders stark, das Militär führt nach unseren Informationen großangelegte Militäroperationen durch. In der Umgebung von Diyarbakir wird uns verwehrt, Gebiete zu besuchen, aus denen uns von laufenden Bombardierungen und Zerstörungen durch die türkische Armee berichtet wird. Endlose Verhandlungen in zahlreichen Militärstationen ändern daran nichts. Gruppen, die sich nicht an die Anweisungen des Militärs halten, werden auch mit Gewalt zurückgewiesen. Stundenlange Festsetzungen in Hotels und Kasernen,



Alle Fotos: Wolfgang Opferkuch

REISEBERICHT KURDISTAN

Drohungen und Festnahmen - die Grenzen unserer Bewegungsmöglichkeit sind eng gezogen. Während der ganzen Zeit werden Menschen mit türkischen Pässen, die uns begleiten, die Dolmetscher und Fahrer der Delegationen, sowie die türkischen und kurdischen Journalisten massiv bedroht. Sie müssen jederzeit mit ihrer Verhaftung rechnen.

Mitglieder der Demokratiepartei DEP, des Menschenrechtsvereins IHD und der Zeitung Özgür Gündem, auf deren Einladungen wir nach Kurdistan gereist sind, sind in der Zeit vor und während unserer Anwesenheit einer massiven Repression ausgesetzt. Der ehemalige Vorsitzende des IHD in Van, Javuz Binbay, wurde wenige Wochen vor unserer Ankunft auf offener Straße angegriffen und schwer verletzt. Der gegenwärtige Vertreter will uns am Flughafen abholen, wird jedoch vorher festgenommen. Auch in Diyabakir das gleiche Bild. Wenige Tage vor unserer Ankunft wird das dortige IHD-Büro sowie Privatwohnungen von einzelnen Mitgliedern durchsucht. Einige von ihnen werden verhaftet. Andere, wie auch der Vorsitzende des IHD, können untertauchen und sich somit ihrer Verhaftung entziehen. Auch die DEP und Özgür Gündem sind der staatlichen Repressionswelle ausgesetzt. Viele ihrer Mitarbeiter sind in Haft, andere ermordet. Die Konterguerilla, Todesschwadrone, die von der Armee gedeckt werden bzw. in deren Auftrag handeln, erledigen dieses dreckige Geschäft. Allein in Diyarbakir werden jeden Tag mehrere Menschen von ihnen umgebracht. Gespräche mit VertreterInnen der prokurdischen Organisationen sind nur eingeschränkt möglich.

Die Kontaktaufnahme mit der kurdischen Bevölkerung ist ebenfalls nur bedingt und unter größten Schwierigkeiten möglich. Jeder Kontakt mit uns kann für die beteiligten KurdInnen lebensgefährlich sein. Teilweise werden Menschen, die mit DelegationsteilnehmerInnen sprechen, direkt anschließend verhaftet. Ein Satz, den wir immer wieder hören, lautet: "Wir möchten gerne mit euch reden, aber wir trauen uns nicht." Die Menschen in Kurdistan wissen, was sie von den Geheimpolizisten zu erwarten haben, die uns wie ein Schatten folgen. Wir beginnen Gespräche nur, wenn wir unbeobachtet sind oder wenn Menschen von sich aus, auf uns zukommen. Trotz aller Bedrohung werden wir oft freundlich gegrüßt, einige Menschen erzählen ausführlich ihr Schicksal, Briefe werden uns heimlich zugesteckt.

Nachdem wir in Diyarbakir angekommen sind, organisieren wir Fahrten in die Umgebung. Wir fahren mit Kleinbussen (Dolmus), mit Platz für jeweils 10-15 Personen. Die Grupper

setzen sich aus den unterschiedlichen Delegationen zusammen, die sich zu dieser Zeit erzwungenermaßen fast alle in Diyarbakir befinden.



Fahrt in die Region von Mazidagi

Am nächsten Tag plant eine Gruppe wieder nach Lice aufzubrechen. Die Busfahrer weigern sich jedoch, weil den Fahrern von gestern von der Polizei mit dem Entzug ihrer Fahrerlizenzen gedroht wurde. Sie halten es für zu gefährlich und unmöglich in Gebiete zu gelangen, in denen die Armee gerade Angriffe durchführt. Nach einigem Überlegen geht es schließlich gegen 10 Uhr mit 2 Dolmus' los in Richtung Süden, in die Region von Mazidagi. Auch hier sollen in den letzten Tagen Militäroperationen stattgefunden haben, bei denen Dörfer zerstört wurden.

Eine Gruppe von uns, die zwei Tage zuvor in der gleichen Gegend unterwegs war, durfte die Hauptstraße nach Mardin nicht verlassen, weil es zu gefährlich sei. Das Militär könne unseren Bus nicht von anderen unterscheiden und deshalb würden wir vielleicht beschossen - so lautete die Erklärung des Kommandanten einer Militärstation, wo wir gestoppt worden waren. Trotzdem wurden wir vor 2 Tagen noch Augenzeugen eines Militäreinsatzes. Auf dem Rückweg nach Diyabakir, sahen wir eine Gruppe von ungefähr 30 Soldaten in breiter Front, mit Gewehren im Anschlag, das Dorf Asagikonak stürmen. Die allseits eingesetzten BTR-60-Panzer-Panzer und weitere Soldaten sicherten das Dorf zur Straße hin ab.

Heute erfahren wir von einem Bauern, der in Asagikonak wohnt, daß eine Razzia durchgeführt wurde. Nach seinen Angaben sind die Soldaten ohne etwas zu finden wieder abgezogen.

Auf dem Weg nach Mazidagi sehen wir immer wieder einzelne Militärfahrzeuge und kleinere Einheiten. In Asagikonak wird ein neuer Militärposten gebaut. Wir zweigen von der Hauptstraße, die weiter nach Mardin führt, Richtung Mazidagi ab und halten nach einigen Kilometern an. Drei Bauern mit einem Traktor bleiben in unserer Nähe stehen. Sie erzählen uns, daß auch hier in der Gegend viele Dörfer zerstört sind. Anderen wurde mit der Zerstörung gedroht, falls sie nicht mit der türkischen Armee kollaborieren. Die Dorfbevölkerung wird hier, wie im gesamten kurdischen Gebiet von der Armee aufgefordert sich dem sogenannten "Dorfschützersystem" anzuschließen. Die Dorfschützer werden vom türkischen Staat bezahlt und bewaffnet. Sie sollen Aktivitäten der Guerilla bzw. deren Unterstützung durch die Landbevölkerung denunzieren und werden auch direkt an Kämpfen beteiligt. Viel erfahren wir nicht darüber, wie wirkungsvoll dieses System im Sinne der türkischen Armee funktioniert. Die meisten Dörfer lehnen trotz damit verbundener massivster Repressalien ab.

Die Bauern, mit denen wir sprechen, weisen uns auf das zerstörte Dorf Tavisi, ganz in der Nähe, hin. Es liegt wenige Hundert Meter abseits der Straße. Während wir überlegen, ob wir einen Feldweg, der zum Dorf führt benutzen können - viele Dörfer werden nicht nur zerstört sondern anschließend auch vermint - kommt uns aus Richtung des Dorfes ein Traktor entgegen. Der Weg ist also sicher, wir können näher an das Dorf heranfahren. Tavisi bestand früher aus ca. 30 Häusern. Fast keins ist unversehrt. Die Zerstörungen weisen auf den Einsatz von schwerer Artellerie bzw. Panzern hin. Nur die kleine Moschee und ein auffällig modernes, großes Haus am Ende des Dorfes sind erhalten geblieben. Offensichtlich scheint hier ein "Dorfschützer" mit den Soldaten gemeinsame Sache gemacht zu haben.

Kurz wird uns die Geschichte des Ortes erzählt. Drei Häuser im Dorf wurden bereits vor einem halben Jahr zerstört, weil ihre Bewohner angeblich PKK'ler gewesen seien. Das Ortsschild von Tavisi wurde daraufhin mit dem Spruch "Kurdistan wird das Grab der Faschisten sein. Es lebe die PKK" beschriftet. Kurz darauf, vor etwa zwei Monaten, wurde das Dorf fast vollständig in Schutt und Asche gelegt.

Da in der Zeit unseres Aufenthalts einige Autos mit Geheimpolizisten oder Dorfschützern an uns vorbeigefahren sind, beschließen wir weiter in die Kreisstadt Mardin zu fahren. An einer Militärstation, an der wir schon vor zwei Tagen gestoppt wurden, ist auch heute ein längerer Aufenthalt angesagt. Wieder werden in einer endlosen Prozedur alle unsere Namen und Berufe sowie die Kennzeichen der Busse auf-





genommen. Diese werden zur Kommandatur durchgefunkt.

Während unserer Zwangspause passiert ein Militärkonvoi, bestehend aus 24 MAN-LKW den Kontrollposten. 2 Materialwagen sind darunter. Ansonsten sind die Pritschen der Lastwagen vollbesetzt, mit jeweils ca. 25 Soldaten. Sie sind bewaffnet mit Gewehren und haben offensichtlich alte NVA-Helme auf dem Kopf - auch dies Teil deutscher Militärhilfe. Sie sitzen ziemlich durcheinander, mit abgespannten Gesichtern teilweise auf den Bänken teilweise auf dem Boden. Kommen sie von einem Einsatz in den letzten Tagen?

Vor unserer Weiterfahrt erhalten wir die Anweisung nicht von der Hauptstraße Richtung Mardin abzuweichen. Unser Kommen ist einigen Kontrollposten längs der Strecke gemeldet worden. Passieren wir diese nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit, wird eine Suche nach uns eingeleitet.

Militär überall - auch in der Kreistadt Mardin ist dies nicht anders. Mardin liegt an den Hängen eines Berges, der die Ebene, die sich nach Süden Richtung Syrien erstreckt, weit überragt. Auffällig auf der Bergspitze sind drei riesige Kugeln. Sie sind Teil eines NATO-Horchpostens und einer Radaranlage, über die beipsielsweise im Golfkrieg die Einsätze der NATO-Bomber gegen irakische Dörfer und Städte geleitet wurden. Bevor wir die Altstadt erreichen, fahren wir an großen Wohnsiedlungen für Militärs - die u.a. an ihrer Absicherung mit Sandsäcken und Absperrgittern zu erkennen sind - und an einer Militärkaserne vorbei. Auf der Hauptstraße flanieren viele Uniformierte. Die uns mittlerweile bekannten Dreiergruppen von Geheimpolizisten stehen an jedem Eck. Die Geschäfte machen einen relativ modernen Eindruck.

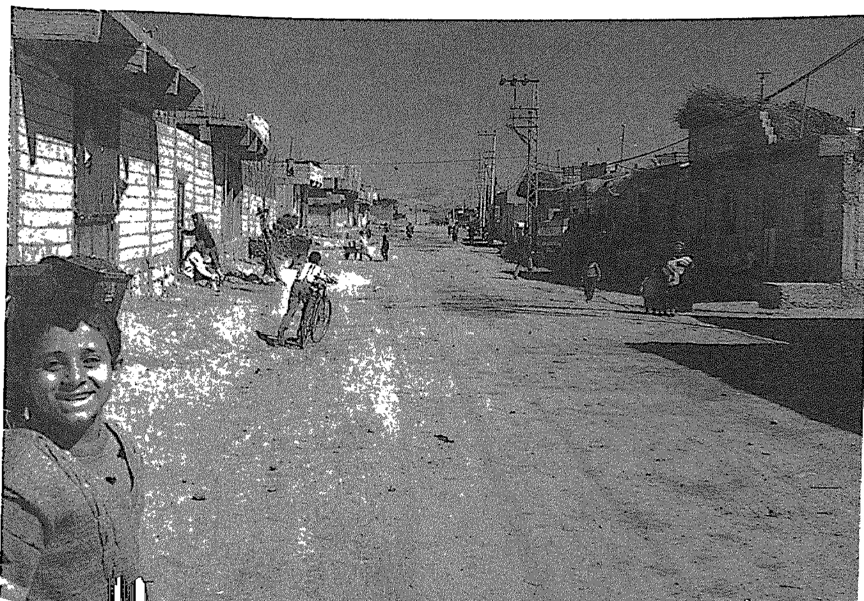
Wir teilen uns auf und machen kurze Rundgänge durch die Stadt. Über schmale Gassen und Treppen steigen wir in das ehemalige arabische Wohnviertel hinauf. Es sind wenig Menschen vor den Häusern. Die wenigen, denen wir begegnen, mustern uns neugierig und freundlich. Bei einem kleinen Gemüseladen fangen wir eine kurze Unterhaltung mit einem Mann an. Wir verstehen ihn nicht und er uns auch nicht. Trotzdem zeigt er uns, daß wir willkommen sind. Fast immer während unserer Reise treten uns die Menschen äußerst freundlich gegenüber.

Einige von uns werden bei ihrem Bummel durch Mardin zu einer kurdischen Hochzeit eingeladen. Sie werden gleich aufgefordert mitzutanzen - Tücher in den verbotenen kurdischen Farben werden geschwenkt. Ein Mann zeigt seine Folterspuren. Als die Polizei, die schon vorher vor der Eingangstür postiert war, anfängt die Leute zu kontrollieren, schiebt eine kurdische Frau die Deutschen schnell raus auf die Straße. Wir fahren zurück nach Diyarbakir.

Wie lange wird es dauern bis hier alle Menschen aus ihren Dörfern vertrieben sind - die Wenigen, die mit der türkischen Armee zusammenarbeiten, vielleicht ausgeschlossen. Das Ausmaß der Zerstörungen übertrifft bei weitem die Vorstellungen, die wir uns vor unserer Fahrt gemacht haben. Etwa 1500 Dörfer sind bereits zerstört, allein 800 davon im letzten Jahr. Viele Kreisstädte, wie beispielsweise Lice waren darunter. Tausende Menschen wurden getötet, Zehntausende sitzen in türkischen Folterknästen, Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat vertrieben. Es ist für nur schwer zu verstehen, woher die Menschen überhaupt noch die Kraft nehmen, sich dem Kampf mit dem türkischen Staat, mit seiner immensen Militär- und Foltermaschinerie, zu stellen. Die Zivilbevölkerung ist in den Gegenden, die wir bereisen, jeder Militäroperation hilflos ausgeliefert. Es ist nicht davon auszugehen, daß Guerillaeinheiten hier die Macht haben, das Militär zurückzudrängen.

In dieser flachen bzw. leicht hügeligen Gegend, wo es kaum einen Unterschlupf im Gelände gibt, können sich Einheiten der Guerilla kaum außerhalb der Dörfer und Städte verstecken. Trotzdem kommt es immer wieder zu Aktionen und auch die Nervosität der türkischen Militärs ist offensichtlich.

Die Stärke der Guerilla muß in ihrer breiten Verankerung bei der Bevölkerung liegen. Daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf Seite der Guerilla steht, wird immer wieder in Gesprächen deutlich. "Die PKK ist das Volk, die PKK ist die Hoffnung des Volkes" - Sätze, wie diese hören wir immer wieder, etwas Gegenteiliges haben wir kein einziges Mal vernommen. Nur daß die Menschen Frieden



wollen und die türkische Armee mit ihren Waffen verschwinden soll.

Flüchtlingssiedlung in Diyarbakir

Millionen Menschen mußten während der letzten Jahre aus ihrer Heimat fliehen. Die Zukunft der meisten sind die Flüchtslingslager und -siedlungen am Rand der türkischen und kurdischen Großstädte. Für Istanbul wird geschätzt, daß mehr als 2 Millionen Menschen in diesen Siedlungen leben. Diyarbakir, ist in den letzten 2 Jahren von 350.000 Einwohnern auf eine Größe von ungefähr 1.500.000 angewachsen. Hunderttausende leben ohne jegliche staatliche Unterstützung in Vierteln, die buchstäblich über Nacht aus dem Boden sprießen. Auf türkisch heißen diese Siedlungen "Gecekondus" - wörtlich übersetzt "Über Nacht gebaut". Dies geht auf alte osmanische Gesetze zurück, nach denen Häuser, die über Nacht gebaut werden, nicht abgerissen werden dürfen.

In einer kleinen Gruppe besuchen wir das Gecekondu Seyrantepe am Stadtrand von Diyarbakir. Zunächst weisen uns zwei ältere Männer wieder zurück. Von anderen Bewohnern werden wir, nach einigen Erklärungen, was wir wollen und wer wir sind, schließlich aufgefordert das Gecekondu anzuschauen. Im Gegensatz zu anderen Lagern, die teilweise reine Zeltstädte sind, besteht Seyrantepe fast ausschließlich aus gemauerten Häusern. Aber auch in dieser Siedlung, die bereits seit etlichen Jahren besteht, gibt es keine Kanalisation, die Abwässer fließen zwischen den Häusern. Ein Hügel am Rand der Häuser ist mit ungezählten Gräbern bedeckt. Es ist bekannt, daß die Sterblichkeit, aufgrund von Hunger, von Seuchen und Krankheiten, angesichts völlig fehlender öffentlicher Gesundheitsversorgung, in den Gecekondus sehr hoch ist.

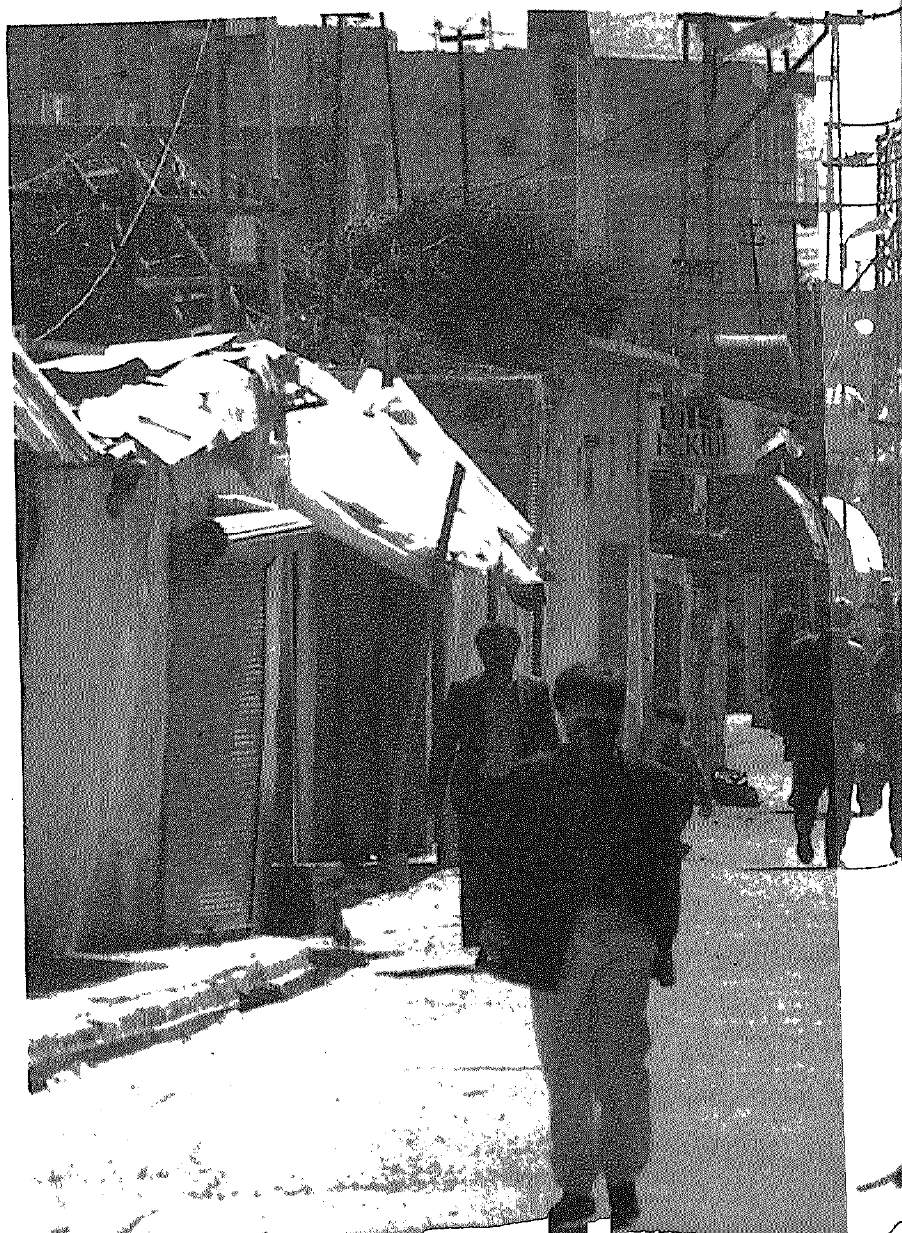
Allein in den Bau einer pompösen Moschee über dem Friedhof wird offensichtlich viel Geld gepumpt. Dieser Bau spiegelt den wachsendenden Einfluß des Islam in der Türkei wieder. Das türkische Regime setzt seit einigen Jahren auf eine vom Staat kontrollierte islamische Bewegung, um die Unzufriedenheit der türkischen und kurdischen Massen, zu kanalisieren. Daß damit in den kurdischen Gebieten viel Land zu gewinnen ist, wagen wir zu bezweifeln.

Auch in Seyrantepe haben wir den Eindruck, daß die BewohnerInnen ihr Zusammenleben, das Menschen aus vielen verschiedenen Gegenden zusammengeführt hat, gemeinsam organisieren. Ohne ein hohes Maß von Zusammenhalt, ohne gegenseitige Hilfe und ohne eine Unterstützung von KurdInnen und kurdischen Hilfsorganisationen aus ganz Europa hätten viele der Flüchtlinge keine Chance zu überleben. Die meisten haben keinerlei Einkommen. Die Menschen in Kurdistan waren und sind fast völlig von der Landwirtschaft abhängig. Einige fahren, wie wir hören, auch von hier täglich weite Strecken zu den Feldern, die sie seit jeher bestellt haben. Einige können ein bißchen Geld mit Straßenhandel verdienen, ansonsten bleiben kaum Möglichkeiten. In Diyarbakir, der größten Stadt Kurdistans, gibt es keine Industrie. Die einzige Fabrik, eine Schnapsfabrik, ist seit längerer Zeit geschlossen.

Nach kurzen Gesprächen mit einigen Bewohnern, und nachdem uns eine ständig wachsende Schar von Kindern ihre Schule gezeigt hat, verlassen wir Seyrantepe. Über uns kreist bereits ein Armeehubschrauber. Von einem Mann wird uns noch ein Brief zugesteckt, der eine Liste von Verschwundenen aus zwei zerstörten Dörfern enthält. Wir werden gebeten, die Liste an Menschenrechtsorganisationen in Europa weiterzuleiten.

Aktion vor dem Knast in Diyarbakir

Allein in Diyarbakir sitzen 12 MitarbeiterInnen von Özgür Gündem in Gefängnis. Insgesamt sind derzeit 30 MitarbeiterInnen dieser wichtigsten prokurdischen Zeitung inhaftiert. Gegen sie laufen Verfahren wegen Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in einer



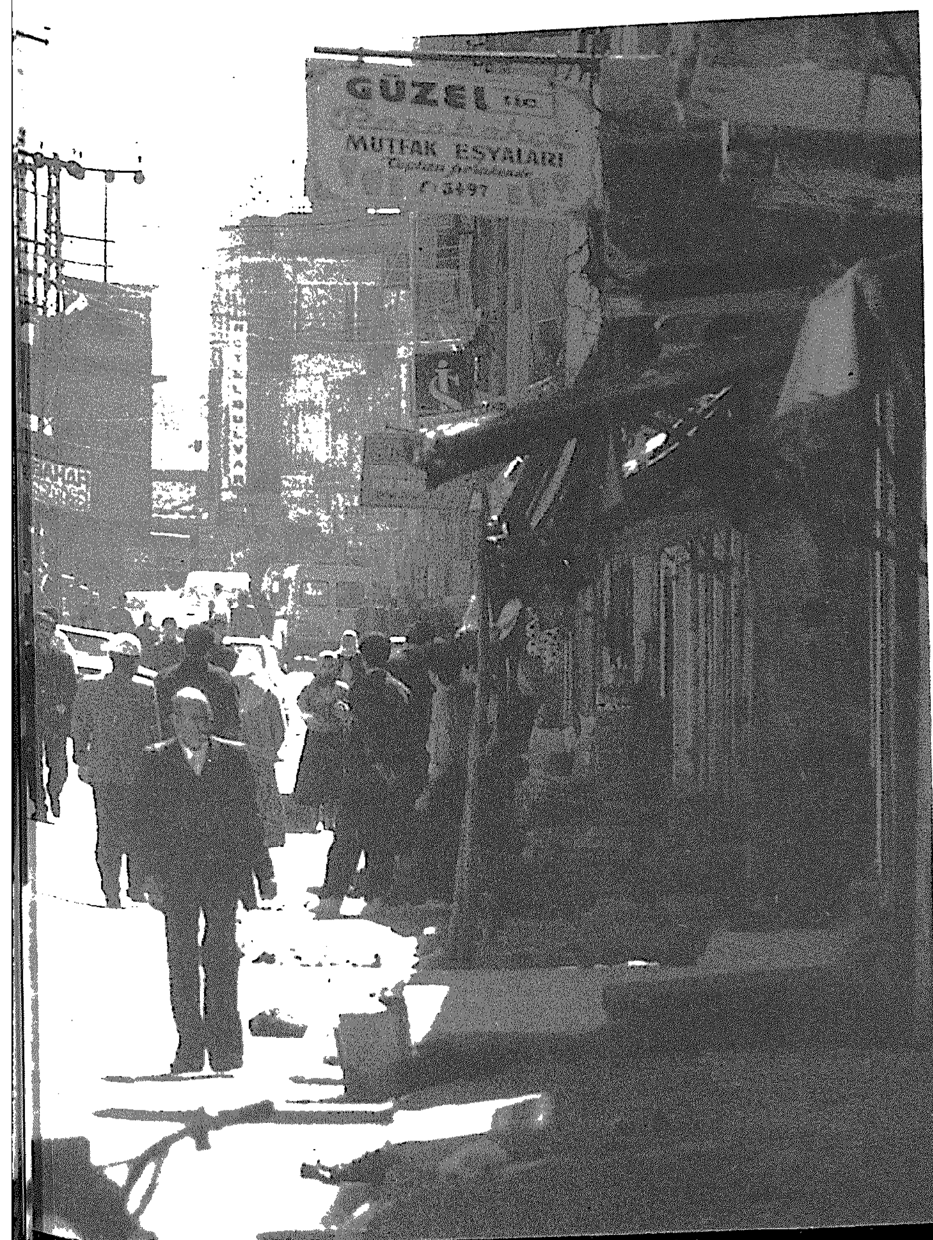
seperatistischen, terroristischen Vereinigung - der PKK. Insgesamt sitzen schätzungsweise 20.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei.

Ein Beispiel für die Verhafteten ist der Gündem-Journalist Orhan Cabuk. Er recherchierte über den Bau einer neuen Militärstation in der Kleinstadt Hazro, nordöstlich von Diyarbakir. Weil keine Baufirma und kein Arbeiter diesen Auftrag ausführen wollte, ließ der örtliche Kommandant bei Razzien in der Umgebung 40 Männer festnehmen und in einem gesonderten Lager einsperren. Tagsüber werden sie unter bewaffneter Bewachung gezwungen, die Station zu bauen. Nach der Veröffentlichung dieser Vorfälle in Özgür Gündem wurde Orhan Cabuk in Istanbul verhaftet und gefoltert. Nach 10 Tagen wurde er nach Hazro überstellt, wo er weiter gefoltert wurde und beim Bau der Militärstation mitwirken mußte. Nach 20 weiteren Tagen in Hazro wurde er in's Militärgefängnis in Diyabakir verlegt.

VertreterInnen der in Diyabakir anwesenden Delegationen suchen den Republikstaatsanwalt Kazirga und als dieser sich für unzuständig erklärt, den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgericht's Selcuk auf, um eine Besuchserlaubnis bei den inhaftierten Gündem-Mitarbeitern zu fordern. Wie erwartet, wird diese Erlaubnis nicht gegeben.

Anschließend fahren 60 Leute von den Delegationen vor das Gefängnis. Vor dem Tor stehen viele Frauen, die Angehörige besuchen wollen. Im Gefängnishof sind jede Menge Geheimpolizisten und Soldaten zu sehen. Ein BTR-60-Panzer steht ebenfalls bereit. Nach wiederum erfolglosen Verhandlungen mit der Gefängnisleitung werden den anwesenden Frauen die mitgebrachten Geschenke und Grüße an die Gefangenen übergeben. Die Frauen erzählen, daß sie für eine Stunde Besuch vier bis fünf Stunden warten müssen. Durch Gitter und Zäune sind sie von ihren Angehörigen getrennt. Sie erzählen von Terror und Folter im Gefängnis, z.B. daß den Gefangenen Fingernägel ausgerissen werden ...

Für KurdInnen würde eine solche Demonstration ihre sofortige Festnahme bedeuten. Von unserer Delegation ist die Aktion ein kleines Zeichen der Solidarität mit den vielen Inhaftierten in türkischen Gefängnissen. Direkt bewirken können wir natürlich nichts.

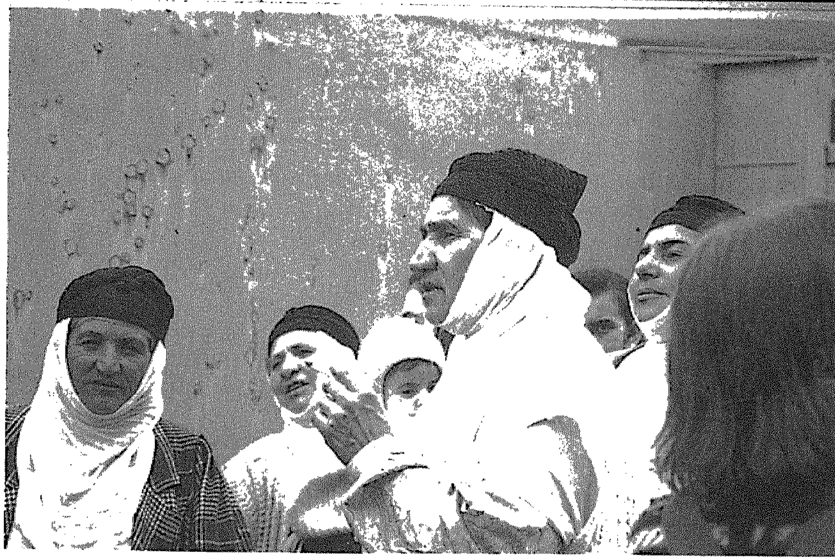


DIE KOMMUNALWAHLEN

Die Wahlen im kurdischen Teil der Türkei waren in den Wochen und Monaten zuvor von einer massiven Hetze und Repression gegen die prokurdische Demokratiepartei (DEP) bestimmt. Die DEP tritt als einzige Partei in der Türkei für das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen ein und versucht deren Interessen zu vertreten. Den KandidatInnen der DEP wurde in den kurdischen Gebieten ein überwältigender Wahlerfolg vorausgesagt.

Zahlreiche DEP-Mitglieder, darunter fast alle KandidatInnen für die Kommunalwahlen, wurden im Vorfeld der Wahlen festgenommen. Die DEP-Zentrale in Ankara sowie sechs weitere Parteibüros wurden durch Bombenanschläge zerstört. Viele Büros wurden vom Militär geschlossen. Der DEP-Generalsekretär Bozlak wurde vor seiner Wohnung erschossen und weitere 7 Parteimitglieder von Todesschwadronen getötet. 6 DEP-Abgeordnete aus dem türkischen Parlament wurden verhaftet... Der DEP war es unter diesen Bedingungen unmöglich zur Wahl anzutreten. Sie rief wie auch die PKK zum Wahlboykott auf. Angesichts einer Wahlpflicht in der Türkei und massiver Drohungen von Seiten der Armee, daß Dörfer, deren BewohnerInnen nicht wählen gehen, zerstört werden, war die Lage sehr angespannt. Einige Dörfer, in der Nähe von Sirnak und Cizre, werden bereits am Wahltag selbst von Flugzeugen bombardiert. Die Namen von 48 Toten sind bereits am nächsten Tag bekannt. Hunderte sind verletzt.

Die Delegationen aus Diyabakir verteilen sich zur Beoachtung der Kommunalwahlen auf zahlreiche Städte und Dörfer, die irgendwie erreichbar scheinen. Ein Teil unser Delegation fährt an die türkisch-syrische Grenze nach Nus-



saybin, ein anderer Teil nach Gürpinar, einem kleinen Dorf in der Nähe der Kreisstadt Mardin.
Gürpinar, eine Ansammlung von 30 zum größten Teil zerstörten Häusern, ist als Wahlort für 7 umliegende Dörfer vorgesehen. Die Menschen kommen, jedes Dorf für sich, zur Wahl. Eine eigene Wahlurne wird auf einem Esel vorangetragen. Militär ist auf vielen Dächern und vor dem Wahllokal, einer kleinen Schule, die am Morgen aufgebrochen wurde, postiert. Anfänglich wollen sich die Militärs nicht auf eine Beobachtung der Wahl einlassen; nach längeren Wortgefechten willigen sie unter der Bedingung ein, daß keine Militärfahrzeuge photographiert werden und kein Delegationsmitglied sich dem Wahllokal nähert. Aufgrund der permanenten Beobachtung durch ringsherum stehende Soldaten sind nur sehr kurze Gespräche möglich. Eine Frau erzählt: "Wir kommen unter Druck. Sie haben uns hierher getrieben. Wir wollten nicht zu den Wahlen kommen, wir mußten hierher. Unser Dorf ist voll mit Soldaten. Sie warten auf unsere Rückkehr. Wir haben Angst. Bitte helft uns! Die Soldaten sagen, entweder ihr wählt oder wir zünden euer Dorf an ... Wir wollen euch noch ganz viel erzählen, aber wir trauen uns nicht." Eine andere Frau beschreibt den Wahlvorgang: "Sie streichen uns stinkendes Zeug auf unsere Finger und ein Soldat führt unsere Hand."

Nussaybin ist eine der Städte, in denen vor einigen Jahren die Volksaufstände begannen. Aufgrund vieler militärischer Übergriffe ist etwa die Hälfte der früher 40.000 Menschen zählenden Bevölkerung mittlerweile geflohen.

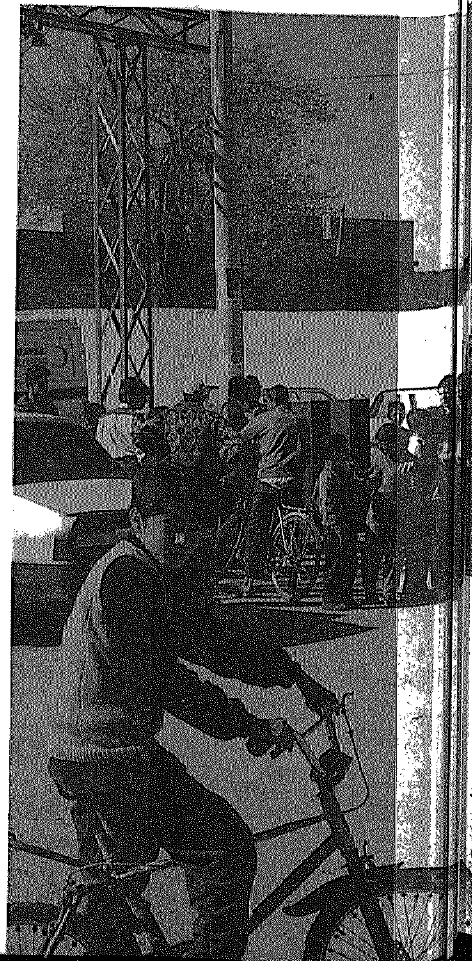
Gleich nach unserer Ankunft wird uns eine Nachricht zugesteckt, später noch eine zweite. Wir werden willkommen geheißen. Wir erfahren, daß der Menschenrechtsverein in Nussaybin geschlossen ist, daß die meisten Menschen die Wahl boykottieren werden, weil die DEP nicht kandidieren kann und daß zum Zeichen des Boykotts am nächsten Tag die Läden geschlossen sein werden. Außerdem werden wir darauf hingewiesen, daß die Menschen nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße gehen, weil es dann zu gefährlich ist.

Abends bekommen wir in unserem kleinen Hotel Besuch vom örtlichen Kaymakan (Landrat), dem Polizeichef und ihren schwerbewaffneten Leibwächtern. Ihre Gesprächsversuche werden von uns nicht erwidert. Es ist für uns zunehmend unerträglich, immer wieder freundlich mit diesen Schergen eines Völkermordregimes zu sprechen. Uns wird erklärt, daß wir morgen den ganzen Tag von Zivilpolizisten begleitet würden und nicht auf die Dörfer in der Umgebung fahren dürften. Die Zahl der Wahlberechtigten, der Wahllokale und der Kandidaten wird uns mitgeteilt und auf unsere Nachfrage erklärt, daß die Läden morgen offen seien.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Bazar und die meisten anderen Geschäfte sind am Wahltag geschlossen. Es sind viel weniger Menschen auf den Straßen als am Tag zuvor. In kleinen Gruppen bewegen wir uns durch die Stadt und machen dabei 5 Wahllokale ausfindig. An ihren Eingängen sind Bewaffnete postiert. Es gibt, für kurdische Verhältnisse, relativ wenige Uniformierte auf den Straßen, dafür jagen permanent Autos mit Geheimpolizei oder Soldaten in Zivil die Straßen auf und ab.

Wir haben es uns erspart zu zählen, wieviel Menschen in die Wahllokale gehen, aber daß es nicht viele sind, ist deutlich zu sehen. Was für eine Rolle spielt es bei diesen Wahlen auch schon, ob 50, 70 oder 90 % nicht wählen gehen. Es ist bezeichnend, daß nach der Wahl keine offiziellen Statistiken mit der Wahlbeteiligung der einzelnen Orte veröffentlicht werden. Der gewählte Bürgermeister von Diyabakir, ein Kandidat der islamischen Refah Partisi, ist mit offiziell 30.000 Stimmen gewählt worden - ein Vertreter der Bevölkerung ist er in dieser Stadt mit ca 1.500.000 EinwohnerInnen sicher nicht.

Ein ganzer Schwarm von Geheimpolizisten versucht uns in Nussaybin auf Schritt und Tritt zu beschatten. Besonders unsere Spaziergänge durch die äußeren Wohngebiete Nussaybins gefallen ihnen garnicht. Von den Leuten auf der Straße, fast ausschließlich alte Menschen oder Kinder, werden wir



ununterbrochen freundlich gegrüßt. Eine immer größer werdende Schar von Kindern begleitet uns in einem regelrechten Umzug. Sie lassen sich auch nicht davon abbringen, als immer mehr Autos der Geheimpolizei um uns kreisen und letzten Endes noch ein Panzer in geringem Abstand hinter uns herfährt. Noch am Abend, in unseren Hotelzimmern, hören wir von den Straßen Zurufe der Kinder. Für sie war der Tag ein Spektakel. Bei uns bleibt ein zwiespältiges Gefühl. Natürlich haben wir uns gefreut, über die herzliche Aufnahme, die wir von den Menschen hier gespürt haben. Am Wahltag gab es in Nussaybin, vielleicht aufgrund unserer Anwesenheit keine Übergriffe durch das Militär. Aber was ist das für eine Hilfe, wenn wir nach einem Tag wieder abreisen -und die tagtägliche Unterdrückung unvermindert weitergeht. Je enger der Kontakt mit den Menschen hier wird, um so mehr bleibt ein bitteres Gefühl bei unserer Abreise.

WAS BLEIBT ?

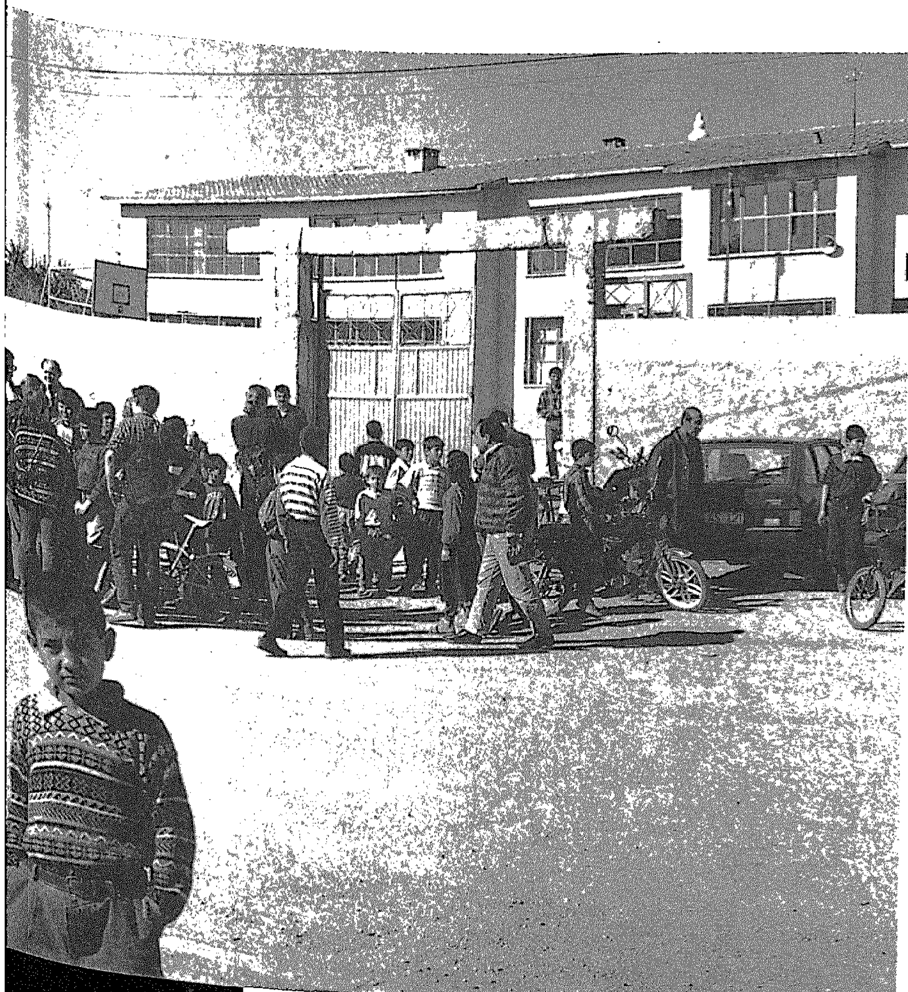
Wir verlassen Kurdistan am Tag nach den Wahlen, nach einer Woche Aufenthalt. Natürlich haben wir vieles dabei nicht gesehen. Wie auch - angesichts der permanenten Behinderungen durch türkische Militärs. Auch viele Fragen, die wir im Gepäck hatten, konnten wir niemandem stellen. Trotzdem haben wir das Gefühl, sehr viel gesehen und genug erlebt zu haben, um den Krieg, der gegen die gesamte kurdische Bevölkerung geführt wird, besser begreifen zu können. Wir haben ein Ausmaß an Verwüstung und systematischer Zerstörung gesehen, das für uns vorher nicht vorstellbar war. Und wir haben ein Gefühl dafür bekommen, wieso die türkische Armee mit 500.000 Soldaten, vollgestopft mit Waffen und Geld aus aller Welt, es nicht schafft, ihr Regime zu sichern: weil die Menschen in Kurdistan wissen, wofür sie kämpfen, weil sie einen enormen Mut, eine Entschlossenheit und einen Willen haben, sich nicht unterkriegen zu lassen und auf ihrem Recht nach Selbstbestimmung zu bestehen.

Was wir in Kurdistan gesehen haben, ist für uns natürlich auch eine Aufforderung, hier in Deutschland, Solidarität in die Tat umzusetzen.

Der Krieg in Kurdistan wird von der türkischen Armee, den türkischen Medien, der türkischen Regierung geführt. Aber auch die BRD ist längst zur Kriegspartei geworden. Kein anderes Land unterstützt die Türkei bei ihrem Völkermord gegen die KurdInnen mehr als Deutschland. Gerade in Zeiten, in denen deutsche Großmachtspläne, wieder am Blühen sind, ist die Türkei als abhängiger NATO-Partner von strategischer Bedeutung. Die Türkei mit Kurdistan ist das Sprungbrett in den Nahen Osten und in die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Mit den Oberläufen von Euphrat und Tigris liegt der "Wasserhahn" für den gesamten Nahen Osten in Kurdistan. Daß dies als Waffe gegen andere Länder eingesetzt werden kann, darauf haben türkische Politiker schon oft hingewiesen. Auch die Erdölvorkommen sind beträchtlich. Die Mittel der Unterstützung des Völkermords in Kurdistan durch die BRD sind vielfältig.

Wir können nur schätzen, wieviele der Waffen der türkischen Armee deutschen Ursprungs sind, bzw. in deutscher Lizenz hergestellt werden. Als untere Grenze haben wir die Hälfte aller Waffen angenommen. Waffen, die einem auf Schritt und Tritt begegnen: MAN-LKW's und Unimogs, BTR-60- und Leopard-Panzer, deutsche Schützen- und Mannschaftstransportpanzer, G-3 Gewehre, alte NVA-Uniformen und Helme ... Die Menschen in Kurdistan werden wissen, warum sie sagen, der Krieg wäre in einem halben Jahr vorbei, wenn diese Waffenlieferungen nicht wären. Es ist ein Hohn und eine Unverfrorenheit ohnegleichen, wenn von der deutschen Regierung der Einsatz dieser Waffen im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung nachwievor geleugnet wird. Genau um diesen Krieg zu führen, werden sie nach Kurdistan geliefert.

Die Türkei ist auch wegen der enormen Kriegskosten mittlerweile ein bankrottes Land. Ohne finanzielle und wirtschaftliche Hilfe aus Deutschland und anderen westlichen Industrielän-



dern könnte sie sich nicht länger halten. Das Geld, das aus Torurismusgeschäften - die meisten TouristInnen sind Deutsche - die Kassen des türkischen Staates füllt, stellt mittlerweile die größte Deviseneinnahmequelle des Landes dar. Das Geld aus Tourismussondersteuern fließt teilweise direkt in den Militäretat.

Auch auf politischer Ebene ist Deutschland der wichtigste und verläßlichste Helfer der türkischen Generäle. Das Verbot der PKK und 35 weiterer Vereine Ende letzten Jahres und das Verbot der Newroz-Feiern dieses Jahr entsprechen voll und ganz den Forderungen der türkischen Regierung. Die Hetze, die sich an einige Autobahnblockaden und an die Selbstverbrennung einiger KurdInnen in deutschen Medien angeschlossen hat, ist mit der türkischen Kriegspropaganda vergleichbar. Menschen, die eine Autobahn blockieren werden im Handumdrehen zu Terroristen - die Leier muß nur oft genug wiederholt werden. Abschiebungen von KurdInnen in die Türkei, in ein Land, in dem eingestandenermaßen gefoltert wird, erscheinen im Sinne der menschenverachtenden Politik von Kohl, Kinkel und Kanther nur folgerichtig.

Die KurdInnen haben die Gewalt nicht nach Deutschland gebracht, sondern Deutschland den Krieg nach Kurdistan.



Anarchafeministinnen:

Offener Brief an den Genossen Horst Stowasser

Moin Horst,

auf dem Anarchafeministinnentreffen Anfang Oktober 1993 haben wir in einer AG Sprachverhalten und -entwicklung den Sprachstil Deiner Veröffentlichungen thematisiert. Wir, das sind Anarchafeministinnen aus dem ganzen bunten Gebiet.

In Deinem Buch *"Leben ohne Chef und Staat"* hast Du im Nachwort begründet, warum Du keiner einzigen Anarchistin oder anarchistischen Frauenbewegung einen längeren Abschnitt oder ein Porträt gewidmet hast und warum Du keine weiblichen Formen verwendest.

Zitat:

"Neun Nachbemerkungen
(...) 8. In diesem Buch kommen keine Frauen vor - jedenfalls nicht als Heldinnen. Das tut mir leid, aber ich kann nichts dafür. Man wird wohl um die Feststellung nicht herumkommen, daß auch die anarchistische Bewegung - trotz ihrer glühend-globalen Freiheitsliebe - die Befreiung der Frau in ihrer eigenen Praxis nie sonderlich ernst genommen hat. Jedenfalls war der klassische Anarchismus überwiegend eine Männerbewegung und die wenigen rühmlichen Frauengestalten bilden hierzu die Ausnahme. Meine Hoffnungen gehen einerseit dahin, daß die neue "anarcha-feministische" Bewegung hier endlich unverkrampft aber wirksam für andere Zustände sorgt und daß andererseits sich jemand finden möge, der in dieser oder ähnlicher Art über Frauen und Anarchie schreibt. Es gibt viel zu entdecken.
9. Zu der modischen Variante in grammatisch-emanzipierter Gleichberechtigungsform zu schreiben, habe ich mich nicht durchringen können, obgleich ich es ernstlich erwogen habe. Das scheiterte schon am Titel, der dann hätte heißen müssen: "Leben ohne Chefinnen und Chefs und Staat - Träume und Wirklichkeit der Anarchistinnen und Anarchisten". Man/frau möge mir stattdessen abnehmen, daß ich bei allen maskulin geprägten Neutralformen sowohl Frauen wie Männer, Anarchistinnen wie Anarchisten, Menschinnen wie Menschen gemeint habe und niemand diskriminieren will." (Seite 191)

Diese Begründung erkennen wir nicht an!

Zur Erinnerung: Die Existenz einer Louise Michel, Voltarine DeCleyre, Emma Goldman, Mujeres Libres, die Frauen der Wobblies u.v.a. beweisen, daß Deine Ausführungen ausgedacht sind.

Im linken Spektrum bereits als reaktionär entlarvter Sprachgebrauch wird von Dir beharrlich fortgesetzt, das bedeutet eine Reproduktion und Stabilisierung der Herrschaft von Männern über Frauen.

Weil wir Deine Publikationen für wichtig halten, erwarten wir von Dir eine Stellungnahme, auch in Bezug auf Deine weiteren Veröffentlichungen.

Alle Frauen des
Anarchafeministinnentreffens

Diskussionsbeitrag zu Sprachverhalten und Sexismus

Während des 1. Anarchafeministinnentreffen im Oktober 1993 entstand ein Offener Brief an den Genossen Horst Stowasser, in dem sein Sprachverhalten kritisiert wurde. Diesen Offenen Brief haben wir zunächst nur an Horst persönlich und den A-HA (interner Rundbrief des Projekt A, Anm. SF-Red.) geschickt, um ihm die Möglichkeit einer Stellungnahme zu vereinfachen. Wir wählten Horst exemplarisch aus, da wir seine Publikationen für wichtig halten, schließlich erreicht er ein breites Spektrum der A-Szene und möchte insbesondere mit seinem Buch "Leben ohne Chef und Staat" »Noch-Nicht-Anarchist(inn)en« ansprechen. Daher hat er eine gewisse Vorbildfunktion.

Eine Reaktion seinerseits blieb bis heute aus. Diese Ignoranz hat Methode.

Daraufhin haben wir uns zu einer breiten Veröffentlichung entschieden.

Männer der "linken" Szene stellen sich dar und brüsten sich mit ihren antisexistischen Ansprüchen. Jedoch bei der praktischen Umsetzung fallen sie in alte Verhaltensmuster zurück und besitzen dann noch die Dreistigkeit, dieses mit fadenscheinigen Ausreden zu rationalisieren.

Wir lassen uns die Verantwortlichkeit für die Auseinandersetzung mit Sexismus von den Männern nicht mehr länger zuschieben. Es wird endlich Zeit, daß sie diese für sich selbst übernehmen. Was im übrigen auch ein wesentlicher anarchistischer Grundsatz ist »Selbstverantwortung«.

Anstatt den Sexismus immer nur bei anderen zu sehen und zu suchen, sollten sie sich mehr mit ihren eigenen Strukturen und Verhalten auseinandersetzen und die konstruktiv-solidarische Kritik der Frauen wahr- und ernstnehmen. Noch ein Zitat aus Horst's Buch:

"Der Anarchismus stellt alles radikal infrage, auch sich selbst. Darum ist es von jeher eine anarchistische Tugend gewesen, die eigenen Fehler und Unzulänglichkeiten nicht unter den Tisch zu kehren" (Seite 10).

Vielleicht könnten sich das auch die "anarchistischen" Männer, auch auf der zwischenmenschlichen Ebene, mal wieder zu Herzen nehmen.

Für die Zukunft wünschen wir uns eine konstruktive Auseinandersetzung und hoffen, daß die Problematik des Sexismus mal wieder breiter thematisiert und diskutiert wird und daß dies auch Veränderungen herbeiführt.

Alle Frauen des
Anarchafeministinnentreffens

@-Szene

Stimmungsbild zum 2.Anarchafeministinnentreffen vom 4. bis 6. März 1994 in Altenbücken

Dieses Stimmungbild soll kein inhaltlicher Bericht sein. Wir Anarchafeministinnen möchten keine Konsumhaltung befriedigen, sondern interessierte Frauen/Lesben ansprechen, die unter der unten angegebenen Kontaktadresse genauere Informationen erhalten können.

Unsere Treffen finden halbjährlich statt und werden jeweils von anderen Frauen/Lesben vorbereitet. Wir mieten ein Tagungshaus, damit gemeinsames Kochen und Essen möglich ist und wir Raum haben uns näher zu kommen. Für die inhaltliche Gestaltung fühlen wir uns alle gleich verantwortlich d.h., daß alle Frauen/Lesben, die Ideen zu Arbeitsgruppen, Spielen, Lockerungsübungen, Massage etc. haben, etwas vorbereiten. Für die Vorbereitung der Arbeitsgruppen suchen wir uns eventuell noch Mitvorbereitende, was sich sogar schon überregional verwirklichen ließ. Durch dieses ganzheitliche Zusammensein entsteht eine Nähe, die es ermöglicht, daß Konflikte konstruktiv ausgetragen werden können.

So begannen wir auf dem letzten Treffen am Samstagmorgen mit Atem- und Lockerungsübungen sowie Tanz und Massage. Danach haben wir gemeinsam gefrühstückt und als dann alle wach waren, ging es in die Arbeitsgruppen, in denen intensiv gearbeitet wurde. Wenn die Konzentration nachließ, wurden kurze Pausen gemacht und verschiedene Frauen/Lesben hatten Vorschläge für Spiele zur Auflockerung mitgebracht. Das war auch dringend notwendig, denn das Kernthema dieses Treffens war "Repression und praktischer Widerstand".

So existiert inzwischen ein verbindlicher Zusammenhang und dadurch ist es uns bereits gelungen, ein wachsendes Vertrauen untereinander aufzubauen. Für viele Frauen/Lesben besonders wichtig ist das Gefühl der überregionalen Solidarität, die einzelne bereits ermutigt hat, sich in andere Strukturen einzubringen.

Wir hoffen, daß wir einen Teil der Atmosphäre des Treffens vermitteln konnten. Frauen/Lesben können sich an das *Dezentral* Stichwort "Anarchafeminismus", Wittelsbacherallee 45, 60316 Frankfurt wenden.

Buena Ventura & Rike

Wo gibt es den SF?
Neben den in verschiedenen Ausgaben veröffentlichten Verkaufsstellen (darunter auch z.B (fast) alle unter ABC aufgezählten) gibt es den SF in **Oldenburg** zusätzlich an folgenden Wiederverkaufsstellen:
Dritte Welt-Infozentrum, Auguststr.20
Anarchistischer Büchertisch (jeden Dienstag im Foyer der Uni)
Donnerstag-Büchertisch (jeden Donnerstag im Foyer der Uni)
Samenkorn, Katherinenstr.
und außerhalb Oldenburgs im: Machatschkala, Hauptstr.2, 26209 Kirchhalten.
Wir suchen neue WiederverkäuferInnen & Wiederverkaufsstellen u.a. besonders in Moers, Heilbronn, Würzburg, Fürth, Essen, Duisburg, Hamm, Dresden, Wismar, Magdeburg, Weimar, Kaiserslautern, aber auch anderswo. Bitte melden bei:
SF-Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau, Tel. 07033-44273

Video zum Krieg in Ex-Jugoslawien
Sarajevo, belagerte Stadt, mitten in Europa am Ende des 20.Jahrhunderts. Das Video »Wundbrand« von Didi Danquart und Johann Feindt (79 min, s/w) zeigt Splitter eines Alltags, der hinter den täglichen Schreckensbildern aus den Fernsehnachrichten liegt. Der Alltag der Bewohner heißt Überleben, Weiterleben, Trotzdem-Leben... »Wundbrand« versucht, diesen Alltag eines jeden Krieges zu begreifen. 17 Tage lang drehten die Autoren in Sarajevo. Sie fanden Menschen, Straßen und Plätze, die sich ihnen öffneten und Wunden zeigten, die nicht so schnell heilen werden. Verleih: 50.-DM.
Kontakt: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, 79100 Freiburg, Tel. 0761-709757

Video zur Abschiebepraxis
Bundeswehr an der Grenze, eine elektronische Mauer um Deutschland, Jagd auf Flüchtlinge mit Wärmebildgeräten, Abschiebung in sogenannte "sichere Drittstaaten" – das Grundrecht auf Asyl ist in Deutschland mit der Änderung des Artikels 16 Grundgesetz im Mai 1993 faktisch abgeschafft. Das Video von Oliver Tolmein und Bertram Rotermund erzählt, wie an der deutschen Ost-Grenze verfahren wird. (27 min) Verleih: 35.-DM
Kontakt: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, 79100 Freiburg,. Tel. 0761-709757

»Rechtsrock« in Deutschland
Im Rahmen des Berliner anarchistischen Bildungsprogramms gibt Klaus Farin am 2.6.94 (19.30 Uhr) Einblick in die Szenen rechtsradikaler Fußballfans und rechtsradikaler Musikgruppen.
Ort & Kontakt: El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin, Tel. 030-785 99 73

Anarchist Black Cross
Das ABC hat neue Kontaktadressen: *ABC Berlin, c/o A-Laden, Rathenowstr.22, 10965 Berlin; ABC Bremen, c/o BBA-Laden, St. Paulistr.10/12, 28203 Bremen; ABC Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg; ABC Kassel, c/o Autonomes Zentrum Bazille, Sickingenstr.10, 34117 Kassel; ABC Kiel, c/o Infoladen, Hansastr.48, 24118 Kiel; I-AFD Krefeld, c/o Eine-Welt-Laden, Westfall 62, 47443 Krefeld.*

3. Internationales anarcho-syndikalistisches Ost-West-Treffen
Das dritte Treffen findet vom 7. bis 10. Juli in Prag statt. Das Treffen dient dem Austausch und der Perspektivendiskussion anarchosyndikalistischer Gruppen. Kosten: 50.-DM pro TeilnehmerIn.
Kontakt: Andrej Funk, Druzstevni Ochoz 25, 14000 Praha 4, CR

»Rassisten sind immer die anderen«
Internationales Seminar (deutsch/italienisch) vom 17.6.-25.6., (deutsch-englisch) vom 28.12.-5.1.95.
Kontakt: Int. AK Sonnenberg, PF 2654, 33016 Braunschweig, Tel.0531-49242

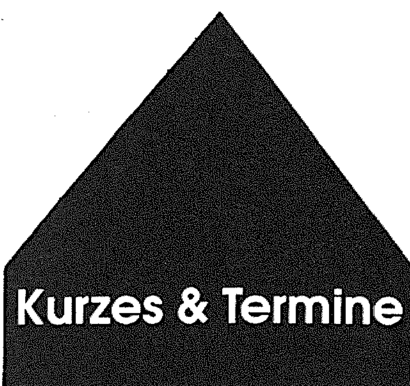
Einwanderungsland Deutschland – inmitten einer Welt von Vertreibung; Symposium vom 1.7.-3.7. in Iserlohn über Migration und Immigrationsprobleme.
Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal, Tel. 06068-2608.

Eine **Verleihausstellung über Gustav Landauer und Hedwig Lachmann** mit ca. 400 Exponaten wurde in Frankfurt zusammengesammelt und bislang in Krumbach und Frankfurt aufgebaut. Wer sich für eine Übernahme interessiert, wende sich an:
AK Gustav Landauer, c/o Siegbert Wolf, Schellingstr.14, 60316 Frankfurt, Tel. 069-499758

Dissidente Subsistenz als alternative Lebensform? – BUKO-Fachtagung vom 10.-12.6. in Wuppertal.
Den theoretischen Ausgangspunkt der Fachtagung bildet der feministische Subsistenzansatz, wie er seit den 80ern insbesondere von Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen entwickelt wurde.
Geplant sind Vorträge (u.a von Veronika Bennholdt-Thomsen zu ihren neuen Forschungsergebnissen matriarchaler Subsistenzproduktion in der mexikanischen Stadt Jucitan) und eine Podiumsdiskussion.
Anmeldung: H.-J. Stolz, Hofaue 6, 42103 Wuppertal

Vom **10.6. 94** ab wird in den Räumen des *Oberrheinischen Dichtermuseums (Röntgenstr.6)* in Karlsruhe eine **Landauer-Ausstellung** zu sehen sein, die von Walter Fähnders und Hansgeorg Schmidt-Bergmann mitorganisiert wurde.

Vom **2.6.-5.6.** wird in Marburg ein Widerstandscamp **"Anarchie konkret"** stattfinden, das von der AG Anarchismus in der DFG/VK organisiert wird. Anmeldungen an:
Anarchismus in der DFG/VK, Bahnhofstr.15, 35282 Rauschenberg, Tel. 0261-17053



Der "Kater-Konzern"

Ein Beitrag zur (anarcho)-syndikalistischen Verlagsgeschichte[1]

von Corinna Kaiser

"Wir sind mit dem Namen 'Konzern' einverstanden. Wir wollen wirklich einen großen roten Konzern wirtschaftlicher Unternehmungen aufbauen. Freilich nicht einen Münzenberg-Konzern und nicht einen Brandler-Konzern, sondern den Konzern einer proletarischen Organisation unter der Kontrolle und zur unmittelbaren Unterstützung dieser proletarischen Organisation".[2]

Nachdem mir zum x-ten Mal die Verlagsangaben "Fritz-Kater-Verlag" oder "Verlag Der Syndikalist Fritz Kater" in Reprints anarchistischer und (anarcho-)syndikalistischer Texte, in Antiquariatskatalogen, in Literaturverweisen oder -leider nur selten- in den alten Originalen aufgefallen waren, wurde ich neugierig.

Gab es etwa, analog zu dem kommunistischen "Münzenberg-Konzern" Willi Münzenbergs mit den Verlagen "Neuer Deutscher Verlag", "Universum - Bücherei für Alle", den Zeitungen und Zeitschriften "A-I-Z", "Berlin am Morgen", "Magazin für Alle", "Eulenspiegel", "Der Weg der Frau" u.a.m. und den Filmprodiktionen und -vertrieben "Weltfilm", "Meschrabpom" und "Prometheus", einen (anarcho-)syndikalistischen "Medienzar" Fritz Kater, einen "Kater-Konzern"?

Hätte Fritz Kater seine Tätigkeiten auch damit beschrieben, daß er *"wirklich einen großen schwarz-roten Konzern wirtschaftlicher Unternehmungen aufbauen wolle"*, so wie es laut dem obigen Zitat für Münzenberg galt?

Immerhin waren nicht nur der "Fritz-Kater-Verlag" und "Verlag Der Syndikalist" mit der Person Fritz Katers verknüpft, sondern auch Zeitschriften wie "Die Einigkeit", "Der Pionier" und "Der Syndikalist" und der "ASY-Verlag" und die "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde".

Bislang wurde anarchistischen und anarchosyndikalistischen nicht-periodischen Publikationen wenig Aufmerksamkeit zuteil. Zwar gibt es zahlreiche Untersuchungen zu Zeitungen und Zeitschriften[3], in denen die Bedeutung der Periodika herausgearbeitet wird, doch sind mir keine Arbeiten zur Geschichte von Verlagen, die schwerpunktmäßig anarchistische und/oder anarchosyndikalistische Literatur veröffentlicht haben, bekannt. Im folgenden soll also eine Skizze des "Kater-Konzerns" von 1919 bis 1933 versucht werden, zuvor jedoch eine kurze Zusammenfassung der Tätigkeiten bis dahin.

Der Vorfrühling eines Verlages

Von 1898 bis 1912[4] erschienen 7 Titel im Fritz Kater Verlag, die, abgesehen von einer Broschüre , deren Verfasser sich mit der SPD auseinandersetzte, syndikalistische Themen zum Inhalt hatten.

Der 1861 geborene Fritz Kater war 1892 nach Berlin gekommen. 1897 wurde er zum Vorsitzenden der Geschäftskommission (GK) der lokalistischen Gewerkschaften, ab 1901 "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" (FVDG), gewählt und wurde durch diese Funktion auch Verleger der *"Einigkeit"*, dem Organ der Lokalisten. 1912 wird er zum Verleger des *"Pioniers"*, da Carl Thieme, der zuvor diese Funktion ausgeübt hatte, verhaftet wird. In jenem Jahr zog gemeinsam mit dem Verlag auch die "Sortimentsbuchhandlung Fritz Kater" von der Alten Schönhauser Straße zum Stralauer Platz.

Wenige Tage nach Beginn des 1.Weltkrieges werden im August 1914 die FVDG und ihre Organe *"Einigkeit"* und *"Pionier"* verboten, es erscheinen allerdings bis Mai 1917 noch (mehr oder minder) interne Zirkulare[5].

1919 - "Schwarze Kunst" unter schwarz-roter Fahne

In die Zeit der Weimarer Republik fiel mit der Hochzeit des deutschen Anarcho-Syndikalismus auch der Schwerpunkt der Tätigkeiten des "Kater-Konzerns", bis 1933 erschienen in den Verlagen "Der Syndikalist", "Fritz Kater Verlag", "ASY-Verlag" und der "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde" - nach bisherigem Stand- 118 Titel.

Vom 27.-30.12.1919 fand der 12.Reichskongreß der FVDG statt, auf dem die "Freie Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)" (FAUD(S)) gegründet wurde. Verbandsorgan wurde der *"Syndikalist"*, der noch im Dezember 1919 mit einer ersten Nummer erschien. Während des Jahres 1919 erschienen nach bisherigem Stand 10 Titel, hiervon 7 mit der Angabe Verlag der "Syndikalist". Dies zeugt entweder von einer fast unvorstellbaren Verlagstätigkeit im Dezember 1919, von einer Aufnahme der Verlagstätigkeit vor dem Erscheinen der ersten Nummer des "Syndikalist" (oder von ungenauen Angaben in den Belegen). Den Druck übernahm wie auch vor dem Krieg die Druckerei "Maurer & Dimmick", Köpenicker Str. 36/38 in Berlin.

Fritz Kater wurde nun zum Vorsitzenden der GK der FAUD(S) gewählt und wurde erst 1930 von Reinhold Busch abgelöst. Jenrich bezeichnet Fritz Kater als "Besitzer des Verlagshauses der FAUD/S" (JENRICH 1988:39) ab 1919. Der Begriff "Besitzer" ist in einer Bedeutung als privater Inhaber und Nutznießer der Profite nicht haltbar. Allerdings sind Sitz von Geschäftskommission und Verlag 1919 und 1920 identisch mit der Adresse, unter der Fritz Kater bereits seit dem 1.4.1907 gemeldet war, der Kopernikusstr. 25. Seit 1917 soll er dort auch eine Verlags- und Sortimentsbuchhandlung geführt haben (ADRESSBUCH DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS 1917-1919), nachdem bis dahin noch die Adresse Stralauer Platz 18/19 galt. Wahrscheinlicher ist, daß die Einträge im Adreßbuch während des 1. Weltkrieges bis 1917 nicht aktualisiert wurden und Fritz Kater ab 1917 seine Privatanschrift als "Kontaktadresse" für die *"Einigkeit"* angab. Hätte zu dieser Zeit noch die Buchhandlung bestanden, wären hierzu sicherlich Hinweise vor-

handen. Ab 1920 sind im Adressbuch des deutschen Buchhandels überhaupt keine Hinweise mehr auf die Verlagsgruppe zu finden. Eine Buchhandlung ist erst ab 1921 wieder anzunehmen. Von 1921 bis 1928 nennt das Berliner Adressbuch die Warschauer Str. 62 als Sitz der Buchhandlung Fritz Katers (BERLINER ADRESSBUCH Mikroficheausgabe von 1983). Diese beiden Berliner Adressen, die übrigens nur wenige hundert Meter voneinander entfernt liegen, tauchen bis 1930 immer wieder als Anschrift für Verlag "Der Syndikalist", GK der FAUD/S, ab 1922 für die "Internationale Arbeiter Assoziation" (IAA) und ab 1924 für deren Organe "*Die Internationale*", "*Pressedienst der IAA*" und "*Die Internationale Revue*" auf.

1921 benannte sich die FAUD(S) in "Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten)" (FAUD (AS)) um. Dieser programmatischen Umbenennung entsprach auch das sich wandelnde Programm des Verlages "Der Syndikalist". Zunehmend wurden zeitgenössische AutorInnen, die nicht mehr aus der Gewerkschaftsbewegung stammten, oder anarchistische KlassikerInnen (Kropotkin, Tolstoi, Bakunin...) verlegt.

Widmungstext aus Alexander Berkmann: Die Tat

Dies Buch sei gewidmet
Allen Brüdern und Schwestern
Die in Freiheit und hinter Gittern
Mit mir
Gegen Knechtschaft und
Unterdrückung kämpfen

Von syndikalistischer Theorie bis Individualismus - ein verändertes Verlagsprogramm

Ab 1923 fand eine noch breitere inhaltliche Öffnung statt: einerseits wurden Bücher von KommunistInnen veröffentlicht[6] und andererseits wurden die literarischen Werke des Stirnerianers Mackay zu "Bestsellern"[7].

Es stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen solchen Änderungen im Bereich der verlegerischen Tätigkeiten und dem dramatischen Rückgang der Anzahl der Mitfrauen und -männer in der FAUD/AS. Uli Klan und Dieter Nelles nennen für den Bezirk Essen 1921 (dem Jahre des Höchststandes) 143.106 Mitfrauen und -männer und für 1924 nur noch 29.865 (KLAN/NELLES ²1990:123). Auch wenn von einigen regionalen Sondergründen abgesehen wird, entsprechen diese Zahlen in ihrer Tendenz der reichsweiten Entwicklung. Als wesentlichsten Faktor nennen sie die Inflation, die sich auch entsprechend auf die Kaufkraft der potentiellen LeserInnen der Schriften des Verlages "Der Syndikalist" auswirkte. In diesem wirtschaftlichen Komplex kann einer der Gründe für die Variierung des Verlagsprogrammes gesehen werden. Mit einem breiteren Angebot kann bei den LeserInnen Interesse geweckt werden für neue Themen der FAUD/AS und neue LeserInnen, die sich dem Syndikalismus bzw. überhaupt einer gewerkschaftlichen Arbeit nicht verbunden fühlen und anarchistisch oder vielleicht auch nur bürgerlich-progressiv orientiert waren, können angesprochen werden, wobei die Gewinnung der "Masse" aber hinter der Bestrebung der Aufklärung der Mitfrauen und -männer programmatisch zurücktrat.

Diese Orientierung von gewerkschaftlichen Problemen weg und hin zu kulturellen Fragen war schon in der "Prinzipienerklärung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten) (FAUD) angenommen im Dezember 1919" angeklungen:

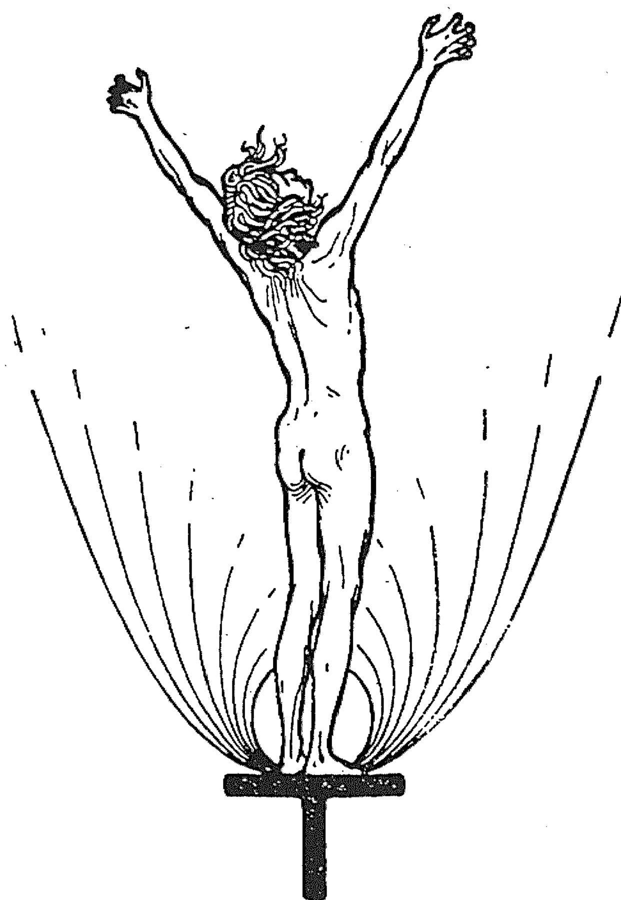
> *"Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann, verwerfen die Syndikalisten jedes Mittel einer sogenannten Verstaatlichung, das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen kann."*
> *(zitiert nach BOCK ²1993:366)*

Im Zusammenhang mit der kulturellen Orientierung der FAUD/AS steht auch der 1921 gegründete "Syndikalistische Frauenbund" (SFB), dessen Arbeitsbereiche - ganz klassisch - der Erziehungssektor, gegenseitige Hilfe bei der Versorgung schwächerer Personen, die Schaffung von "Einküchenhäusern" und die Förderung künstlerischer Interessen waren (KLAN/NELLES ²1990: 300/301). Die Broschüre von Milly Witkop-Rocker[8], die 1922 erschien und mindestens eine zweite Auflage erlebt hat, zeugt hiervon.[9]

Von Frauen und Männern gleichfalls diskutiert wurden sexuelle und moralische Fragen. So war die umfangreichste Reihe der Verlagsgruppe die ab 1925 erscheinenden "Beiträge zum Sexualproblem"[10], die von Felix A. Theilhaber herausgegeben wurden. Der Verlag bewarb sie wie folgt:

Peter Kropotkin:

Gesetz und Autorität



1923

Verlag: „Der Syndikalist", Fritz Kater, Berlin O 34, Kopernikusstr. 25

Fidus-Illustration aus seiner Zeit als er noch seinen neuen Menschen in Anarchisten- und Theosophenkreisen suchte...

"Fordert die kleinen, aber wichtigen Beiträge zum Sexualproblem, in leichtverständlicher Sprache geschrieben und sauber gedruckt, in jeder Buchhandlung."
(aus "Beiträge", Heft 6))

Innerhalb dieser Reihe wurden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Wir finden aufklärerisch-sexualreformerische Titel (z.B. Hefte 6,8, 11,11a,14), Ausführungen zu Moralfragen und freier Liebe[11] (z.B. Hefte 1, 2,5,7,13), Titel zur Freikörperkulturbewegung (Heft 10) und seltsam kurios Anmutendes wie Heft 16. Dies spiegelt auch recht genau die unterschiedlichen Stränge in der damaligen Diskussion wieder, insbesondere die "Freie Liebe" wurde unterschiedlich verstanden und bewertet[12] und zu Teilen der Freikörperkulturbewegung bestanden enge Beziehungen.

Reihenweise Neuerscheinungen

Im Zuge der kulturellen Arbeit wurden ab 1925 auch literarische Titel veröffentlicht. Erschien die 6. Auflage von Mackays Sturm noch eigenständig, so wurde die 7. Auflage als dritter Band in die 1925 begründete Reihe "Dichter und Rebellen" aufgenommen. Hier erschienen außerdem Mühsam, Kläber, Noack und Rocker[13]. Zu Noack habe ich bisher leider keine Hinweise finden können, allerdings spricht die Tatsache, daß sein Roman oder seine Erzählung "Die Untersten" auch vom Dietz Verlag in Kommission genommen wurde dafür, daß er in diesem Werk wahrscheinlich weder pointiert anarchistische Positionen vertritt noch selber als Anarchist besonders hervortrat. Kläber ist den proletarisch-revolutionären AutorInnen der Weimarer Republik zuzuordnen; er war Mitglied der KPD und Mitarbeiter der "Linkskurve". Allerdings wird darauf verwiesen, daß er "durch Spontaneitätsauffassungen in seiner literarischen Entwicklung zum sozialistischen Realismus gehemmt" (DEUTSCHES SCHRIFTSTELLER-LEXIKON [5]1964:356) gewesen sei. Es stellt sich also die Frage nach den Auswahlkriterien für die Aufnahme in diese Reihe - es war nicht das "Anarchist (oder gar Anarcho-Syndikalist) -Sein", aber sicherlich auch nicht die Gebundenheit an eine anarchistische Ästhetik. Fähnders sagt hierzu:

"Entsprechend [zur Definition proletarisch-revolutionärer Literatur, C.K.] könnte man anarchistische Literatur von dieser Message her so definieren, daß sozusagen anarchistische Positionen in dieser Literatur vermittelt werden. Dies wäre ein Punkt, der



zumindest zu inhaltsästhetischen Überlegungen führt. Bei solch einer Bestimmung käme man aus dem Schneider, indem man sagt: Alles was ein Anarchist schreibt - und wir wissen ja jeweils aus Selbstzeugnissen, wer Anarchist ist -, ist anarchistische Literatur.
Doch: John Henry Mackay schrieb zum Beispiel einerseits anarchistische Kampflyrik, die Ende des 19. und Anfang des 20.Jahrhunderts sehr berühmt war, andererseits aber auch äußerst unpolitische Liebes- und Naturlyrik, aus der man nicht ablesen kann, daß ihr Verfasser ein Anarchist ist. Auch Erich Mühsam schrieb sowohl kämpferische anarchistische Tendenzlyrik als auch Sauflieder, die jeder andere Bohemien hätte schreiben können. Dies bedeutet, wenn ein Anarchist etwas schreibt, muß das nicht inhaltsästhetisch anarchistische Literatur sein."
(FÄHNDERS 1992:6)[14]

Ab 1925 fällt bei den Veröffentlichungen des Verlages die Tendenz auf, möglichst viele Titel in Reihen zusammenzufassen. Vor 1925 war nur die Reihe "Russian Revolution Serie" mit 3 Bänden auffallend, sie faßte Alexander Berkmanns Werke im amerikanisch-englischen Original zusammen. Dies ist umso bemerkenswerter, da davon auszugehen ist, daß nur ein sehr kleiner Teil der LeserInnenschaft des Verlages, in der ArbeiterInnen analog zu ihrer Repräsentanz in der FAUD/AS die deutliche Mehrheit gestellt haben dürften, die englische Sprache so gut versteht, daß die Lektüre eines politischen Textes möglich ist.

Ein bedeutendes Datum in der weiteren Geschichte der Verlagsgruppe ist das Jahr 1929. Obwohl die Zeitschrift *"Der Syndikalist"* weitererscheint, wird der Buchverlag überführt in die "ASY-Verlags G.m.b.H." und die "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde" (GFB) wird gegründet.

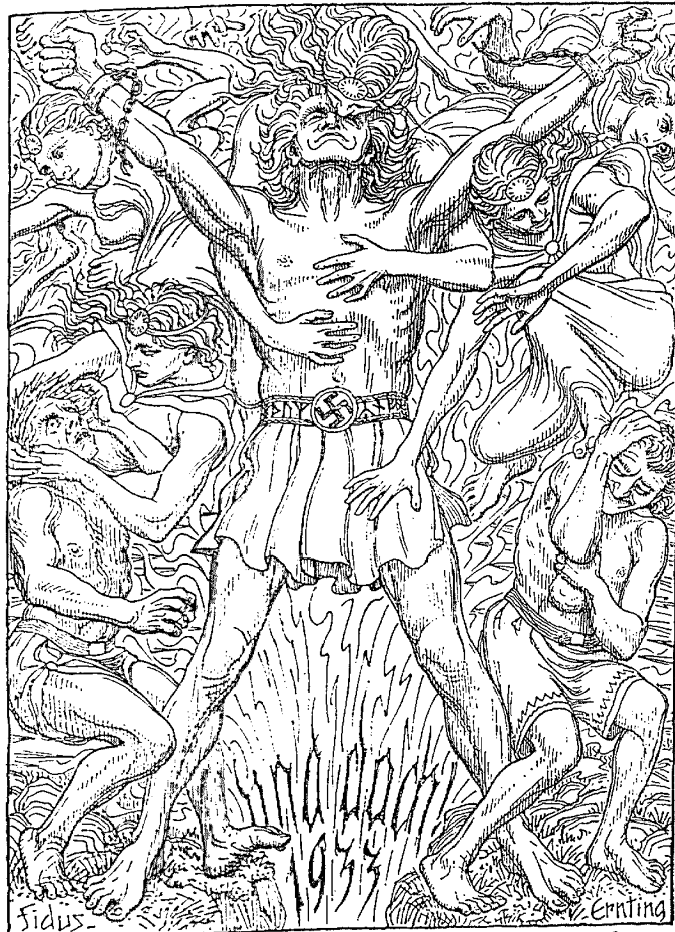
Die "ASY-Verlag G.m.b.H." und die "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde"[15]

1930 wurde die ASY-Verlag G.m.b.H. in das Berliner Handelsregister mit der Nummer 43994 eingetragen, Geschäftsführer waren Willi Jadau und Gustav Reimelt, das Kapital betrug 20.000 Reichsmark (BERLINER HANDELSREGISTER 1931:520). Gegründet wurde der Verlag noch 1929 und nahm auch in diesem Jahr seine Tätigkeit auf. Die Adresse war bis zum Oktober 1930 noch die Warschauer Str. 62.

Fritz Kater taucht nicht mehr als Geschäftsführer des neuen Verlages auf. Er war zu dieser Zeit allerdings auch schon fast 70 Jahre alt und zog sich aus Altersgründen zurück. Rocker berichtet:

"Er, der über drei Jahrzehnte lang die erste Vertrauensstellung in der Bewegung eingenommen hatte, besorgte nun im selben Büro der Geschäftskommission die sogenannte schwarze Arbeit für die Bewegung, verpackte Zeitungen und Bücher und brachte sie in einem Handwagen zur Post und stand seinem jungen Nachfolger, Reinhold Buch [muß heißen: Busch[16]*, C.K.] mit Rat und Tat zur Seite. Den jüngeren Genossen war das manchmal peinlich, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Aber als ich mit Fritz einmal darüber sprach, antwortete er mir mit seiner offenen Weise: "Ich weiß nicht, was unserem jungen Völkchen in den Kopf gefahren ist. Haben wir nicht unser ganzes Leben lang den Standpunkt vertreten, daß jede ehrlich geleistete*

Fidus-Illustration aus seiner Zeit (30er Jahre) als er seinen neuen Menschen bei den Nazis suchte...



Arbeit gleichwertig ist? Ich kann heute nicht mehr tun, was ich über dreißig Jahre lang getan habe. Aber was ich jetzt tue, ist für die Bewegung ebenso nützlich und notwendig wie meine frühere Arbeit. Weshalb sollte ich mich also darüber grämen?""
(ROCKER 1980:20)

Spätestens hier wird also deutlich, daß es keinen zum "Münzenberg-Konzern" analogen "Kater-Konzern" gab, wir hier nur eine Koppelung verschiedener Positionen (Verleger - Vorsitz der GK) vorfinden und schließlich die Verlagsgruppe auch nach Katers Rückzug weiterarbeitet.

Fritz Kater starb Ende Mai 1945, nachdem er sich am 8.5. bei Gartenarbeiten an einer Panzerfaust in seinem Garten verletzt hatte. Von den Nationalsozialisten war er scheinbar unbehelligt geblieben, allerdings wußten selbst seine GenossInnen und eine seiner Töchter, die in Argentinien mit dem anarcho-syndikalistischen Verleger Diego A. de Santillan, Verlag La Protesta, lebte, nicht, daß er überhaupt bis 1945 überlebt hat.



Verlagssignet, 1921

Ebenfalls 1929 entsteht die "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde"; die erste Nummer ihres Organs *"Besinnung und Aufbruch" (B+A)* erschien am 1.5.1929. Verlag und Schriftleitung für die B+A übernahm ebenfalls Willi Jadau mit Adresse Warschauer Str. 62. Im Mai 1929 wird als Bankverbindung für die GFB noch das Postscheckkonto Fritz Kater, Berlin O 34, Nr. 138928 genannt. Scheinbar handelt es sich hierbei um das Konto der GK oder ein Privatkonto Katers, da extra darauf hingewiesen wird, Einzahlungen haben den Vermerk "Für GfB" zu tragen (B+A Nr. 2/1929:16) und zeitgleich mit Fritz Katers Ausscheiden aus der GK eine neue Bankverbindung für die GFB benannt wird: Postschecknummer 74152, Willi Jadau, Berlin (B+A Nr.3/1930:48)

Räumliche, personelle und verlegerische[17] Übereinstimmung weisen darauf hin, daß ASY-Verlag und GFB im Prinzip identisch waren; die Verbindung zum Vorgänger "Der Syndikalist" zeigt sich z.B. auch bei der vergleichenden Betrachtung der Verlagssignets von GFB und "Syndikalist". Die Zielsetzungen der GFB wurde 1929 wie folgt beschrieben:

"Sehen wir davon ab, daß es die Gilde freiheitlicher Bücherfreunde nicht mit irgendwelchen besonderen Angestellten zu tun hat. Für sie wurde ja keinerlei Personalapparat aufgezogen und ihre Arbeit wird in gegenseitiger Hilfe von Gesinnungsfreunden geleistet. [...] Hier schafft ja grade der Gildengedanke eine Grundlage: ohne irgendwelchen Verlegergewinn werden Bücher herausgebracht, ohne irgendwelches Kapital wird geistiges Gut geschaffen auf dem Boden des solidarischen Zusammenschlusses der Bücherinteressenten. [...]"
(B+A Nr.1/1929:13/14)

Am 1.10.1930, die GFB hat nun über 800 Mitfrauen und -männer, ziehen ASY und die GFB um, die neue Adresse ist Neukölln am Ufer 11, 1931 umbenannt in Märkisches Ufer 11. Es wird wahrscheinlich unklar bleiben, warum es die Anarcho-SyndikalistInnen ausgerechnet in dieses Haus zog, hatte dort doch schon bei Einzug die "Vereinigung der staatlichen oberen Verwaltungspolizei-Beamten Preußens" ihr Büro.

Das Muckertum greift an!

Die letzten zwei Jahre der GFB und des ASY-Verlages in Deutschland sind dann auch von Repression gekennzeichnet.

"Das Muckertum greift an!
Am 7. Juni [1930, C.K.] wurde in den Geschäftsräumen des uns befreundeten Asy-Verlages G.m.b.H. Berlin, die Broschüre "Blutwunder und Liebeswahn" von Dr. F.A. Theilhaber beschlagnahmt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte, gez. Dr. Masur, begründete diesen Beschluß wie folgt:
Das Titelblatt unterliegt als unzüchtige Abbildung der Einziehung. Die Abbildung der Frau am Phallusbaum und besonders des Christus am Kreuze mit seiner für christliche Leser äußerst abstoßenden und verletzenden Hervorhebung des Geschlechtlichen sind geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen.



Verlagssignet, 1927

Gegen den bekannten Grafiker Will Faber, Berlin, und den Geschäftsführer des Asy-Verlages, Willi Jadau, wurde das Verfahren eröffnet. [...]

Unseren Gildenmitgliedern sollte dieser Vorstoß des Muckertums ein Anlaß sein, die Schrift in Massen zu verbreiten. Sie ist jetzt mit einem etwas korrigierten Umschlag neu erschienen und kostet einzeln 40 Pfennig."

(B+A Nr.6/1930:94)[18]

Wegen Streitigkeiten über die Gutachter(innen?) fand am 2.1.1931 eine zweite Verhandlung statt. Dort erklärte Jadau als Geschäftsführer:

"Unser Verlag ist ein Kampfverlag. Die von Dr. Felix A. Theilhaber herausgegebene Schriftenreihe "Beiträge zum Sexualproblem" kämpft für eine neue gesunde Sexualmoral. [...] Die Schriften sind so billig, daß sie nur die Unkosten decken."

(B+A Nr.10/1931:146-151)

Über das Urteil wird leider nicht berichtet.

Im Juni 1931 finden personelle Veränderungen in der GFB (und damit wohl auch im ASY-Verlag) statt. Die Reichsleitung der GFB übernimmt nun Werner Henneberger, für Verlag und Schriftleitung der B+A zeichnet Helmut Rüdiger verantwortlich.

Am 5.3.1933 wird die FAUD/AS verboten, schon im Oktober 1932 war die "Internationale" verboten worden. Am 9.3.1933 wurden die Räume am Märkischen Ufer 11 durchsucht.

"Am 9.3.33 gegen 10.30 Uhr wurden die Räume des Asy-Verlages durchsucht, die Bücher - einschließlich der Bestände der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde - und die umfangreiche Korrespondenz der IAA beschlagnahmt. Auch die Adressenkartei der Gilde, des Asy-Verlages, der Gemeinschaft proletarischer Freidenker und der GK wurden vorgefunden, wovon jedoch 700 Adressen zuvor beiseite geschafft worden sein sollen. 10 Personen wurden verhaftet, darunter die GK-Mitglieder Reinhold Busch, Werner Henneberger und Max Büttner, der auch Geschäfts-führer des Asy-Verlages war, sowie Paul Brunn, Funktionär der Gilde frei-heitlicher Bücherfreunde."

(HAUG 1989:364/365)

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels vermeldet lapidar:

"Asy-Verlag, Berlin, [...] um 1934 aufgelöst. Bestände nicht vorhanden"

(VERLAGSVERÄNDERUNGEN 1937:s.v. Asy-Verlag)



Verlagssignet, 1928

Ein Ausblick auf tiefere Einblicke

Aus dem bislang Berichteten läßt sich sicherlich die große Bedeutung der Verlage für die anarcho-syndikalistische und wohlmöglich auch anarchistische Bewegung erahnen. Doch zuverlässige Aussage zur Wirkungsgeschichte können derzeit noch nicht gemacht werden, dies ist insbesondere auf die doch recht schlechte Quellenlage zurückzuführen. Bislang ist mir nur die Auflagenhöhe weniger Titel bekannt, die allerdings mit bis zu 50.000 Exemplaren bei Broschüren – die ja den Schwerpunkt der Verlagsarbeit darstellten – eine für heutige anarchistische Verlage unvorstellbare Höhe erreichte. Wieviel davon aber tatsächlich und über welche Vertriebswege (Versand an EinzelbestellerInnen, an die FAUD/AS-Gruppen, über den Buchhandel...) verkauft wurde und welche LeserInnen (gerade auch außerhalb der FAUD/AS; außerhalb von Berlin, in Städten, auf dem Land...) erreicht wurden, ist noch ebenso unklar wie die Antwort auf die Frage, was die Lektüre der Bücher und Broschüren bei den LeserInnen bewegen konnte, z.B. bei der gemeinsamen Lektüre in den zahlreichen Lesegruppen.

Einige dieser Fragen werden sich vermutlich nicht mehr beantworten lassen, da ein Verlagsarchiv, so wie auch das Reichsarchiv der FAUD/AS, scheinbar nicht mehr existiert.

Nach den Antworten auf andere Fragen werde ich weiterhin suchen, so etwa nach der Entwicklung ab 1933. Da einerseits die Quellenlage zur Verlagstätigkeit ab 1933 sehr viel schlechter ist und andererseits Exil und die Geschichte der "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde" nach 1945 doch sehr umfangreiche Themen sind, kann hier nur ein winziger Ausblick gegeben werden.

Der ASY-Verlag wurde ab 1936 in Barcelona im Exil wieder aktiv. Dort erschien u.a. das berühmte "Schwarz-Rot-Buch"[19], das – wie auch die übrigen Publikationen – natürlich in einem Zusammenhang mit dem Spanischen BürgerInnenkrieg stand. Ebenfalls konnte im Umfeld des ASY-Verlages wieder eine deutsche anarcho-syndikalistische Buchhandlung entstehen. Beides konnte wegen der politischen Entwicklung in Spanien jedoch nur von kurzer Dauer sein.

In Bremen wurde nach dem Ende des 2. Weltkrieges die GFB neugegründet, die allerdings nicht mehr an die bedeutende Rolle der Verlagsgruppe vor 1933 anknüpfen konnte.

"Schon am 23./24.8.1947 fand in Darmstadt auch eine westdeutsche Tagung freiheitlicher Bücherfreunde statt. Huppertz kommentierte sie in der "Befreiung" so, die bisher von der Gilde gelieferte Literatur habe mit Anarchismus nichts zu tun, was sich nunmehr hoffentlich bald ändern werde." (BARTSCH[20] 1972:80)

Später war die GFB auf's Engste mit der "Föderation Freiheitlicher Sozialisten" (FFS, Nachfolgeorganisation der FAUD) verknüpft.



Verlagssignet, 1929

Literaturhinweise:

1. Zeitschriften

Besinnung und Aufbruch. Monatsblätter freiheitlicher Bücherfreunde. Berlin., 1.-5. Jahrgang (1929-1933)

Die Einigkeit. Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Berlin. 1.-18. Jahrgang (1897-1914)

Die Internationale. Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Berlin. 1.-3. Jahrgang (1924-1926)

Der Pionier. Unabhängiges sozialrevolutionäres Organ. Berlin. 1.-4. Jahrgang (1911-1914)

2. Literatur

Adressbuch des Deutschen Buchhandels. Band 69-97. Leipzig 1907-1935

Bartsch, Günter: Anarchismus in Deutschland. Band 1. Hannover 1972

Berliner Adressbuch. Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1919-1932. Vollständige Mikrofiche-Ausgabe. Hrsg. Konrad Umlauf. München, New York, London, Paris 1983

Berliner Handelsregister 1931. Berlin 1932

Bock, Hans Manfred: Bibliographischer Versuch zur Geschichte des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. in: Jahrbuch Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte, Band 1. Frankfurt -Main 1973 S. 294-334

ders.:
Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. Darmstadt 21993

Deutsches Schriftstellerlexikon von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hauptredaktion Kurt Böttcher. Leipzig ^{5}1964

Fähnders, Walter: ..., daß die Anarchisten tabula rasa machten. Interview mit Walter Fähnders. in: Trafik 35. Kulturschock - Libertäre Literatur. Mülheim/Ruhr 1992

Haug, Wolfgang: "Eine Flamme erlischt". Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937. in: IWK 3/89 Berlin 1989, S. 359-379

Jenrich, Holger: Anarchistische Presse in Deutschland 1945-1985. Grafenau 1988

Kaglin, Rudolf: Die Presse des Anarchismus in Deutschland von 1918-1933. Diplomarbeit. Dortmund 1984

Klan, Ulrich und Dieter Nelles: "Es lebt noch eine Flamme." Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus. Grafenau ^{2}1990

Maierbrugger, Arno: "Fesseln brechen nicht von selbst." Die Presse der Anarchisten 1890-1933 anhand ausgewählter Beispiele. Grafenau 1991

Publikationen der Vereinigung linksgerichteter Verleger (1925-1926). Mit einem Nachwort hrsg. von Wolfgang U. Schütte. Leipzig 1988

Rocker, Rudolf: Max Nettlau. Leben und Werk des Historikers vergessener sozialer Bewegungen. Berlin 1978

ders.: Fritz Kater - Ein Lebensbild. (zuerst als Fortsetzung erschienen in: "Der freie Gedanke". Wiesbaden 1948, Heft 8-11) in: Aufsatzsammlung. Band 2 (1949-1953). Frankfurt/Main 1980 S. 8-21

Schmück, Jochen: Der deutschsprachige Anarchismus und seine Presse von ihren Anfängen in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Niedergang im 2. Weltkrieg. Eine historische Skizze und der Versuch einer bibliographischen Bestandsaufnahme. Magisterarbeit. Berlin 1986

Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921-1933. Köln 1982

Verlagsveränderungen im deutschen Buchhandel 1900-1932. Bearbeitet von der Bibliographischen Abteilung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. Leipzig 1933

Verlagsveränderungen im deutschen Buchhandel 1933-1937. Bearbeitet von der Bibliographischen Abteilung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. Leipzig 1937

Anmerkungen

1 Dieser Aufsatz beruht im wesentlichen auf einer germanistischen Seminararbeit, die ich im Wintersemester 1993/94 an der Heinrich-Heine-Uni Düsseldorf verfaßt habe und die eine Vorarbeit zu einer ausführlichen Darstellung der Verlagstätigkeit der FAUD(AS) (und weitergehend zu anarchistischen und anarchosyndikalistischen Verlagen bis 1945) bildet. Gekürzt wurde die Entwicklung bis 1919; die umfangreiche Bibliographie der bisher recherchierten Titel der "Verlagsgruppe" entfällt hier völlig. Für Nachfragen oder Hinweise: *Corinna Kaiser, c/o antiquariat karla, Bilker Allee 27, 40219 Düsseldorf*

2 Willi Münzenberg: Zum Geleit, in: Der Rote Aufbau, 1929, H.1, S. 3, zitiert nach SURMANN 1983:9

3 z.B. SCHMÜCK 1986, (der umstrittene) MAIERBRUGGER 1991, JENRICH 1988, KLAN/NELLES 21990 (darin über die "Schöpfung"), KAGLIN 1984

4 für die Zeit von 1913 bis 1918 konnte ich bislang keine Titel nachweisen

5 "Mitteilungsblatt der GK der FVdG" vom August 1914 bis Juni 1915 (SCHMÜCK 1986:Nr.282) und vom Juni 1915 bis Mai 1917 das "Rundschreiben an die Vorstände und Mitglieder aller der FVdG angeschlossenen Vereine" (SCHMÜCK 1986:Nr.360)

6 z.B. BERTA LASK: Unsere Aufgabe an der Menschheit. Aufsätze. Vlg. "Der

Syndikalist" Fritz Kater, Berlin 1923; diess.: Weihe der Jugend. Chorwerk für proletarische Jugendweihen. Vlg. "Der Syndikalist", Berlin 1927; KURT KLÄBER: Empörer! Empor! Gedichte, Skizzen, Reiseberichte. Vlg. "Der Syndikalist" Berlin 1925

7 JOHN HENRY MACKAY: Sturm. Volksausgabe. Fritz Kater Vlg. Berlin vor 1925, mit einer Erstauflage (die Erstausgabe war 1888 in Zürich erschienen) in diesem Verlag von 10.000 Exemplaren, 1925 eine verkürzte Ausgabe mit weiteren 5.000 Exemplaren;

ders.: Werke in einem Band. "Gilde freiheitlicher Bücherfreunde" Berlin 1933

8 MILY WITKOP-ROCKER: Was will der Syndikalistische Frauenbund? Vlg. "Der Syndikalist" Berlin o.J. [1922], 2.Auflage 1923

9 Es ist allerdings auch zu befürchten, daß ein großer Teil der Auflagen an die antifeministischen Anarchosyndikalisten ging, die sich gegen eine (autonome) Organisierung der Frauen aussprachen. Außerdem sollte bedacht werden, daß dies die einzige Veröffentlichung der Verlagsgruppe zur "Frauenfrage" außerhalb der "Beiträge zum Sexualproblem" blieb und Frauen damit auf den -durchaus wichtigen, aber nicht einzig relevanten- Bereich der Sexualität reduziert wurden.

10 **Beiträge zum Sexualproblem.** Herausgegeben von Dr. FELIX A[ARON] THEILHABER. 1925-1930. Erschienen sind 20 Hefte (Zählung 1-19, 11 und 11a).

Heft 1: Felix A. Theilhaber: Die menschliche Liebe, 1925
Heft 2: Felix Sernau: Das Fiasko der Monogamie, 1925
Heft 3: Alfons Schöne: Krieg und Sexualität, 1925
Heft 4: Wladimir Batkis: Sexualrevolution in Rußland, 1925
Heft 5: Hans Haustein: Geschlechtskrankheiten und Prostitution in Skandinavien, 1925
Heft 6: Viktor Noack: Kulturschande. Die Wohnungsnot als Sexualproblem, 1925
Heft 7: Felix A. Theilhaber: Prostitution, 1926
Heft 8: Wilhelm Schöffer: Das Recht auf den eigenen Körper, 1926
Heft 9: Felix A. Theilhaber: Sexualität und Erotik, 1927
Heft 10: Hans Graaz: Nacktkörperkultur, 1927
Heft 11: Zuchthaus oder Mutterschaft. Reden von Wilhelm Schöffer, Felix A. Theilhaber, Martha Ruben-Wolf, Leo Klauber, 1925
Heft 11a: Maria Krische: Die geschlechtliche Belastung der Frau, 1926
Heft 12: in Verlagsanzeigen wird z.T. Heft 11a als Heft 12 gezählt
Heft 13: Walter Peters: Entstehung und Wandlung der sittlichen Gefühle, 1927
Heft 14: Reinhold Otte: Landjugend und Sexualität, 1928
Heft 15: Johann Susmann Galant: Sittlichkeit im Rußland der Zaren, 1928
Heft 16: Hans Jacoby: Handschrift und Sexualität, 1928
Heft 17: Felix A. Theilhaber: Blutwunder und Liebeswahn, 1929
Heft 18: Walter Peters: Mätressen an Fürstenhöfen, 1929
Heft 19: Karl Sommerfeld: Die jungfräuliche Geburt, 1930

11 außerhalb der "Beiträge" erschien hierzu noch FRITZ OERTER: Die freie Liebe. Fritz Kater Vlg. Berlin 1920 (1.-10. Tsd.) und 1921 (11.-20. Tsd.)

12 vgl. hier stellvertretend die Kontroverse zwischen Landauer und Mühsam

13 ERICH MÜHSAM: Alarm. Manifeste aus 20 Jahren. Vlg. "Der Syndikalist" Berlin 1925 (=Dichter und Rebellen, Bd. 1); KURT KLÄBER, siehe Anmerkung 6 (=Dichter und Rebellen, Bd. 2); VIKTOR NOACK: Die Untersten. Geschichte aus dem Berliner Scheunenviertel. ASY-Vlg. Berlin 1927 (=Dichter und Rebellen, Bd. 6); RUDOLF ROCKER: Vom anderen Ufer. ASY-Vlg. Berlin 1926 (=Dichter und Rebellen, Bd. 4); ders.: Die Sechs. Erzählungen. Vlg. "Der Syndikalist" Berlin 1928 (=Dichter und Rebellen, Bd. 7); Band 5 konnte ich bislang noch nicht ermitteln

14 An dieser Stelle kann nicht weiter auf das Problem "Anarchismus und Literatur" eingegangen werden, siehe hierzu: WALTER FÄHNDERS: Anarchismus und Literatur - Ein vergessenes Kapitel deutscher Literaturgeschichte zwischen 1890 und 1910. Stuttgart 1987, der auch wichtige Hinweise für die Situation in der Weimarer Republik liefert.

15 In Kürze soll im Libertad-Verlag, Berlin, die sozialgeschichtliche Darstellung von HARTMUT RÜBNER: Der Syndikalismus in Deutschland. erscheinen. Laut Auskunft des Verlegers Jochen Schmück soll diese Arbeit auch ein ausführliches Kapitel über die GFB enthalten. Dadurch wird sich die Materiallage zur GFB –hoffentlich– verbessern. Außerdem soll eine Magisterarbeit über die GFB existieren, allerdings sind mir weder VerfasserIn noch Universität bekannt. So bleibt die Skizze der GFB hier leider noch sehr schemenhaft.

16 Busch war ab 1930 Katers Nachfolger als Vorsitzender der Geschäftskommission

17 So waren die Nummern der "ASY-Bücher" und "Gilden-Bücher" (bis auf eine Ausnahme, zu der aber u.U. falsche Angaben vorliegen) nach bisherigem Stand identisch

18 Leider konnte ich die Broschüre bislang noch nicht in Augenschein nehmen, so daß ich den Charakter der Zeichnung nicht beurteilen kann.

19 Dokumente über den Hitlerimperialismus. Herausgegeben von der Gruppe DAS (Deutsche Anarcho-Syndikalisten). ASY-Vlg. Barcelona 1937

20 BARTSCH wird hier im Wissen um die Kontroverse bezüglich seiner Person zitiert, da mir leider keine andere –halbwegs umfassende – Darstellung des frühen Nachkriegsanarchismus bekannt ist, in der auch auf die Neugründung der GFB eingegangen wird.

Vor 75 Jahren, am 2.Mai 1919, wurde der Anarchist Gustav Landauer in München von der Gegenrevolution ermordet

Wir drucken aus diesem Grund einen seiner Briefe ab, der uns viel von seiner Person und den politischen Auffassungen zu enthalten scheint, die ihn bewogen aktiv an der 1.Bayrischen Räterepublik teilzunehmen und u.a. für Bildung, Pressewesen etc. zuständig zu sein.

An Hugo Landauer **Krumbach (Schwaben), 2.Dezember 1918**

Lieber Hugo,

Ich bin ganz außerstande, diese Art Korrespondenz fortzuführen. Die Zeit reicht nicht. Und Du bist zu aufgeregt, als daß Du verstehen könntest, was man sagt. Ich habe, in ruhiger Verzweiflung an der Menschheit, vorausgesehen, was alles noch kommen kann, ehe die Not sie zur Vernunft bringt, – und was machst Du Ekelhaftes, Empörendes daraus?! Du solltest mich kennen, und ein solches Mißverständnis sollte nicht möglich sein. – Du widersprichst Dir auf Schritt und Tritt, in Deiner Aufregung. Einmal sagst Du, die Menschen seien reif zum Sozialismus, und dann beschwörst Du mich, ich solle einsehen, sie seien nicht reif. Ich solle den Sozialismus durch Dekrete einführen wollen!! Wo soll ich denn die Zeit hernehmen, solche Mißverständnisse aufzuklären!

Komm, wenn es irgend geht, von Deiner Aufregung, die Dich ganz verblendet zurück! Niemand kann diesen geheimen Strom, den die Geschichte einst kennen wird, lenken; wir sehen jetzt nur die tausend gegeneinander treibenden Strömungen. Niemand kann haftbar sein für das, was sich ergibt, auch Du nicht, jeder kann nur an seiner Stelle seine Schuldigkeit nach seiner Erkenntnis und seinem Gewissen tun. Tu Du sie an Deiner Stelle; ich denke, in der Bodenseegegend, wo es tausende Arbeiter der Kriegsindustrie und wo es Latifundien gibt, wäre einiges zu tun. Geh in den Bauernrat, sprich mit Deinen Nachbarn, geh zu den Arbeitern in Friedrichshafen usw. Das ist besser, als anderen durch wirklich greuliche Mißverständnisse das Leben sauer zu machen und die sehr kostbare Zeit zu nehmen.

Was Eisner angeht, so stehst Du ganz unter dem Einfluß der Presse der Gegenrevolution. (Wir haben zuzeit noch keine andere; Ihr merkt es nur nicht!) Wie Du während des Kriegs die Veröffentlichungen von Mühlon *(Wilhelm Mühlon hatte nach Kriegsausbruch seine Stellung als Mitglied des Kruppschen Direktoriums aufgegeben und ein Memorandum zur Kriegsschuldfrage veröffentlicht; Anm.)* Lichnowsky *(war bis zum Kriegsausbruch deutscher Botschafter in London)* und anderen gut finden konntest, jetzt aber, wo ein neues Deutschland rein und voll Reue vor aller Welt stehen soll, Dich gegen die Feststellung der Wahrheit über die Schuld unserer alten Herrscher auflehnst, das mußt Du mit Dir ausmachen; Erzberger, Solf, das ganze Auswärtige Amt, Scheidemann, David sind die Fortsetzer des alten Lügnerregiments. Ich halte die Politiker der Entente für nichts weniger als Engel; das sollen ihre Völker mit ihnen ausmachen. Wir müssen für unsere Reinigung sorgen. Deinen Franzosenhaß lasse ich Dir; wenn sie Engel wären, würden Sie uns verzeihen und Vertrauen in uns setzen. Ich komme mit meinem Haß noch nicht an sie; ich bin keine Heuschrecke, die die eigene Schuld überspringen kann... Die Neutralität Belgiens haben wir gebrochen und nur so sind wir zur Verheerung Nordfrankreichs gekommen; sonst wären wir früher und auf unserem eigenen Boden besiegt worden. (Du findest es vielleicht gut, daß das vermieden wurde? Ich nicht! ich bin Deutscher, aber ich habe ein Menschheitsgewissen, kein deutsches; und lieber noch will ich mir Unrecht und Weh tun lassen, als daß ich es tue!) Den Mordkrieg gegen Reisende und Handelsschiffe haben wir praktiziert und dadurch noch Amerika in den Krieg gezogen; all das weißt Du, und willst, daß wir jetzt unsere Schuld verschweigen und bemänteln sollen, und hassest die Franzosen, weil sie jetzt möglicherweise in der Rache das nämliche tun werden, was wir aus Militärpolitik getan haben? Das ist Angstpolitik und deutschpatriotische Politik; es ist nicht Menschheitspolitik, ist nicht das Neue, das allein die Rettung bringen kann. Retten kann nur die Wahrheit und die Umkehr; auch die anderen hätten umzukehren, sehr wahr; aber sollen wir auf sie warten? Jetzt sind wir daran; die Geschichte hat es uns auferlegt; wir haben Buße zu tun. Der Mann ist Dir unheimlich (gemeint ist Kurt Eisner), sagst Du, ich glaube es, weil er tapferer gegen das Gewissen ist, als Du zurzeit. -

Wenn Du glaubst, die Nationalversammlung, d.h. die Reaktion, werde uns vor der Entente retten, irrst Du sehr. Wir hätten heute schon die wahrscheinlich im Innern siegreiche Gegenrevolution (so stehen die Dinge, hauptsächlich durch Eure Schuld, Ihr Bürger!), wenn die alten Machthaber nicht das sofortige Einrücken der Entente fürchten müßten. Die Entente und Wilson werden mit einem Bund autonomer deutscher Republiken verhandeln, aber mit keiner Berliner Zentralregierung, mit oder ohne Nationalversammlung, die eine Fortsetzung des alten Regiments vorstellt.

Trotzdem habe ich keinen Zweifel (und er ebenso wenig!), daß die provisorische Regierung Eisners nur von kurzer Dauer ist. Eben darum, weil er das weiß, tut er alles, was er für recht und geboten hält. Nach der Periode, die dann kommt, wird wieder eine und noch eine und immer noch eine kommen! Nicht weil wir wollen, sondern weil es so sein muß.

Herzliche Grüße,

Gustav Landauer

»Ich suche Gott in den Menschen, in ihrer Freiheit, und nun suche ich ihn auch noch in der Revolution.«

Bakunins "Philosophische Briefe"

I

Das Massaker von Hebron hat im Februar 1994 eindringlich gezeigt, wie weit die Menschheit von aufgeklärten Umgangsformen noch entfernt ist. Ein Israeli aus Amerika, Siedler auf erobertem palästinensischem Territorium, erschoß fünfzig betende Muslime in der Moschee von Hebron. Die Stadt wird von beiden Religionen beansprucht, weil sie das Grab ihres Erzvaters enthält, den die einen Abraham, die anderen Ibrahim nennen. Wie seine legendäre Zeugungsfähigkeit die heute noch rivalisierenden Stämme entstehen ließ, erzählen uns alttestamentarische Schriften.

Hebron ist kein Einzelfall. Religionen regulieren individuelle Ängste und Lüste, indem sie ihnen die Weihen einer Gemeinschaft verleihen und sie über das Animalische hinaus transzendieren. Gleichzeitig morden sich serbisch-Orthodoxe, römische Katholiken und Muslime im ehemaligen Jugoslawien. Irische Katholiken terrorisieren die Angehörigen der englischen Staatskirche, von Hindus und Muslimen gleich gar nicht zu reden. Bezeichnenderweise gehen in den Berichten religiöse und staatliche Benennungen durcheinander. Dem normalen Medienbenutzer bleiben in der Regel die religiösen Hintergründe verborgen, wie ja auch in Deutschland die Herkunft des politischen Antisemitismus aus dem christlichen Antijudaismus selten zur Sprache kommt, obwohl Zeiten politischer Krisen immer auch Rückgriffe in religiöse Vorstellungen mit sich bringen. Die Erinnerung daran ist den Kirchen peinlich. Kratzt man einen Orientierungslosen, kommt ein religiös Zweifelnder zum Vorschein, weil viele Hilfsmittel der alltäglichen Praxis, verweltlichte Religionsvorschriften sind, die das gesellschaftliche Normengefüge bestimmen.

II

Der russische Anarchist Michael Bakunin hat fast das ganze 19.Jahrhundert hindurch das System der gesellschaftlichen Normen angegriffen und es zu unterminieren versucht. Er wurde als Revolutionär verfolgt, nach Sibirien verbannt, 1849 auf der sächsischen Festung Königstein inhaftiert, nachdem er in Dresden Revolution gemacht hatte. Von dort schrieb er:

»..Ich gewinne den Eindruck, mein Freund, daß Sie die Welt zu sehr verachten. Wahrheit, Unendlichkeit erkennt man gleichermaßen im unendlich Kleinen wie im unendlich Großen – ein Mikroskop kann uns genauso behilflich sein wie ein Teleskop. Ich suche Gott in den Menschen, in ihrer Freiheit, und nun suche ich ihn auch noch in der Revolution. Welch ein Glück für mich, wenn es mir gelingt, auch nur ein wenig zur Befreiung der Slawen, zur Befreiung meiner Heimat beizutragen, welch eine Seligkeit, wenn ich für die Freiheit der Polen und Russen sterben muß...«

»Ich suche Gott in den Menschen, in ihrer Freiheit, und nun suche ich ihn auch noch in der Revolution.« Das ist das Motto Bakunins nach langen Jahren theoretischer Beschäftigung unter dem Einfluß der deutschen idealistischen Philosophie. Gott in der Freiheit suchen, ist eine universalistische Maxime. Deren Übertragung auf die Revolution von 1848/49 und die Freiheit von Polen und Russen erhebt den Revolutionär ins messianische Umfeld, macht ihn zum Apostel des Messias. Dazu paßt Bakunins Lob der religiösen Musik in einem Brief an den Freund Arnold Reichel vom 9.Dezember 1849 aus der Festung Königstein:

»... Allein Musik hat Platz in der heutigen Welt, gerade deshalb, weil sie nicht den Anspruch erhebt, etwas Bestimmtes auszusagen, sondern die allgemeine Stimmung, ein großes, sehnsüchtges Streben, das die Zeit erfüllt, zum Ausdruck bringt.«

III

Zwei Tendenzen durchziehen die Geschichte politischer Ideen: Universalismus und Messianismus. Die universale Idee tendiert zur *An-archie*, zur weltweiten Freiheit. Der Messianismus will überzeugen und tendiert zur Ausschließlichkeit. Er ist intolerant. Andersgläubige sind ihm Ungläubige, die dem eigenen Heil und dem der Welt entgegenstehen. Sie aus dem Weg zu räumen, ist eine heiligende Pflicht.

In der Praxis durchdringen sich die Ideen: der Universalismus nimmt messianische Züge an, wo er herrscht. Der Messianismus gibt sich universalistisch, um zur Herrschaft zu kommen.

Dabei spielen ganz unterschiedliche Motive mit: religiöse Vorstellungen, wirtschaftliche und politische Interessen, nicht zuletzt die Charakterqualität der handelnden Personen, ihr individueller Drang, sich der Umwelt materiell und ideel zu bemächtigen, heute so und morgen so.

IV

1848/49 war eine *Teil*revolution der heutigen *Welt*revolution, von der alle Völker betroffen sind, wenn sie auch nicht alle sich selbst revolutionieren. Jede Idee wird zum Politikum, sobald sie durch technische Zeichensysteme, "Medien", materialisiert wird. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ist es möglich, Ideen in Sekundenschnelle um den ganzen Erdball nicht nur zu übertragen, sondern sie auszutauschen. Das trägt zur Klärung wenig bei, wenn es sich nicht um Zahlen und Rechenkunststücke handelt, die auf einem eng beschränkten Zeichenvorrat aufbauen, der weltweit anerkannt ist. Wohl aber zwingt die globale Vernetzung ihre Teilnehmer dazu, sich über die Qualitätsmaßstäbe ihrer Kultur Gedanken zu machen.

Das Stichwort heißt Fundamentalismus. Wenn das kommunistische Riesenreich China vom kapitalistischen Supperstaat USA sich nicht in seine Rechtsvorstellungen hineinreden lassen will, die Amerikaner aber wieder den chinesischen Markt erobern wollen, wie zur Jahrhundertwende, dann stößt der Messianismus Kommunismus den Messianismus des Kapitalismus ab.

Damit erhebt sich die Frage nach Universalität der Menschenrechte. Sie sind ein "Grundelement" (fundamental) der westlichen Zivilisation seit den Revolutionen des 18.Jahrhunderts; aber sie sind es nicht universal, und deshalb kann auch die »Weltpolizei« nicht funktionieren, die Immanuel Kant für den

»Ewigen Frieden« gefordert hat, die aufgeklärte »öffentliche Meinung« rund um den Globus.

Für das Jahr 2000 rechnet die UNO mit 6 Milliarden Menschen. Ihre gemeinsamen technischen Medien werden an milliardenfachen Bewertungsunterschieden nichts ändern, auch wenn die Menschen sich äußerlich einander anpassen. Der Geist steckt nicht in den Blue Jeans sondern im Kopf und den Gefühlen.

V

Vom fundamentalen Zwiespalt zwischen Universalismus und Messianismus geben Bakunins philosophische Briefe an Familie und Freunde einen guten Begriff.

Kaum 23jährig schrieb er, noch ein Romantiker des wilden Denkens, im Dezember 1837 an seine geliebten Schwestern:

»Werdet verrückt vor Freude, springt, tobt! Ich schreibe Euch. Versteht Ihr denn, was das heißt? Ich, Michael Bakunin, der von der Vorsehung Auserkorene, hierher gesandt, um durch weltweite Umstürze die verachtungswürdigen Verhältnisse und Vorurteile zu zerschlagen, um mein Vaterland der Umarmung des D-mus (Bakunin hat möglicherweise das Wort Despotismus abgekürzt) *zu entreißen und es in eine neue, heilige Welt, in eine grenzenlose Harmonie zu verwandeln, ich schreibe Euch!...«*

VI

Die Herausgeber haben aus diesen emphatischen Sätzen den Titel der ganzen Briefsammlung gemacht; aber er trifft nur einen Teilaspekt. Schon im Januar 1834 schrieb der junge Student von der Langeweile, die er »in der vornehmen Gesellschaft« St. Petersburgs empfand:

»Ich mußte etwas anderes suchen, mußte die Leere, die mich bedrückte, ausfüllen. Ich kapselte mich ab, suchte mich selbst zu ergründen und fand letzten Endes in mir selbst das, womit ich diese Leere hätte ausfüllen können. Der Mensch verfügt über zweierlei Fähigkeiten: die körperlichen und die intellektuellen. Die Kraft, die sie in Gang setzt, ist das Bedürfnis; demzufolge können auch die Bedürfnisse in körperliche und moralische unterteilt werden...«

Daß die Angst vor der Langeweile die Menschen umtreibt, haben vor Bakunin im 19. Jahrhundert schon Pascal im 17. und Montaigne im 16. geschrieben. Sie ist ein Motor der elektronischen Revolution des 20. Jahrhunderts.

Bakunin hat in seinem Hauptwerk "Staatlichkeit und Anarchie" (Kramer Verlag, Berlin) diese Kritik fortgesetzt und die Anarchos von 1968 haben sie freudig aufgegriffen. Das ist sechsundzwanzig Jahre später ein alter Hut; aber er paßt immer wieder auf junge Köpfe.

VII

Die vorliegende Sammlung "Philosophische Briefe" des russischen *Messias der Universalität* endet mit einer 1994 höchst aktuellen Mahnung, die er zwei Jahre vor seiner Flucht aus Sibirien, also 1859, an seinen Jugendfreund Michail Katkow geschrieben hat:

»... Achten Sie das von England gebotene hohe Prinzip der persönlichen und sozialen Freiheit, das Prinzip der politischen Selbstverwaltung, doch handeln Sie so, daß man Ihnen nicht die Bezeichnung Professor der Anglomanie verpaßt; es bestünde die Gefahr, daß Sie von der öffentlichen Meinung – zur Beruhigung – in den engen Rahmen einer Kategorie gezwängt werden, wodurch Ihnen Möglichkeit und Kraft genommen würden, auf diese Meinung einzuwirken. Sie sind zum Politiker berufen, meiden Sie daher den Rückzug ins Theoretische und die Selbstzufriedenheit, tauchen Sie öfter in die Wogen des gesellschaftlichen Lebens, um daraus Kraft und Fähigkeiten zu schöpfen, auf dieses einzuwirken; schreiben Sie weniger für sich und mehr für die Menschen im Lande, opfern Sie Ihre Privatvergnügen zum Nutzen aller ...« Und *»... es geht um Süd- und Südosteuropa, um das Erwachen von Millionen, und dazu können wir Russen, wenn wir unsere heilige Pflicht der Selbstverwirklichung ernst nehmen, nicht schweigen (alles lebendige mischt sich stets ein, weshalb mir die Forderung nach Nichteinmischung schon immer als der Gipfel von Absurdität und Scheinheiligkeit erschien). In das Erwachen der Slawen zum Leben müssen wir uns auch einmischen, weil es sich dabei um eine grundsätzliche Frage handelt, die uns zum Ruhm gereichen oder sich gegen uns wenden kann. Zudem ist es eine ernsthafte, wirkliche, nicht von Philologen erdachte Frage, wie manche uns glauben machen wollen; es ist eine Frage, die die Geschichte selbst stellt...«*

Aus Bakunins "Philosophischen Briefen" läßt sich lernen, daß die universalen Fragen offen bleiben, wenn die messianischen Versuche, sie zu beantworten, längst gescheitert sind. Darüber nachzudenken, empfiehlt sich auch 1994.

Harry Pross

Rezension zu: "Ich, Michael Bakunin, der von der Vorsehung Auserkorene...", Karin Kramer Verlag Berlin. Aus dem Russischen übersetzt von V. Kusawljow, A. Kossarew, V. Nowikow; (Hrsg. v. Bernd Kramer, 1993, 162 Seiten, 26.-DM)



Noam Chomsky:

Wirtschaft und Gewalt

Im Klampen- Verlag erschien letztes Jahr die Übersetzung von N. Chomskys Buch "The Year 501 - The Conquest continues" unter dem Titel "Wirtschaft und Gewalt". Auf vierhundert Seiten versucht N.Chomsky die Geschichte des Kolonialismus am Beispiel der Vereinigten Staaten zu beschreiben, die Kontinuitäten und Differenzen zu Zeiten des Kolonialismus und der "Neuen Weltordnung" herauszuarbeiten. "Das wichtigste Kennzeichen dieser alten Weltordnung war die weltweite Konfrontation von Eroberern und Eroberten. Sie hat unterschiedliche Formen angenommen und unterschiedliche Namen erhalten: Imperialismus, Neokolonialismus, Zentrum vs. Peripherie, G7 ... und ihre Satelliten vs. den Rest der Welt. Oder einfacher: die europäische Welteroberung." (S.27)

Diese Entwicklung anhand der Geschichte der Vereingten Staaten aufzuzeigen hat natürlich den Vorteil, daß dieses Land als Paradebeispiel gegenwärtiger Demokratie gilt, daß es seit der Existenz der USA keinerlei Feudalherrschaft gegeben hat, daß in diesem Land die Herrschaft der Borgeouisie sich von Beginn an entfalten konnte, daß die Grundprinzipien dieser Herrschaft wohl kaum wie in einem anderem Land verinnerlicht sind, wie eben in den Vereinigten Staaten.

So sind die Grundbegriffe der Chomskyschen Auseinandersetzung, die der Demokratie und der Marktwirtschaft. Grundbegriffe, die in den Texten immer wieder thematisiert werden, ihr idealistischer Schein mit ihrer realen Gestalt konfrontiert wird. Die realexistierende Form der Demokratie ist eine elitäre, in der nur einige wenige die Möglichkeit haben mitzubestimmen, welche Anliegen gesellschaftliche Relevanz und welche Gewichtigkeit sie haben. Der Rest, "die »unwissenden und lästigen Außenseiter« müssen auf ihre Rolle als Zuschauer beschränkt bleiben, wie Walter Lippmann das seit langem gängige und vertraute Thema umschrieb... Die Menschen sollen nichts weiter sein als isolierte Propagandaempfänger".(S.391)

Es ist jene Elite, die eben auch im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft die ökonomischen Spielregeln bestimmt. Martwirtschaft ist ebenso Schleier wie die Demokratie, sie gibt es in der Form, wie sie die Theorie beschreibt, nicht und sie hat es auch nie gegeben. Anhand der protektionistischen Politik Englands und der USA in den vergangenen Jahrhunderten und eben auch in diesem Jahrhundert, verweist er die Theorien Adam Smiths in das Reich der Mythen und Legenden: "Während man Bengalen ausplünderte, wurde die britische Textilindustrie vor der indischen Konkurrenz geschützt;... Parlamentarische Erlasse von 1700 und 1720 verboten die Einfuhr bedruckter Stoffe aus Indien, Persien und China; ... Später wurden sogar die Stoffe in und für Indien selbst mit britischen Steuern belegt, so daß Indien gezwungen war, schlechtere Ware aus England einzuführen." (S.41f) Oder ein etwas aktuelleres Beispiel:"Die Weltbank geht davon aus, daß 31 Prozent der Industriegüterexporte des Südens durch Zollschranken behindert werden, während dieses im Norden nur zu 18 Prozent passiert."(S.109) All zu oft erscheint die sichtbare Hand des Staates die wirtschaftlichen Interessen seiner Elite sichernd, als das von einem nach eigenen Gesetzlichkeiten funtionierendem System gesprochen werden könnte: der Ökonomie. Resümierend schreibt Chomsky: "Der europäische Eroberungsdrang beruhte auf zwei durchgängigen Grundzügen: auf einer zentralisierten Staatsmacht, die dem privaten Vorteil und der privaten Verfügungsgewalt verpflichtet war sowie auf dem rationalen und organisierten Einsatz brutaler Gewalt."(S.49) Diese Gewalt war ständig von rassistischen Legitimierungen begleitet. Ob nun George Washington der Ansicht war, daß "die allmähliche Ausbreitung unserer Siedlungen sowohl den Wilden als auch den Wolf zum Rückzug zwingen wird; beide sind Raubtiere, auch wenn sie sich im Aussehen unterscheiden"(S.53) oder die Erklärung Wilsons Außenminister Robert Lansing:"An Liberia und Haiti zeigt sich, daß die afrikanische Rasse keinerlei Fähigkeit zur politischen Organisation besitzt und vom Regieren nichts versteht"(S.323); der Rassismus war und ist ständiger Wegbegleiter der europäischen Expansion. Die Objekte sind je nach Interessenlage austauschbar, ob Indianer, Lateinamerikaner, Afrikaner, Creolen oder Chinesen, sobald ein Äußeres Gelegenheit zur Differenzierung gibt, wird es zum Stigma der Unterentwicklung, des bekämpfenswerten Barbarischen oder der hilfsbedürftigen Naivität.

Chomsky verbleibt nicht bei der historischen Betrachtung. Er arbeitet die Grundzüge der bourgeoisen Herrschaft heraus und versucht daraus Ansätze politischer Befreiung zu entwickeln. Es ist die Rekonstruktion des Gesellschaftlichen, die aus der privaten Meinung eine politische Kraft erst macht.

N. Chomsky
Wirtschaft und Gewalt
zu Klampen-Verlag, 58,- DM

Andi Ries

Krisenherd Europa

Das gemeinsame "europäische Haus" scheint sich immer mehr in Krisengebiete, Kriege und anti-semitischen Wahn aufzulösen. Seit 1985 finden in Osteuropa polit-ökonomische Umgruppierungsprozeße größeren Ausmaßes statt und Konflikte in Ost- und Westeuropa werden zunehmend renationalisiert und ethnisiert. Dem Nationalismus in "Osteuropa" entspricht in "Westeuropa" ein rassistisch unterfütterter Wohlstandschauvinismus, der sich z.B. in Deutschland als volksgemeinschaftliche Parole vom "Standort Deutschland" äußert. Mit *"Krisenherd Europa"* bekommt mensch nun Informationen zu diesen Vorgängen in die Hand.

In den Beiträgen des ersten Teils werden die historischen Ursachen und der Ist-Zustand der regionalen und nationalen Konflike in den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes (ehemalige Sowjetunion, Ungarn, Tschechien, Slowakei) und im ehemaligen Jugoslawien sowie in einigen Ländern der Europäischen Union (Nordirland, Schottland, Italien, Belgien) behandelt.

Der Band enthält auch theoretische Beiträge: Jürgen Elsässer referiert die Kontroverse zwischen Luxemburg und Lenin zum "Selbstbestimmungsrecht der Nationen"(d.i. sein Vortrag bei den Stuttgarter Rosa-Luxemburg-Wochen, vgl. SF-48) Aus dem zustimmenden Verhältnis der deutschen Linken zur Nation leitet Elsässer ihr Versagen als Opposition angesichts von Wiedervereinigung und Neo-Rassismus ab. Heiner Möller, wie Elsässer dem antideutschen Spektrum zuzuordnen, beschreibt die Gefahr eines Sonderweges der neuen deutschen Großmacht, die durch die sog. Wiedervereinigung einen enomen Schub erfuhr und sieht die Relativierung des Nationalsozialismus als Bedingung für die neuzuschaffende "nationale Identität" der Deutschen an. Wie sich das neu gewonnene Selbstbewußtsein der Deutschen militärisch umsetzt und welche sicherheitspolitischen Konsequenzen die internationalen Umwälzungen für Europa haben untersucht Wilfried Karl.

Vorschläge für politische anti-nationale Praxis gibt das Buch kaum, das ist vielleicht auch noch nicht möglich; der große Vorteil des Buches - neben den theoretischen Beiträgen - ist vor allem die umfangreiche Zustandsbeschreibung, die eine Ausgangsposition für eine noch zu formulierende Opposition sein könnte. Noch eine Anmerkung zum Preis: das Buch ist relativ teuer, inhaltlich ist dieser aber gerechtfertigt.

Die innenpolitische Rechtsverschiebung und den starken Einfluß von nationalistischem und völkischem Gedankengut in der CDU/CSU behandelt *"Deutsche Demokraten"*. Qualifizierte AutorInnen weisen die Positionsveränderungen in der Innen-, Frauen- und Außenpolitik der CDU/CSU nach und gehen nochmals auf die sog. "Asylkam-pagne" ein. Ein 60 Seiten umfassendes Lexikon der rechten politischen Klasse beschließt den Band.

Krisenherd Europa. Nationalismus, Regionalismus, Krieg; 432 S., 44 DM
Deutsche Demokraten. Wie rechtsradikal sind CDU/CSU?; 208 S., 24 DM;
beide: Verlag Die Werkstatt Göttingen

von Bernd Hüttner

Neue Bücher, die der SF-Redaktion zugesandt wurden. Eine ausführliche Rezension behalten wir uns vor:

Jens Christian Müller/Richard Schwarz/Manon Tuckfeld: Der Staat in den Köpfen. Edition Bronski im Decaton-Verlag, 157 S., 19,80DM.
Bezug: Decaton Verlag, PF 2161, 55011 Mainz

Walter Fähnders/Hansgeorg Schmidt-Bergmann (Hg.): Gustav Landauer: Die Botschaft der Titanic. Ausgewählte Essays, 301 S., 34,80DM
Bezug: Kontext Verlag, Husemannstr.7, 10435 Berlin

Siegfried Jäger: Der Groß-Regulator. Analyse der BILD-Berichterstattung über den rassistisch motivierten Terror und die Fahndung nach der RAF im Sommer 1993,187 S., 19,80DM
Bezug: DISS, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr.51, 47051 Duisburg

LeserInnenbriefe

btr. SF-48: Jens Müller/Manon Tuckfeld: "Madame Geschichte und die Kämpfe"

Die Luxemburg-Kritiker benehmen sich wie Schaulustige eines Autounfalls: hinterher wird diskutiert, was da wohl »falsch« gemacht wurde. Vor lauter Eifer übersehen sie vollständig die Möglichkeit, daß ein Konzept, das ihnen heute »falsch« erscheint, früher durchaus richtig war. Angesichts des wachsenden Elends der Arbeiterschaft war der »Ökonomismus« eine völlig konsequente Auslegung des Geschehens. Der Zusammenbruch 1929 und der Aufstieg Hitlers bestätigen, daß Rosa gar nicht so falsch lag mit der Erwartung, der Kapitalismus, *wie sie ihn kannte*, werde über kurz oder lang zerbrechen. Die Weiterentwicklung des Kapitalismus durch Einbau sozialistischer Elemente kann sowohl als Beleg für den Ökonomismus wie auch als Argument dagegen gelesen werden – leider bleibt die Geschichte dialektisch. Aus der Dialektik steigen die Kritiker jedoch aus, indem sie den »Ökonomismus« einfach für »falsch« erklären. Die ersatzweise These, irgendwelche Kämpfe »von überall her« bedingten die Revolution, führt zurück in den mystischen Nebel, der dann auch den Glauben an Spontaneität und die Macht der Idee wieder salonfähig macht.

Daniel Salber, Bornheim

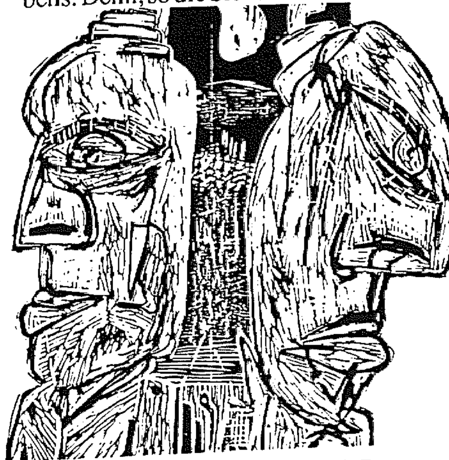
btr. SF-47: Louis Lerouge: ZEGG-Sexismus, Rassismus und New Age

Der zentrale Kritikpunkt scheint mir sehr gut herausgearbeitet: Ebensowenig, wie Arbeit frei macht, macht auch Ficken nicht frei von gesellschaftlichen Zwängen!

Dem ZEGG'schen Selbstverständnis (und dem vieler anderer esoterisch-buddistischer-libertärer-sanyasischer Menschen) nicht gerecht wird aber die Aussage: das politische Handeln wird verneint. Vielmehr nehmen diese Menschen ein völlig anderes Politik-Verständnis für sich in Anspruch.

Nach dem Motto: wer die Welt verändern will, muß bei sich selbst anfangen! Was ja erstmal nicht verkehrt ist. Erst dann verkehrt wird, wenn beispielsweise das Elend im Trikont mit »schlechterem Kharma« "erklärt" und damit teilweise gerechtfertigt wird. Weil: an seinem/ihrem Kharma kann mensch natürlich nichts ändern – damit muß mensch leben!

Auch dem Ernest Bornemann wird in dem Artikel Unrecht getan. Sicher: er ist ein Sexist, besonders, wenn er "die Sexualangst" als Hauptgefahr für die Menschheit des Abendlandes erklärt und den sexuellen Mißbrauch von Kindern als "Plan zur Vereinigung der Frauenbewegung" (*ZEGG-EXTRA*, Herbst '92, S.21) Er ist aber nicht so dumm, "Feministinnen, Lesben und Schwule ... für das miserable Geschlechterverhältnis verantwortlich" zu machen. (Lerouge) Anders herum ist es vermutlich gemeint: die kapitalistische = sexualfeindliche Moral ist Schuld am Feminismus – dieser verunsichert die heranwachsenden Frauen – diese begegnen Männern mit größtem Mißtrauen (wobei sie selber "frigide" werden) und verhindern damit den Genuß des Lebens. Denn, so die Sichtweise der neuen



Spießer: Leben ist Sexualität! Drum: "Rettet den Sex!" usw.

Im Gegensatz zum Autor Eures Artikels bin ich der Auffassung, daß es sehr wohl notwendig ist, bestehende Hierarchien aufzudecken, zu benennen, wie das die ZEGG-Leute propagieren. Allerdings darf mensch dabei nicht stehen bleiben: diese Strukturen müssen permanent abgebaut werden.

Noch ein paar Worte zu Dieter Duhm (der in seinem Buch *"Die Angst im Kapitalismus"* ja nicht nur die Schweinerei mit der weiblichen Lust bei der Vergewaltigung behauptet hat, sondern auch sehr viel Kluges gesagt hat):
Wenn Euer Autor ihn mit den "sogenannten Perversionen" zitiert, so muß mensch wissen, daß Duhm an anderer Stelle seines Artikels im *ZEGG-extra* schreibt: »Unter 100 Erwachsenen sind im Durchschnitt 98 Perverse«. Das klingt doch dann ganz anders!

Auf der S.27 oben rechts steht ein Zitat. Es wird gegen Dieter Duhm ins Feld geführt und stammt angeblich aus einem Leserbrief in der TAZ. Tatsächlich aber ist es ein Zitat von Duhm selbst. Er schreibt dies und anderes gegen den Sex von Erwachsenen mit Kindern in *ZEGG-etxra* unter der Überschrift »Kein Sex mit Kindern! Würden wir in einer halbwegs normalen Gesellschaft leben, so wäre dieser Satz eine Selbstverständlichkeit.«

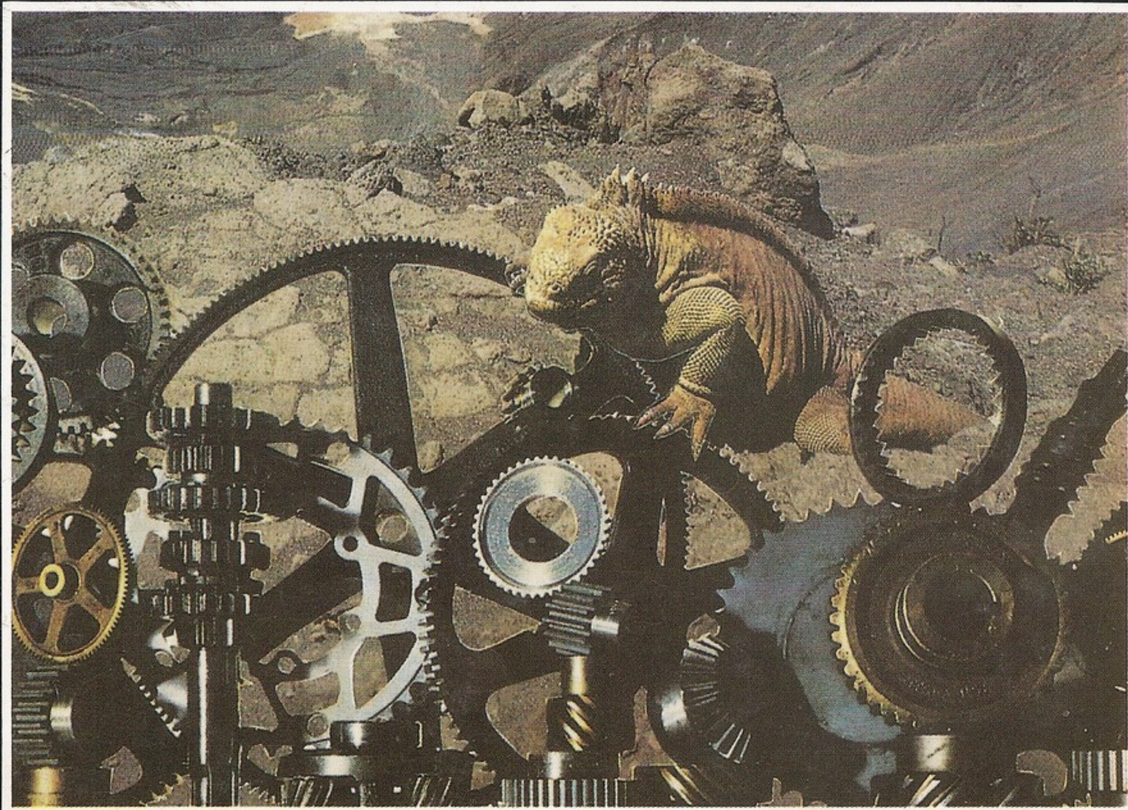
Zum Thema Sex-Peace, Maiga, Duhm, Mühl, Mißbrauch, New Age usw. steht für mich fest: so wünschenswert (vielleicht gar: so notwendig) die Einbeziehung von Individualität, konkreten Utopien, Esoterik (= gesammelte menschliche Erkenntnisse außer Herrschafts-Wissen), Spontaneität und Lust (besonders auch sexuelle Lust) wäre – so muß das Standbein allerdings die gesellschaftliche Realität bleiben. Jedenfalls für alle, die sich links, linksradikal, antikapitalistisch, emanzipatorisch usw. bezeichnen!

Ulf Mann, Berlin

btr. SF-48 Gregor Dill: Masse und Mythos – Kritik an Georges Sorel

Im nächsten SF wird eine ausführliche Erwiderung auf den Artikel von Gregor Dill erscheinen. Dieser Aufsatz wird nicht nur einige der grotesken Irrtümer über Sorel zurückweisen, sondern auch seine Position verteidigen. Die vorgesehene Erwiderung will zugleich ein Beitrag sein für die notwendige Selbstvergewisserung über die libertären Perspektiven und soll zur Orientierung beitragen. Im nächsten Heft also alles über Mythos, Klassenkampf und Gewalt.

Lutz Schulenburg, Hamburg



Collage by Freddie Baer (*San Francisco, CA.*).

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt * Haug-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau